

**HESSISCHER LANDTAG**

09. 07. 2024

15. Sitzung

Wiesbaden, den 9. Juli 2024

Inhalt

Amtliche Mitteilungen	839	Minister Timon Gremmels	839
<i>Entgegengenommen</i>	839	Dr. Frank Grobe	843, 858
Präsidentin Astrid Wallmann	839	Lucas Schmitz	847
Ingo Schon	839	Nina Eisenhardt	849
		Dr. Matthias Büger	852
		Bijan Kaffenberger	855
Fragestunde			
– Drucks. 21/737 –.....	839	9. Zweite Lesung	
<i>Anlage</i>	875	Gesetzentwurf	
<i>Die Fragen 54, 72, 77 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigelegt. Die Fragen 48 bis 51, 56, 58, 60, 62, 66 bis 71 und 73 bis 76 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.</i>		Landesregierung	
		Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2023/2024	
		– Drucks. 21/846 zu Drucks. 21/599 –.....	858
		<i>Nach zweiter Lesung dem Haushaltsausschuss zurücküberwiesen</i>	874
1. Regierungserklärung		Bernd Erich Vohl	858
Hessischer Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur		Roman Bausch	859
Demokratie braucht Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur für ein freies, kritisches, lebendiges Miteinander	839	Michael Reul	861
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	858	Mathias Wagner (Taunus)	863
		Marius Weiß	865, 868
		Marion Schardt-Sauer	868
		Wiebke Knell	868
		Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz	871

Anwesenheit**Im Präsidium:**

Präsidentin Astrid Wallmann
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsidentin Angela Dorn
Vizepräsident René Rock

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Boris Rhein
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum Kaweh Mansoori
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung
und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Manfred Pentz
Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz Prof. Dr. Roman Poseck
Minister der Finanzen Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Minister der Justiz und für den Rechtsstaat Christian Heinz
Minister für Kultus, Bildung und Chancen Armin Schwarz
Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur Timon Gremmels
Ministerin für Digitalisierung und Innovation Prof. Dr. Kristina Sinemus
Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat Ingmar Jung
Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege Diana Stolz
Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales Heike Hofmann
Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei Benedikt Kuhn
Staatssekretär Tobias Rösmann
Staatssekretärin Prof. Dr. Lamia Messari-Becker
Staatssekretär Umut Sönmez
Staatssekretärin Karin Müller
Staatssekretär Martin Rößler
Staatssekretär Uwe Becker
Staatssekretärin Tanja Eichner
Staatssekretär Dr. Manuel Lösel
Staatssekretär Christoph Degen
Staatssekretär Stefan Sauer
Staatssekretär Daniel Köfer
Staatssekretär Michael Ruhl
Staatssekretärin Dr. Sonja Optendrenk
Staatssekretärin Katrin Hechler
Staatssekretärin Manuela Strube

Abwesende Abgeordnete:

Michael Boddenberg
Dirk Gaw
Sascha Herr
Johannes Marxen
Marcus Resch
Stefan Schneider

(Beginn: 14:07 Uhr)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 15. Plenarsitzung und stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Die hinter mir befindlichen Persönlichkeiten für das Kunstwerk „Himmel über Hessen. Licht-gestalten“ sind dieses Mal von Berufsschülerinnen und Berufsschülern der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Schule in Homberg im Rahmen des vom 18. bis 20. Juni 2024 abgehaltenen Seminars „Im Zentrum der Landespolitik“ ausgewählt worden. Diese sind Jacob Grimm, Elisabeth Selbert, Adam Opel, Philipp Heinrich Scheidemann, Anne Frank, Wilhelm Grimm, Landgraf Philipp I.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hinsichtlich der Tagesordnung darf ich auf Folgendes hinweisen. Die Tagesordnung vom 2. Juli 2024 sowie der Nachtrag vom heutigen Tag liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag der Tagesordnung zu den Tagesordnungspunkten 30 bis 34 entnehmen können, sind fünf Anträge betreffend eine Aktuellen Stunde eingegangen. Nach § 32 Absatz 6 der Geschäftsordnung beträgt die Aussprache für jeden zulässigen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde fünf Minuten je Fraktion. Wie gewohnt, werden die Aktuellen Stunden am Donnerstag ab 9 Uhr abgehalten.

Wir haben im Ältestenrat vereinbart, heute auf die **Fragestunde** zu verzichten. Die Fragen, die schriftlich beantwortet werden, werden als Anlage zum Protokoll der heutigen Plenarsitzung genommen. Alle anderen Fragen werden in der Fragestunde in der kommenden Plenarwoche im September aufgerufen.

(Die Fragen 54, 72, 77 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigelegt. Die Fragen 48 bis 51, 56, 58, 60, 62, 66 bis 71 und 73 bis 76 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Dann darf ich Sie noch darauf hinweisen, dass eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der AfD betreffend leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehr schaffen – Investitionen in Infrastruktur statt Populismus, Drucks. 21/857. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 35 und kann, wenn niemand widerspricht, zusammen mit Tagesordnungspunkt 16, dem Setzpunkt der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aufgerufen werden.

Damit kommen wir nun zur Feststellung der Tagesordnung für die 15., 16. und 17. Sitzung mit den eben besprochenen Änderungen und Ergänzungen. Ich frage: Gibt es Einwände? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so genehmigt.

Nach dem vorliegenden Ablaufplan tagen wir heute voraussichtlich bis ca. 17:50 Uhr.

Ich darf ganz herzlich die Besucherinnen und Besucher der heutigen Plenarsitzung willkommen heißen. Schön, dass Sie da sind.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf Sie zudem noch informieren, dass heute Schülerinnen und Schüler der Geschwister-Scholl-Schule aus Bensheim den Hessischen Landtag besuchen, um zusammen mit den Schülerpraktikantinnen und Schülerpraktikanten der Kanzlei während des Seminars „Im Zentrum der Landespolitik“ die Gelegenheit zu nutzen – natürlich neben der Teilnahme an unserer Plenarsitzung –, auch Gespräche und Interviews mit Ihnen zu führen. Ich wünsche Ihnen angenehme Gespräche.

Wir kommen zu den Entschuldigungen. Entschuldigt fehlen heute ganztägig die Abgeordneten Johannes Marxen, AfD, Marcus Resch, AfD, Michael Boddenberg, CDU, Dirk Gaw, fraktionslos. Ich darf fragen, ob es weitere Entschuldigungen gibt. – Herr Schon, bitte schön.

Ingo Schon (CDU):

Frau Präsidentin, ich muss Herrn Stefan Schneider krankheitsbedingt entschuldigen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. Das haben wir notiert. – Es gibt keine weiteren Entschuldigungen. Dann wünschen wir auf diesem Weg allen gute Besserung.

Jetzt kommen wir noch zu schönen Nachrichten. Ich darf nachträglich ganz herzlich dem Abgeordneten Lucas Schmitz der CDU-Fraktion zu einem runden Geburtstag – man sieht es Ihnen an, es sind noch junge Jahre –, zu Ihrem 30. Geburtstag, gratulieren. Wir wünschen Ihnen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Die Glückwünsche des gesamten Hauses habe ich, wie gewohnt, schon längst überbracht. Insofern noch einmal alles Gute für Sie.

Ich darf Sie jetzt noch darauf hinweisen, dass heute im Anschluss an die Plenarsitzung der Haushaltsausschuss in Sitzungsraum 510 W zusammenkommt. Ab 20 Uhr findet das Treffen Handwerk und Politik, der sogenannte „Rheingauer Dialog“, in der Kelterhalle des Schlosses Reinhartshausen in Eltville-Erbach statt.

Damit sind wir am Ende der amtlichen Mitteilungen angekommen.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung
Hessischer Minister für Wissenschaft und Forschung,
Kunst und Kultur
Demokratie braucht Wissenschaft und Forschung,
Kunst und Kultur für ein freies, kritisches, lebendiges
Miteinander**

Die vereinbarte Redezeit beträgt 20 Minuten. Nun hat Herr Staatsminister Gremmels das Wort.

Timon Gremmels, Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Wir leben in global herausfordernden Zeiten voller Unsicherheiten, voller multi-

pler Krisen. Das bereitet vielen von uns Sorge. Aber Sorge und erst recht Angst lösen die realen Probleme nicht. Unsere Demokratie wird aktuell von den verschiedensten Kräften infrage gestellt. Das dürfen wir aber nicht zulassen. Im 75. Jahr des Bestehens unseres Grundgesetzes ist es unsere ureigenste Aufgabe als Demokratinnen und Demokraten, diese Werte zu verteidigen.

(Beifall CDU, SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Oberstes Ziel bleibt eine freiheitliche, friedliche und gerechte Gesellschaftsordnung. Dafür stehe ich als Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, dafür steht diese Hessische Landesregierung.

Der Blick zurück auf unsere Geschichte und der Blick in andere Länder zeigen klar, wie Demokratien immer wieder und immer weiter ausgehöhlt und entkräftet werden. Ganz besonders haben wir diese Erfahrung im nationalsozialistischen Deutschland gesammelt. Propaganda, brutale Hetze und Ausgrenzung von vermeintlich Andersartigen führten zur Gleichschaltung, zur Totalkontrolle, zum Massenmord an Juden, zu dem, was der Historiker Dan Diner den „Zivilisationsbruch“ nannte.

Ich möchte Ihnen danken, Frau Präsidentin, für die sehr bewegende Gedenkstunde, die wir soeben erleben durften. Die heutige Gedenkstunde anlässlich des 80. Jahrestages vom 20. Juli 1944, als mutige Männer und Frauen den befreienden Umsturz des Nationalsozialismus versuchten, erinnert uns daran, dass nichts entschieden ist, dass es kein Schicksal gibt, dem wir uns ergeben müssen, dass in jedem Moment der Geschichte die Dinge auch anders laufen können – wenn wir es nur wollen und wenn wir dazu bereit sind, unsere Demokratie zu verteidigen und das mitunter mit dem eigenen Leben bezahlen zu müssen.

Dies muss uns mahnen, dies muss im Gedächtnis bleiben angesichts des erheblichen Zulaufs der Menschen zu rechtsextremistischen Parteien. Wir wissen, wo diese Parteien hinwollen. Wir treten diesen Hetzern klar und konsequent entgegen, ganz gleich, ob in den Parlamenten oder auf der Straße.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Freie Demokraten)

Genauso entschlossen und genauso konsequent treten wir dem Antisemitismus entgegen, der nach dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 unverhohlener denn je auch bei uns grassiert. Ihm treten wir entgegen, ganz gleich, ob auf den Hochschul- oder auf anderen Demonstrationen. Auch hier heißt es: Haltung zeigen.

Wir werden die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, sich aktiv für unsere Demokratie einzusetzen; und ich war sehr froh, als Anfang dieses Jahres Hunderttausende von Menschen auf den Straßen waren, um für unsere Demokratie zu streiten. Diese Menschen haben die Unterstützung dieser Landesregierung.

(Beifall CDU und SPD)

Die Stärkung der Demokratie und ihrer Resilienz ist eine Aufgabe, die auf vielen Säulen steht. Klar ist aber, dass die Ausbreitung von Populismus und Extremismus eben nicht allein durch einzelne Maßnahmen wie Gesetzesverschärfungen, verbesserte Bildungsangebote oder einzelne Demokratieprojekte bekämpft werden kann. Es ist vielmehr das gesellschaftliche Klima insgesamt, das wir resilienter,

das wir widerstandsfähiger gegen Extremismus und Populismus machen müssen. Es ist die Aufgabe einer kritischen Öffentlichkeit, die auch funktionieren muss.

(Beifall CDU und SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, daher habe ich mich entschlossen, die Bekämpfung des Extremismus mit den Mitteln der Wissenschaft in den Fokus meiner Arbeit zu stellen. Die Gefährdung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stellt eine große Herausforderung dar. Es braucht neben gut vernetzten Sicherheitsbehörden und funktionierenden Medien auch Grundlagenwissen, auch anwendungsorientierte Expertise. Wir müssen verstehen, wohin sich unsere Gesellschaft bewegt, welche Strukturen sich aktuell ausbilden. Nur wenn wir das verstehen, können wir gezielt gegensteuern. Nur dann können wir gezielt fördern.

Kultur und Wissenschaft sind dafür von entscheidender Bedeutung. Kultur und Wissenschaft sind Kernelemente der Demokratie. Kultur und Wissenschaft sind keine Extras. Kultur und Wissenschaft sind kein Luxus. Kultur und Wissenschaft sind kein Nice-to-have. Sie sind vielmehr existenzielle Grundlage, auf der freiheitliches, gerechtes, solidarisches und zukunftsorientiertes Denken und Handeln erst entstehen können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist es, was Kultur und Wissenschaft sind.

(Beifall CDU, SPD und Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“ – so haben es die Mütter und Väter des Grundgesetzes unter dem Eindruck des NS-Unrechtsregimes in Art. 5 Absatz 3 unseres Grundgesetzes verankert. Im Juli vor 40 Jahren wurde das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst eigenständig, und seither haben sich seine Ministerinnen und Minister, ganz egal, welcher Partei sie angehörten, als Hüter der Kunst- und Wissenschaftsfreiheit verstanden.

Ich weiß mich hier in gemeinsamer Verantwortung mit all meinen Vorgängerinnen und Vorgängern wie Christine Hohmann-Dennhardt von der SPD, wie Ruth Wagner von der FDP, wie Angela Dorn von den GRÜNEN und, nicht zuletzt, wie Boris Rhein von der CDU. Sie alle haben die gleiche Aufgabe gehabt, Wissenschafts- und Kulturfreiheit zu schützen.

(Beifall CDU und SPD)

Wissenschaft findet statt auf der Grundlage von Erkenntnisinteressen, nicht auf der Grundlage politischer Einstellungen. Wir müssen uns vor der romantischen Überlegung hüten, dass Wissenschaft an sich gut sei. In der Demokratie ist Wissenschaft ein Akt der Aufklärung und erlaubt dem Einzelnen wie der Gesellschaft, neue Wege einzuschlagen. Dies führt zu einer Dynamisierung der Gesellschaft und kann dazu beitragen, schwierige Situationen zu meistern. Neue Erkenntnisse im Bereich der Naturwissenschaften und der Medizin spielen hier eine besondere Rolle – denken Sie nur an die Zeit der Corona-Pandemie.

Damit Wissenschaft und Hochschulen neue Wege gehen können, müssen sie hinreichend ausgestattet sein, auch finanziell. Sie müssen vor einer reinen Zweckrationalität und vor einer reinen Vermarktbarkeit geschützt werden.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und vor Kürzungen!)

Das macht übrigens eine der Stärken des deutschen Forschungsstandorts aus. Einsichten der Sozial- und Geisteswissenschaften erlauben es uns, überhaupt erst zu verstehen, wohin wir uns geschichtlich entwickeln, worin gesellschaftliche Dynamiken, Konflikte und Lösungen bestehen, auf die wir nur kommen, weil wir dazu intensiv geforscht haben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum kürzen Sie da?)

Die hessische Wissenschaftslandschaft beweist ein enormes Innovationspotenzial. Sie konnte 2024 drei von zehn Leibniz-Preisen nach Hessen holen. Die Lehrstühle der ausgezeichneten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erhalten dadurch zusätzliche Forschungsmittel in Höhe von 2,5 Millionen Euro. In der ersten Runde der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder aus dem Februar 2024 wurden von bundesweit 143 Skizzen nur 41 zur Antragstellung aufgefordert. Unter diesen 41 waren allein fünf hessische Vorhaben. Zusammen mit zwei bestehenden Exzellenzclustern wird Hessen damit an insgesamt sieben Vollarträgen beteiligt sein. Das ist ein großer Erfolg auch meiner Vorgängerin. Das zeigt, wie wichtig der Forschungsstandort Hessen ist.

(Beifall CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen wird entscheidend daran mitwirken, dass wissenschaftlich innovative Arbeit die Grundlage dafür legt, wie sich unsere Gesellschaft weiterentwickelt, und zwar positiv weiterentwickelt.

Alle bis zur Vollartragstellung geförderten Exzellenzvorhaben erhalten vom Land Hessen eine LOEWE-Spitzenprofessur, um sie nochmals stärker aufzustellen. Auch das ist ein wichtiges Signal an unsere Wissenschaftslandschaft.

Vier neue LOEWE-Transfer-Professuren an den Universitäten Darmstadt und Gießen, der Hochschule Geisenheim und der Hochschule Mittelhessen widmen sich klimaneutraler Produktion, Landwirtschaft im Klimawandel und dem Einsatz erneuerbarer Energien in der Mobilität sowie der Kälte- und Wärmeversorgung. Sie leisten damit wertvolle Beiträge auf zukunftsrelevanten Forschungsfeldern. Innovativ und leistungsstark – so ist Hessen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Daneben ist es mir und meinem Haus in der gegenwärtigen Situation besonders wichtig, die Expertise unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen zur Stärkung unserer Demokratie zu bündeln.

Die Demokratieforschung ist Teil unseres Sofortprogramms der Landesregierung. Trotz angespannter Haushaltslage werden wir in diesem Jahr 2 Millionen Euro und ab 2025 – vorausgesetzt, der Haushaltsgesetzgeber unterstützt das – 3 Millionen Euro pro Jahr investieren. Das Geld ist gut angelegt.

Es ermöglicht, bestehende Projekte der Demokratieforschung zu fördern. Zu ihnen gehört zum Beispiel das Demokratiezentrum Hessen an der Universität Marburg mit dem „Beratungsnetzwerk Hessen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“, mit der „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen“ sowie dem Bereich „Rechtsextremismus, Rassismus, Demokratiefeindlichkeit: Forschung und Weiterbildung“ – ein umfangreiches Angebot, das sehr viel Aufmerksamkeit erfährt.

Außerdem wollen wir neue Projekte – Wissensnetzwerke, fächerübergreifende Kooperation, universitäre und außeruniversitäre Zusammenarbeit – besser fördern, und wir schreiben einen neuen Forschungsverbund aus. Wir wollen, dass die vielen auf der lokalen Ebene existierenden Projekte der Demokratieförderung wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden, damit wir herausfinden, welche Maßnahmen am besten geeignet sind, um gegen Extremismus vorzugehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden herausragenden Nachwuchs im Bereich der Demokratieforschung fördern, aber wir richten auch die bundesweit einmalige Professur zur Geschichte der Demokratisierung Deutschlands ein. Ich sagte es bereits: Nichts ist entschieden. Die Demokratie wurde in unserem Land immer wieder erstritten, sie war verhasst, und sie war geliebt. Davon zeugen allein zwei Jubiläen der jüngsten Vergangenheit: 175 Jahre Deutsche Revolution und Paulskirchenverfassung, sowie 75 Jahre Grundgesetz.

Gerade in einer Zeit, in der die Demokratie stark umkämpft ist und unter Feuer steht, kann die Erforschung ihrer wechsellvollen Geschichte eine wichtige Orientierung für die Zukunft bieten. Deswegen ist diese bundesweit einmalige Professur zur Demokratiegeschichte ein wichtiges und viel beachtetes Signal.

(Beifall CDU und SPD)

Zur Demokratie gehört untrennbar der Zugang zu Bildung. Unsere hessische Wissenschaftslandschaft muss für Menschen aus allen sozialen Schichten frei zugänglich und kostenlos bleiben. Dies wird derzeit, insbesondere in den Ballungsräumen, durch einen eklatanten Mangel an bezahlbarem Wohnraum erschwert. Deswegen werde ich zusammen mit Bauminister Kaweh Mansoori die Schaffung von Wohnraum für Studierende beschleunigen und zusätzliche Bauvorhaben auf den Weg bringen.

(Beifall CDU und SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gleichzeitig werden wir die soziale Infrastruktur der Studierendenwerke und die Studienberatung und -unterstützung stärken. Zusammen mit den Hochschulen werden wir die Internationalisierung ausbauen,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kürzen aber eher!)

um mehr junge Menschen zum Studienabschluss nach Hessen zu führen und diese jungen Menschen, nach erfolgreichem Studienabschluss, auch als Fachkräfte in unserem schönen Bundesland zu halten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hochschulen sind aber auch Orte der gelebten Demokratie, des vielfältigen kulturellen studentischen Lebens und der studentischen Selbstverwaltung. Deswegen sage ich aus aktuellem Anlass: Studierendenhäuser leisten dafür einen entscheidenden Beitrag und haben auch die Unterstützung dieser Landesregierung.

Auch im Bereich von Kunst und Kultur stehen wir vor großen Aufgaben: Joseph Maria Olbrich, der federführende Architekt der Darmstädter Mathildenhöhe, sagte einst: „Der Zeit ihre Kunst, der Kunst ihre Freiheit“. Jede historische Situation und jede Phase bringen ihre eigene Kunst hervor und finden eigene künstlerische Ausdrucksformen.

Die bildende Kunst, die darstellenden Künste, Musik und Literatur sind gesellschaftliche Orte der Kreativität. Sie sind identitätsbildend für Kinder und Jugendliche genauso wie für ältere Menschen. Kunst ist zentral für eine Gesellschaft selbstbewusster Individuen. Kunst kann dem Einzelnen als Ort erscheinen, an dem es möglich ist, „ohne Angst verschieden [zu] sein“, wie es Adorno einst formulierte. Auch die Kunst ist frei. Diese Freiheit gilt es zu schützen.

Kunst darf nicht zum Instrument bestimmter Interessen oder Systeme gemacht werden. Doch auch die Freiheit der Kunst steht im Spannungsverhältnis zu anderen verfassungsrechtlich geschützten Grundrechten. Die Gewährung rechtlicher Autonomie und die Förderung von Kultur durch den Staat sind für eine freie Kunst unverzichtbar. Sie gehen aber zwingend einher mit der Verpflichtung, die möglichen Auswirkungen von Kunstwerken mit zu bedenken.

Bei aller Vergleichbarkeit besteht aber ein gravierender Unterschied zwischen Wissenschaft und Kunst: Die Wissenschaft zielt vornehmlich auf das Finden objektiver Erkenntnis, die Kunst dagegen ist zuvorderst Ausdruck subjektiver Wahrheit. Sie ist auf das Gefühl des Betrachters ausgerichtet. Sie bringt Geschmacksurteile hervor. Ihre Wahrheit ist eine andere als die Wahrheit der Wissenschaft.

Kunsthfreiheit bedeutet aber nicht, dass wir den Verstoß eines Kunstwerkes gegen ethische oder moralische Grundsätze nicht kritisieren können. Oberhalb der strafrechtlich relevanten Grenze gilt es, konsequent einzuschreiten. Unterhalb der strafrechtlich relevanten Grenze gilt es, dies zu benennen, zu diskutieren, zu analysieren und, wenn nötig, laut zu widersprechen – nicht nur durch die Politik, sondern eben auch durch eine funktionierende Öffentlichkeit, die wir stärken müssen.

(Anhaltender Beifall CDU und SPD)

Das sage ich im Blick auf die documenta 15. Das hohe Ansehen dieser renommierten Kunstschau hat Schaden genommen. Als Kunst- und Kulturminister, der aus Kassel stammt, sehe ich es als eine meiner zentralen und wichtigsten Aufgaben an, an diesem Ansehen wieder anzuknüpfen und das Ansehen der documenta wiederherzustellen.

Die Herausforderung besteht in der Abwägung: Wo endet die Freiheit der Kunst? Wie kann sie so gewährleistet werden, dass die Ausübung anderer Grundrechte und Pflichten nicht beschädigt wird? Kunstfreiheit und der Schutz der Menschenwürde dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ich sage Ihnen, beide Seiten würden verlieren. Aus diesem Grund haben wir unmittelbar nach Regierungsantritt gehandelt. Wir haben eine überfällige Strukturreform umgesetzt, die die Handlungsfelder der documenta gGmbH klarer benennt und ihre Organisation modernisiert, damit sie den finanziellen, praktischen und inhaltlichen Herausforderungen gewachsen ist. Ich sage Ihnen, das wäre eigentlich schon nach der documenta 14 nötig gewesen.

Die Gesellschafter der documenta gGmbH, zu denen das Land und die Stadt Kassel gehören, sind übereingekommen,

(Zuruf Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

einen wissenschaftlichen Beirat einzusetzen. Er steht der Gesellschaft und ihrem Aufsichtsrat permanent beratend zur Verfügung. Und wir haben den Bund wieder zurückgeholt in die Verantwortung des Aufsichtsgremiums. Stadt, Land und Bund ziehen an einem Strang und in die gleiche Richtung. Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, dieses

gute Miteinander zu etablieren. Wir brauchen das auch für den Erfolg der nächsten documenta.

(Beifall CDU und SPD)

Seit einer Woche haben wir eine hochkarätige internationale Findungskommission, an deren Zusammensetzung mein Haus intensiv mitgearbeitet hat. Die Kommission wird Persönlichkeiten für die künstlerische Leitung der nächsten documenta finden. Ich vertraue dieser Expertise und freue mich sehr auf die weitere Entwicklung. Wir wollen, dass aus dem Krisenfall documenta 15 der Beispielfall documenta 16 wird. Wir wollen, dass die Freiheit der Kunst, die in jedem Fall verteidigt werden muss, in keinem Fall die Grundsätze unserer Gesellschaft untergräbt. Dass die Würde des Menschen unantastbar ist, ist oberste Voraussetzung.

Geschlecht, Religion, sexuelle Orientierung oder auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht dürfen nicht zur Ausgrenzung führen. Es gab sicherlich schon einfachere Aufgaben angesichts der aufgeheizten Stimmung in unserem Land, die derzeit im Kulturbetrieb herrscht. Aber wir wollen den wichtigen Kunststandort Deutschland stärken, und wir wollen Kassel als wichtigen Austragungsort einer modernen Kunstausstellung mit Weltanspruch eine Zukunft geben, die auch kontrovers sein muss, die auch Mut zur Utopie hat.

Ich freue mich auf die documenta 16 – egal, ob sie 2027 oder, wenn nötig, 2028 stattfindet.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann denn? – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als bald!)

Ich freue mich, Sie alle in Kassel begrüßen zu dürfen.

(Beifall CDU und SPD – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Die Kunst zu schützen und ihr Raum zu geben, ist aber Thema für die gesamte Kulturpolitik. Diese Landesregierung möchte Teilhabe garantieren, Kunst und Kultur für alle Menschen erfahrbar machen, unabhängig vom Geldbeutel und unabhängig davon, ob man in einem Ballungsgebiet Hessens lebt oder auf dem flachen Land – im Ballungsgebiet, wo viele renommierte und große Theater, Opernhäuser, Museen angesiedelt sind, oder im ländlichen Raum, wo es stärker von der Initiative Einzelner abhängt, ob sich dort kulturelles Leben abspielt. All das hat die Landesregierung im Blick, auch in Zeiten angespannter Haushalte.

Lassen Sie es mich abschließend noch einmal bekräftigen: Kultur und Wissenschaft sind kein Luxus. Kultur und Wissenschaft sind für alle da. Kultur und Wissenschaft sind Daseinsvorsorge. Kultur und Wissenschaft sind Kernelemente unserer Demokratie. – Glück auf.

(Anhaltender Beifall CDU und SPD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Bevor ich in der Rednerreihenfolge fortfahre, möchte ich noch zwei ehemalige Abgeordnete auf der Besuchertribüne begrüßen, zunächst einmal Frau Staatsministerin a. D. Dorothea Henzler. Seien Sie uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Ebenso heiße ich den ehemaligen Abgeordneten und Staatsminister Volker Hoff willkommen. Schön, dass Sie da sind.

(Beifall)

Als Nächster hat der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion das Wort, Herr Dr. Grobe.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Behauptung von Staatsminister Gremmels in seiner Regierungserklärung, dass Demokratie Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur für ein freies, kritisches und lebendiges Miteinander braucht, ist richtig wie gleichermaßen falsch; denn nicht nur Demokratien brauchen diese Institutionen, sondern jede Staatsform, die erfolgreich sein will,

(Beifall AfD – Lachen und Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

vielleicht mit Ausnahme eines Kalifates, auch wenn der noch amtierende Verfassungsschutzpräsident Haldenwang dies auch als „eine denkbare Staatsform“ für Deutschland bezeichnete – nur, damit keine Missverständnisse aufkommen.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Was für ein peinlicher Einstieg!)

Herr Haldenwang ist der, den Sie allesamt gerne als Verteidiger der Demokratie und Verfassung darstellen. Aber kommen wir zurück zum Thema.

Es waren nicht Demokratien, die in Europa Hochschulen gründeten, sondern Monarchien. So errichteten im 10. und 11. Jahrhundert Fürstenhäuser in Parma und Bologna Universitäten, und in England wurden mit Oxford und Cambridge in den Jahrhunderten darauf Elitehochschulen etabliert, die bis heute führend sind – nicht zu vergessen, dass es gerade deutsche Fürstenhäuser waren, die die technische Bildung erst richtig ins Rollen brachten: So wurden Polytechnische Schulen unter anderem in Karlsruhe, München, Dresden, Breslau und Danzig, aber auch in Darmstadt errichtet, die das Hochschulwesen national wie international revolutionierten.

Es waren also nicht Demokratien, die das Hochschulwesen hervorbrachten sowie auch die Kunst und Kultur förderten, sondern zuerst Könige und Fürsten, die aber eines einte: Sie wollten ihren Staat modernisieren und ließen alle daran partizipieren. Die einfachen Bürger konnten dadurch viel leichter aufsteigen. Grundvoraussetzung aber war, dass man von ihnen Leistung einforderte und dass Qualität vor Quantität ging – anders als heute.

(Beifall AfD)

Wenn man sich die Ergebnisse gerade der Technischen Hochschulen im Kaiserreich ansieht, deren Auswirkungen man bis Ende der 1960er-Jahre in der Bundesrepublik spürte, dann weiß man, dass es gerade die Freiheit der Wissenschaft war – bei der sich die Herrschenden nie einmischten –, die zu den Erfolgen beitrug. Einzig in der Ära Metternichs gab es, wie heute, ähnliche Repressionen.

So erhielt Deutschland allein von 1901 bis 1969 64 Nobelpreise.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie noch alle Tassen im Schrank? – Lebhafter Widerspruch AfD – Zurufe AfD: Das kann ja wohl nicht wahr sein! – Weitere Zurufe)

Den Niedergang – das muss man ganz deutlich sagen –

(Unruhe)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Dr. Grobe, entschuldigen Sie bitte, dass ich Ihre Rede kurz unterbreche. – Zunächst möchte ich etwas anmerken: Herr Abgeordneter Al-Wazir, Sie haben eben zugerufen, dass Herr Dr. Grobe nicht mehr alle Tassen im Schrank habe.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich habe gefragt, ob er noch alle Tassen im Schrank hat! – Weitere Zurufe)

Ich bitte darum, solche Äußerungen zu unterlassen, und ich rüge das hiermit.

Weiterhin möchte ich Sie ausdrücklich darum bitten, weder mir noch den sitzungsleitenden Präsidentinnen oder Präsidenten zuzurufen. Das bitte ich zu unterlassen. – Jetzt hat Herr Dr. Grobe wieder das Wort.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Den Niedergang – das muss man ganz deutlich sagen – läuteten die Achtundsechziger mit ihrer Massenuniversität, ihrer Gleichmacherei und ihren ideologischen Zwängen, wie wir sie auch in der heutigen Regierungserklärung wiederfinden, ein. So gingen in den letzten 54 Jahren nur noch 39 Nobelpreise nach Deutschland. Und wo stehen die deutschen Hochschulen im internationalen Vergleich? Nur noch drei Universitäten sind im QS World University Ranking unter den Top 100 zu finden. Über die hessischen Hochschulen sollten wir besser den Mantel des Schweigens breiten.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

So viel gehört leider auch zur Wahrheit, auch wenn das für Sie nicht von Relevanz zu sein scheint; denn man findet zum Thema Exzellenz nur in einem Absatz etwas. Zudem sollen sich vier neue LOEWE-Transfer-Professuren mit „klimaneutraler Produktion“ und einer „Landwirtschaft im Klimawandel“ beschäftigen – etwas, was unseren Forschungsstandort sicher nicht auf die Erfolgsspur bringt.

(Beifall AfD)

Da Sie anscheinend nicht wissen, wie man die hessische Wissenschaft exzellent machen kann, werden wir Ihnen gern dabei helfen. Ich werde gleich darauf eingehen; vielleicht legen Sie sich jetzt schon einmal Zettel und Bleistift parat.

Aber zuerst eine Frage an Herrn Staatsminister Gremmels: Worum geht es Ihnen eigentlich mit Ihrer Regierungserklärung? Ich kann es Ihnen sagen: Sie sind mit Ihrem Latein am Ende und suchen die Flucht nach vorn, mittels einer Demokratieerziehung auf allen Ebenen; denn die Bürger folgen Ihnen nicht mehr. Das sehen wir ja an den letzten Wahlen.

(Beifall AfD – Zurufe)

Dabei sind es doch die selbst ernannten demokratischen Parteien, die ein einst starkes und innovatives Land mit ihrer Politik vor die Wand gefahren haben. Erst ihre Politik der Energiewende, der illegalen Masseneinwanderung,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Zum Thema!)

der zweithöchsten Steuer- und Abgabenlast und des Zulassens der unerträglich hohen Gewaltkriminalität hat doch dazu geführt, dass ausländische Unternehmen nicht mehr in Deutschland investieren und wirkliche Fachkräfte, wie beispielsweise Wissenschaftler, unser schönes Land meiden.

(Beifall AfD)

Noch schlimmer: Deutschland wird durch die Politik der selbst ernannten demokratischen Fraktionen deindustrialisiert. Nicht von ungefähr suchen deutsche Großunternehmen das Weite, beispielsweise BASF. Wohin flüchtet das Traditionsunternehmen BASF? In einen totalitären Staat wie China, also in ein Land, in dem keine Demokratie herrscht. Warum? Weil Unternehmen profitorientiert sind und diese genug von der moralinsauren Politik in Deutschland haben.

(Zuruf Alexander Bauer (CDU))

Dieses Moralisiere kommt in Ihrer Regierungserklärung an jeder Stelle durch. So haben Sie viel erzählt, was Sie als Pfeiler der Demokratie begreifen. Doch was bedeutet dieses von Ihnen gebetsmühlenartig vorgetragene Wort eigentlich? Wissen Sie eigentlich nicht, dass Demokratie ein Kompositum aus den griechischen Worten „demos“ für „Volk“ und „kratos“ für „Kraft“, „Macht“ oder „Herrschaft“ ist? Es heißt erst einmal schlicht und einfach „Volksherrschaft“.

(Beifall AfD)

Ähnlich, wie beispielsweise bei dem Begriff „Rassismus“, welcher an den Hochschulen auf der Grundlage der sogenannten kritischen Rassentheorie neu definiert wird, haben Sie sich seit einigen Jahren auch den Begriff der Demokratie für Ihre Zwecke angeeignet.

(Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Widerlich! – Weitere Zurufe)

Mit Ihrer Interpretation von Demokratie weichen Sie aber immer stark von der eigentlichen Bedeutung des aus dem Griechischen entlehnten Wortes ab; denn demokratisch ist für Sie immer nur das, was aus Ihrem eigenen politischen Lager kommt und explizit Ihren politischen Zielen dienlich ist.

(Beifall AfD)

Eine solche Anwendung des Demokratieprinzips widerspricht jedoch dem Grundgedanken dieser Staatsform; denn in einem demokratischen Staat ist das Volk, also die Gesamtheit aller Bürger, der Souverän. So kommen nicht wenige Politikwissenschaftler zu einem Ergebnis, nach dem die von Ihnen gerne verwendeten Adjektive „demokratisch“ und „nicht demokratisch“ heute nur noch als Synonyme für gut und böse zu verstehen sind. Was dabei jedoch demokratisch ist und was nicht, bestimmen Sie.

Da wir als Alternative für Deutschland als Einzige seit Jahren gegen den Ausverkauf Deutschlands Sturm laufen,

versuchen Sie, anstatt das Ruder endlich herumzureißen, uns mit repressiven Mitteln zu begegnen.

(Beifall AfD)

Denn unter dem Begriff der Demokratieförderung an Hochschulen sowie in der Kunst- und Kulturlandschaft fügt sich ein weiteres Mosaiksteinchen zum Bild eines Staates, der seinen Bürgern misstraut und ihnen noch einreden will, dass alles zu ihrem Besten geschehe.

So klassifizieren Sie die von der AfD seit jeher geforderte direkte Demokratie nach dem Schweizer Vorbild als populistisch ab,

(Zuruf Lara Klaes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

während Sie selbst durch Vorhaben wie hier in Hessen mit dem sogenannten Demokratiepaket gezielt gegen eine vom Volk, also vom Souverän, gewählte Oppositionspartei vorgehen.

(Beifall AfD – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daran merkt man, dass Sie sich das Wort Demokratie – das gilt für alle sich hier im Hohen Hause als demokratisch bezeichnenden Fraktionen – nur angeeignet haben; denn, wann immer Sie können, passen Sie die Bedeutung des Begriffes an Ihre ideologischen Vorhaben und natürlich auch an Ihre ideologischen Projekte an.

(Zuruf Christoph Sippel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich kann dazu nur sagen, dass die ideologische Verblendung der aktuellen Regierung besorgniserregend ist.

Davon bleiben leider auch unsere Hochschulen wie die Kunst- und Kulturszene nicht verschont. So versuchen Sie nun wieder, diese mit Ihren Demokratieprojekten zu beheligen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Damit haben Sie es ja nicht so – mit der Demokratie! Das ist nicht so Ihr Ding!)

Dazu finanzieren Sie in diesem Jahr ein sogenanntes Programm zur Demokratieforschung mit 2 Millionen Euro und danach jedes Jahr mit 3 Millionen Euro. Was Sie darunter verstehen, können wir bereits erahnen; denn Herr Minister Gremmels geht mit dem Sofortprogramm „11+1 für Hessen“ der Landesregierung überall hausieren.

(Zuruf Lena Arnoldt (CDU))

So möchten CDU und SPD „die anwendungsorientierte Demokratieforschung gezielt“ stärken. Damit die Tragweite und der tiefere Sinn deutlich werden, wiederhole ich zum Verständnis das Adjektiv „anwendungsorientiert“. Merken Sie etwas?

(Beifall AfD)

Es geht nicht mehr um Forschung, sondern – das geben Sie selbst zu – darum, „praxistaugliche Strategien“ gegen Ihre Kritiker zu entwickeln.

(Zuruf Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Anstatt, wie wir das machen würden, die Politik wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen, machen Sie weiter wie bisher und versuchen nun, andere Institutionen mit Steuergeldern für Ihre Ideologie in den politischen Kampf einzuziehen.

beziehen. So etwas gab es bislang nur in zwei Diktaturen in Deutschland. Schämen Sie sich.

(Beifall AfD – Widerspruch Minister Timon Gremmels – Zuruf Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Weitere Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen Ihnen: Wir brauchen keine sogenannte Demokratieforschung an unseren hessischen Hochschulen, sondern endlich wieder eine qualitative Forschung und Lehre.

(Zuruf Turgut Yüksel (SPD))

Das – und nur das – ist die eigentliche Kernaufgabe einer Hochschule. Halten Sie sich aus der Autonomie der Hochschulen, die Sie sonst immer angeblich hochhalten, heraus.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn man einen Schritt weiterdenkt, frage ich Sie: Was kommt als Nächstes von der schwarz-roten Koalition? Muss bald jeder in seiner wissenschaftlichen Arbeit wie in der DDR ein Loblied auf die bunte Regierung singen? Die Doktorarbeit Merkmals enthielt auch den Nachweis über ihre vertieften Kenntnisse des Marxismus-Leninismus mit dem Titel „Was ist sozialistische Lebensweise?“

(Heiterkeit AfD – Zuruf CDU: Können Sie mal zum Thema sprechen?)

Wissenschaft und Technik im Verständnis des aktuellen bundesrepublikanischen Sozialismus sind für die schwarz-grüne Koalition anscheinend Instrumente des Fortschritts.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um das umzusetzen, versuchen Ihre Parteiideologen gerade, die Sprache unter anderem durch den Genderirrsinn, aber auch das Denken mittels einer Demokratieerziehung zu beeinflussen. Die Hessen wollen aber keine vorgestanzte Demokratieerziehung, sondern eine echte Demokratie, wie sie sie von früher her kannten.

(Beifall AfD – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann denn früher?)

Diese sind nämlich mündige Bürger. Deshalb wachen immer mehr auf; denn die Bürger sind schlau und wählen immer mehr Blau.

(Beifall AfD)

Das passt Ihnen nämlich nicht. Nicht von ungefähr hat die Bundesregierung von 2020 bis 2023 Propagandakampagnen in den Kinos und durch Werbeanzeigen in Höhe von fast 1 Milliarde Euro geschaltet, um die Bürger zu beeinflussen. Darüber hinaus wurden seit 2001 über 1,5 Milliarden Euro für den sogenannten Kampf gegen rechts ausgegeben.

(Zuruf Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es fällt inzwischen schwer, noch den Überblick zu behalten. Profitiert haben neben den Kirchen die frühere Stasi-Zuträgerin Anetta Kahane von der Amadeu Antonio Stiftung, aber auch türkische Gemeinden, die der Muslimbruderschaft nahestehen,

(Zuruf SPD: Was? – Widerspruch Rüdiger Holschuh (SPD) – Weitere Zurufe)

also vielfach sehr fragwürdige Institutionen, die auch in Hessen wirken und von der Landesregierung seit Jahren kräftig unterstützt werden.

So wird in Fulda der gerichtsfest als linksextrem bestätigte, da es sich um eine Meinungsäußerung handelt, Verein „Fulda stellt sich quer“ e. V.

(Zuruf Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

über das Bundesprogramm „Demokratie leben“ mit hohen Summen unterhalten – ein Verein, dessen Vorstand in weiten Teilen mit der SPD Fulda identisch ist.

(Heiterkeit und Beifall AfD)

Bundesinnenministerin Nancy Faeser geht bei solchen Linksextremisten ein und aus.

(Zuruf Lara Klaes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir sind daher gespannt, ob die Landesregierung ihren Koalitionsvertrag ernst nimmt und dafür sorgt, dass dieser linksextreme Verein weder direkt noch indirekt Geld erhält.

(Zuruf Lara Klaes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Voller Erwartung sind wir auch, ob der hessische Verfassungsschutz seiner Aufgabe gerecht wird und die hiesige SPD im nächsten Jahr in seinem Bericht als Beobachtungsfall wegen der Nähe zu Linksextremisten erwähnen wird.

(Heiterkeit und Beifall AfD – Zuruf Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber das ist nicht alles; denn die Förderung des Denunziantentums durch staatliche und nicht staatliche Meldeportale nimmt kontinuierlich zu.

So gehen der Staat und auch Vereine seit einigen Jahren dazu über, im Internet Portale zu implementieren, die dazu dienen, Bürger zu denunzieren,

(Christoph Sippel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das machen Sie doch!)

unter anderem zu den Themen „Antifeminismus“, „Gegen Hetze im Netz“ – hier etwa das Land Hessen –, „Falschparker“ von der Deutschen Umwelthilfe, „Falsch-WOHNER“ vom Berliner Senat und angebliche Verschwörungsmymen, hier: „Der Fabulant“, finanziert vom Land Hessen.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So kämpft in Hessen ein Hase mit 640.000 Euro Steuergeld gegen Verschwörungstheorien, den kaum jemand kennt.

(Zuruf Nina Eisenhardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Prof. Michael Wolffsohn sagte dazu: „Schlimm, dass unsere Demokratie auf diese demokratiefeindlichen Methoden zurückgreift.“

(Beifall AfD)

Laut dem Nachrichtenmagazin „Focus“ dienen Meldeportale in Wirklichkeit der Denunziation politisch unliebsamer Anschauungen. An diesen Beispielen zeigt sich, dass linke Gesinnungsgegnossen mit Steuergeldern alimentiert werden, um dann bei gerichtlich festgestellten Fake-News-Kampagnen wie der von Correctiv für Massenproteste – nicht gegen die Regierung, sondern gegen die Opposition

– in Stellung gebracht zu werden. Das ist etwas, was es in normalen Demokratien so noch nie gegeben hat. Aber vielleicht glaubt die Landesregierung ja auch, dass die Deutsche Demokratische Republik eine Demokratie gewesen sei.

(Beifall AfD)

Das könnte auch der Grund sein, warum die jetzige und vorherige Regierung zum 17. Juni – übrigens als einzige Landesregierung – zum wiederholten Mal keinen Kranz mehr für die Opfer des Volksaufstandes auf dem Friedhof Seestraße in Berlin niederlegen ließ.

(Zuruf AfD: Hört, hört!)

Die hessische AfD-Fraktion ist aber gerne helfend eingesprungen, was den Opferverbänden wohlwollend aufgefallen ist.

(Beifall AfD)

Oder lag es daran, dass die CDU mit der Linkspartei nicht nur kuschelt, sondern nun in ein gemeinsames Fraktionsbett in Senftenberg gehüpft ist? Da bekommen die drei Buchstaben SED eine ganz neue Bedeutung.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unverschämt!
– Zuruf CDU: Unerträglich!)

Daher sind wir auch nicht mehr verwundert, dass Ministerpräsident Rhein zum 75. Jubiläum des Grundgesetzes bei einer Veranstaltung an der Goethe-Universität den bis dato bestehenden bundesrepublikanischen Grundkonsens gebrochen hat und alle Deutschen zum Tätervolk des Völkermordes an den Juden erklärt hat.

(Minister Timon Gremmels: Was?)

– Ja, das hat er gemacht. – Oder sind die Männer des 20. Juli wie Stauffenberg, Hermann Kaiser, Karl Sack oder Robert Bernardis für Sie nun doch Täter?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das ist ekelhaft, was Sie erzählen! Ekelhaft! – Weiterer Widerspruch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht sollte weniger die Demokratieerziehung im Fokus stehen, sondern vielmehr der Regierung ein geschichtlicher Grundkurs angeboten werden; denn hier liegt scheinbar einiges im Argen.

Kommen wir nun zu dem, was die Alternative für Deutschland in einer Regierung im Bereich Wissenschaft besser machen würde – etwas, was in Ihrer Regierungserklärung nur marginal angesprochen wurde. Hier unser Zehn-Punkte-Sofortprogramm. Haben Sie Ihren Stift in der Hand, Herr Minister?

Erstens müssen wir den im letzten Hochschulpakt veranschlagten jährlichen 4-prozentigen Aufwuchs besser und flexibel an den tatsächlichen Bedarf der Hochschulen anpassen; denn die derzeitige Steigerungsrate reicht bei Weitem nicht aus. Gerade in Jahren mit besonders hohem Innovationsbedarf muss ein Vielfaches des bisher fixierten Volumens an die bedürftigen Hochschulen ausgeschüttet werden.

Zweitens müssen wir wieder die Freiheit von Forschung und Lehre, wie sie durch Art. 5 Absatz 3 Grundgesetz garantiert wird, verteidigen und stärken. Dazu zählt eine freie Debattenkultur, in der es keine Denkverbote mehr gibt und keiner mehr vor einer gesellschaftlichen Ächtung Angst

haben muss, solange man sich im Rahmen des Grundgesetzes bewegt.

(Beifall AfD)

Denn es kann nicht sein, dass das frühere freiheitliche Wissenschaftsklima durch eine Cancel Culture und Identitätspolitik einem Konformitätsdruck unterliegt.

So hat sich der Meinungskorridor an den Hochschulen immer mehr verengt. Forschung wird zensiert, wenn sie nicht ins woke Gesellschaftsbild passt oder wenn Arbeiten nicht gegendert sind. Das muss aufhören.

(Lara Klaes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch nicht mal richtig sprechen können Sie! Es heißt „gendern“ [ˈdʒɛndɐn] und nicht „gendern“ [ˈgɛndɐn]! – Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Doktor! – Zurufe AfD: Oh!)

Nicht von ungefähr haben Sie alle Anträge der AfD mit dem Vorwurf abgelehnt, wir würden in die Freiheit von Forschung und Lehre eingreifen.

Aber sind Sie es nicht, die dort fortlaufend eingreifen, etwa durch die angedachte Schaffung eines Lehramtsstudiums auch an Fachhochschulen, die gar keine pädagogische Ausbildung garantieren können, oder durch die bereits erwähnte und von Ihnen nun an den Hochschulen forcierte Demokratieforschung? Den Hochschulen wird so ein ideologisch eingefärbtes Programm übergestülpt. Die finanziellen Mittel fehlen dann für wirkliche Forschung und Innovation – und das nachhaltig.

Man erkennt: Immer wenn durch Sie selbst verursachte Missstände aufkommen, mischen Sie sich, ohne zu zögern, in die Belange unserer Hochschulen ein. Freiheit der Forschung und Lehre nur dann, wenn es mit einem Ihrer Demokratieprojekte vereinbar ist. Das gilt es abzustellen.

Drittens. Wir brauchen eine Eliten- und Exzellenzförderung, die ihren Namen verdient. Nur so können wir allen fünf hessischen Universitäten endlich wieder international Geltung verschaffen.

Viertens. Die Vergeschlechtlichung und Diversifikation der Forschungsgegenstände sowie Herangehensweisen an Hochschulen wie der Goethe-Universität sind sofort abzuschaffen. Um wieder ernsthafte Wissenschaft zu betreiben, bedarf es keiner politisierten Vorgaben für Fördermittelanträge, aber auch keiner Vorgaben wissenschaftsferner Genderlehrstühle.

Fünftens. Die Genderstudienfächer sind endlich abzuschaffen. Die Gelder sind in Richtung MINT-Fächer, Medizin und Exzellenz weiterzuleiten.

(Beifall AfD)

Nur so können wir Hessen und Deutschland wieder zum Land der Dichter und Denker machen.

Sechstens. Die Hochschulen müssen selbstständig entscheiden dürfen, ob sie günstigen und guten Wohnraum für Studenten schaffen möchten. Dafür werden wir Ihnen nach der Sommerpause einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen.

(Zuruf: Den brauchen wir nicht!)

Siebtens. Wir fordern die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer, die dann den Hochschulen zur Verfügung gestellt werden.

Achtens. Die Hochschulgebäude sind auf den neuesten Stand der Technik zu bringen und zu sanieren, sodass Studieren und Lehren wieder Spaß machen und diese letztlich auch zeitgemäß sind. Dagegen sind Pläne, Hochschulgebäude energetisch zu sanieren, zu verwerfen, da sie Kostengraber und nicht umsetzbar sind.

Neuntens. Wir müssen die Betreuungsrelation zwischen Professor und Studenten deutlich verbessern. Dies geht nur, indem wir die Studentenzahl radikal reduzieren. Das heißt, wir brauchen mehr und nicht wie in Hessen – was bundesweit übrigens einzigartig ist – weniger zulassungsbeschränkte Studienfächer. Dies reduziert einerseits auch die Studienabbruchquote und lenkt andererseits viele Studienabgänger in die Ausbildung. Damit ist auch den Unternehmen gedient, die Auszubildende händeringend suchen.

Zehntens. Das Thema des Antisemitismus darf an hessischen Hochschulen nicht wie von Staatsminister Gremmels achselzuckend und nur in eine ihm genehme Richtung behandelt werden.

(Bijan Kaffenberger (SPD): Völliger Unfug!)

Wir setzen uns als Alternative für Deutschland generell für den Schutz der jüdischen Studenten ein und schauen nicht weg, wenn der Antisemitismus aus dem linken, woken und postkolonialen Spektrum kommt.

(Beifall AfD – Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden dafür sorgen, dass Übergriffe auf jüdische Studenten zur Exmatrikulation an Hochschulen führen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sehen, dass wir uns erst einmal um die wirklichen Probleme in der hessischen Hochschullandschaft kümmern –

(Beifall AfD – Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

etwas, was in der Regierungserklärung des Wissenschaftsministers deutlich zu kurz kommt. Die Demokratie kommt dann schon von allein. – Vielen Dank.

(Beifall AfD – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was für ein Irrsinn!)

Vizepräsident René Rock:

Danke, Herr Dr. Grobe. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Schmitz das Wort.

Lucas Schmitz (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben vor Kurzem 75 Jahre Grundgesetz gefeiert, wobei ich einschränkend dazusagen muss: Nach der Rede eben bin ich mir nicht sicher, ob wir alle 75 Jahre Grundgesetz gefeiert haben.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten – Volker Richter (AfD): Wir noch mehr als die CDU!)

Ich darf an dieser Stelle noch kurz ergänzen: Ich habe mit Überraschung festgestellt, dass zu dem Bereich Wissenschaft und Kunst auch die Satire zählt.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Fangen Sie jetzt damit an?)

Herr Dr. Grobe, nicht anders kann man Ihre Rede an dieser Stelle interpretieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben gemeinsam gefeiert, dass uns das Grundgesetz Frieden, Freiheit und Einigkeit brachte. Wir haben uns vor Augen geführt, dass das Grundgesetz nicht nur ein juristisches Meisterwerk ist, sondern auch ein jung gebliebenes, stets den Zeitgeist atmendes Werk, das die unerschütterliche Basis für unsere Freiheit, unseren Rechtsstaat und das gesellschaftliche Zusammenleben ist.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Wenn wir uns die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes anschauen, dann verwundert es nicht, dass man bei Art. 5 des Grundgesetzes verhältnismäßig schnell zu einer Einigung kam. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates wussten, dass sowohl die Meinungsfreiheit als auch die Freiheit der Wissenschaft und Kunst essenziell für das Bestehen Deutschlands sein werden. Wie wir nach 75 Jahren feststellen können, haben sie recht behalten.

Das diesjährige Wissenschaftsjahr steht daher zu Recht unter dem Motto Freiheit. 75 Jahre Grundgesetz geben uns Anlass, zu fragen: Wie resilient ist unsere Demokratie angesichts der Krisen der Gegenwart? Welche Freiheit brauchen wir an Universitäten, in Forschungslaboren oder in der Kunst bzw. in der Kultur? Wie bewahren wir die Freiheit zukünftiger Generationen? – Dass dieses Motto an Aktualität nicht übertroffen werden kann, hängt nicht nur mit dem Jubiläum des Grundgesetzes oder der Erinnerung an das Stauffenberg-Attentat zusammen, sondern auch damit, dass die Freiheit des Lebens, des Denkens und des Wirkens in vielen Ländern zur Disposition steht.

Der Begriff der Freiheit ist aber nicht nur ein theoretisches Konstrukt, das vor allem in der westlichen Philosophie bei Hobbes oder Kant eine zentrale Rolle spielt. Ich bin davon überzeugt, dass ein freiheitliches Leben das Bestreben eines jeden Menschen ist – egal, wo er lebt, egal, an welchen Gott er glaubt oder wie er liebt. Deshalb ist es für uns Verpflichtung und Auftrag zugleich, den Raum der Freiheit, den uns das Grundgesetz ermöglicht, durch politisches Handeln zu festigen und mit klugen Maßnahmen wohl bewusst und verhältnismäßig zu füllen.

Es ist übrigens alles andere als ein Zufall, dass die für die heutige Regierungserklärung relevanten Themen der Wissenschafts- und Kunstfreiheit in einem Grundgesetzartikel zusammengefasst sind. Die Verfasser des Grundgesetzes wussten, dass eine erfolgreiche Demokratie sehr viel mit Kunst und Kultur sowie der Wissenschaftsfreiheit zu tun hat. Auch das lässt sich nicht nur in der Theorie feststellen, sondern man konnte es in den Nachkriegsjahren bei uns in Hessen bestaunen, wie wir zur Kenntnis nehmen, wenn wir an die Entstehungsgeschichte der documenta in Kassel denken, die vor knapp 70 Jahren, 1955, das erste Mal organisiert wurde. Wir alle wissen, der Zweite Weltkrieg lag damals erst zehn Jahre zurück, die Folgen waren noch immer zu spüren. Die Stadt Kassel befand sich im Wiederaufbau. Es mangelte an Wohnraum, an Infrastruktur. Die Menschen hatten viele alltägliche Sorgen und vor allem Zukunftssorgen. Inmitten dieser sowohl politisch als auch

wirtschaftlich schwierigen Situation wurde moderne Kunst präsentiert – ein scheinbar großer Gegensatz zu den dringenden Bedürfnissen der Zeit.

Bei genauem Hinsehen passte diese Kunst jedoch genau in jene Ära. Die Werte der Vergangenheit boten nach den Katastrophen des Krieges keine Perspektive mehr, während der Blick in eine neue, bessere Zukunft Hoffnung versprach. Moderne Kunst war der Blick in eine neue Freiheit. Das Streben nach Freiheit, weg von einem autoritären Regime und hin zu einem kritischen Hinterfragen gesellschaftlicher Entwicklungen, wurde in der documenta erstmals künstlerisch ausgedrückt.

Es war der bekannte Maler, Zeichner und Kunstpädagoge Arnold Bode, der den Menschen eine neue Qualität der Kunst nahebrachte, die zehn Jahre zuvor von den Nazis verfehmt worden war. Zum ersten Mal konnte die deutsche Kunstszene Werke des Fauvismus, Expressionismus, Kubismus, des Blauen Reiters und des Futurismus direkt nebeneinander sehen und vergleichen. Rückblickend wird klar, dass dieses Projekt damals ungeheuer mutig war. Es war der Mut neuer Freiheit.

Deswegen steht für uns als regierungstragende Fraktionen fest, dass wir eine historische und freiheitliche Aufgabe haben, die documenta auch weiterhin als Ort künstlerischer Freiheit und des kritischen Hinterfragens zu erhalten.

(Beifall CDU und SPD)

Trotz der klar zu verurteilenden Vorgänge bei der documenta 15 bleibt sie eine leuchtende Säule des freiheitlichen Wirkens in unserem Land. Mit der Strukturreform und der nun eingesetzten Findungskommission sind erste wichtige Schritte zum Fortbestehen der weltweit bedeutenden Kunstaussstellung getan.

Lassen Sie uns aus Wiesbaden das klare Signal nach Kassel und in die nationale sowie in die internationale Kunstszene senden, dass wir unter den Voraussetzungen einer ehrlichen Aufarbeitung und zukünftiger Sensibilität klar hinter der documenta stehen.

Die documenta ist aber nur ein leuchtendes Beispiel einer vielfältigen Kunst- und Kulturlandschaft in Hessen. Ich denke zum Beispiel auch an das derzeit stattfindende Rheingau Musik Festival. Ich denke an unsere weit über Landesgrenzen hinausstrahlenden Staatstheater in Kassel, Wiesbaden und Darmstadt, aber auch an die Bühnen zum Beispiel in Gießen, Offenbach oder die großartigen Bad Hersfelder Festspiele. Ich denke aber eben auch an die reichhaltige Brauchtumspflege, an Trachtenvereine, Chöre und Orchester sowie die kulturelle Begehung traditioneller Festlichkeiten in unserem schönen Bundesland. Sie alle tragen zum Gelingen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens bei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kunst und Kultur geben uns Halt, geben uns Orientierung in einer haltlosen Zeit. In einer schnelllebigen Welt sind es kulturelle Veranstaltungen, die den Alltag für viele Menschen entschleunigen und sie zusammenkommen lassen. Kunst und Kultur sind identitätsstiftend für unser Land und gerade in diesen Zeiten wichtiger denn je.

Unser Bundestrainer hat es in der Pressekonferenz zum Ausscheiden der deutschen Nationalmannschaft, wie ich finde, sehr richtig gesagt. Wir waren lange Zeit ein Land der Vereine, wo Menschen zusammengekommen sind, um

verschiedene Sachen zusammen zu machen – in Sport-, Trachten- und Musikvereinen, hat er gesagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, er hat recht. Deswegen sagen wir als regierungstragende Fraktionen und als Landesregierung: Wir stehen zusammen, wir bleiben zusammen. Unsere Vereine, Museen und Kulturorte sind Orte der Zusammenkünfte. Das sind Orte, die für unsere Gesellschaft von enormem Wert sind. Kunst und Kultur sind von unschätzbarem Wert. Deshalb nehmen sie auch eine zentrale Rolle in unserer Politik ein.

Natürlich kosten sie uns Geld. Der Kulturetat hat in Hessen einen Rekordwert erreicht. Die Gesamtausgaben für das historische Erbe, die Hessischen Staatstheater und die Förderung von Kunst und Kultur sind von rund 197 Millionen Euro im Jahr 2014 auf rund 300 Millionen im Jahr 2024 gestiegen. Ich will hinzufügen: Es ist gut angelegtes Geld; denn Kunst und Kultur laufen nicht einfach so nebenher. Sie sind zentraler Bestandteil der geistigen Infrastruktur unseres Landes. Insofern bin ich der festen Überzeugung, dass wir das Nichtvorhandensein von Kunst und Kultur teurer bezahlen werden, als uns Investitionen in Kunst und Kultur kosten.

(Beifall CDU und SPD)

Auf die Frage, wie wir aus Geschichte lernen und den Nährboden für Extremismus austrocknen können, ist eine der zentralen Antworten: Wir brauchen gute Bildung. Bildung ist die Grundlage, um das Gemeinwesen zu verstehen. Bildung ist die Grundlage, um das Gemeinwesen weiterzuentwickeln. Kulturelle Bildung ist die Grundlage zur Förderung eines Gemeinwesens, das von Toleranz und gegenseitigem Verstehen geprägt ist.

Deswegen gehören Kultur und Bildung unmittelbar zusammen. Ich will unserem jetzigen Ministerpräsidenten ausdrücklich dafür danken, dass er als zuständiger Minister diese Themen zusammengebracht und damit bundesweit Maßstäbe gesetzt hat und dass genau diese Arbeit nun im Koalitionsvertrag fortgeführt wird. Zum Beispiel war er es, der den Kulturkoffer gemeinsam mit Kommunen und privaten Förderern gepackt hat, um möglichst viele junge Menschen vor allem im ländlichen Raum mit kulturellen Bildungsangeboten zu erreichen. Bisher konnten bereits 250 kulturelle Projekte mit insgesamt 3,5 Millionen Euro aus verschiedensten künstlerischen Sparten gefördert werden, davon knapp die Hälfte im ländlichen Raum.

Das zeigt, dass der Kulturkoffer ein außerordentlich erfolgreiches Projekt ist. Genau deswegen werden wir das als christlich-soziale Koalition weiter ausbauen und weiter fördern.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Unter seiner Zeit wurde eine große Fehlentwicklung korrigiert, nämlich die Fokussierung der Kulturpolitik auf urbane Ballungsräume, teilweise ausschließlich auf urbane Ballungsräume. Deshalb wurde mit konkreten Projekten gegengesteuert und wurden kulturelle Projekte gerade auch auf dem Land gefördert. Ich denke zum Beispiel an unsere Musikschulen, die vor allem im ländlichen Raum angesiedelt sind. Im Vergleich zu 2014 hat sich die Unterstützung des Landes Hessen bei der finanziellen Ausstattung der Musikschulen von 1,8 Millionen Euro auf mittlerweile 3,5 Millionen Euro jährlich gesteigert. Wir wissen, welche Bedeutung das Musizieren und die Musik für die Menschen

auf dem Land, aber auch insgesamt für unsere Bürgerinnen und Bürger haben. Diese Politik werden wir fortsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begann meine Ausführungen mit der Bedeutung der Freiheit. Selbstredend ist der Wert der Freiheit auch im Bereich der Wissenschaft nicht wegzudenken. Dieses Jahr – Sie werden es sicherlich mitbekommen haben – jährt sich der Geburtstag von Immanuel Kant zum 300. Mal. Er definiert im Kontext des kategorischen Imperativs die Freiheit als Fähigkeit, eigene Entscheidungen und Handlungen so auszurichten, dass sie im Einklang mit sittlichen Normen stehen. Freiheit ist nach Kant die Fähigkeit zur sogenannten sittlichen Selbstbestimmung oder Selbstgesetzgebung.

Ich bin davon überzeugt – deswegen erwähne ich das an dieser Stelle –, dass genau diese Definition einen prägenden Einfluss auf unsere heutige Wissenschaft haben kann. Wissenschaft sollte sich nicht nach dem moralischen Zeitgeist richten und dadurch in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt sein.

(Robert Lambrou (AfD): Das wäre schön!)

Vielmehr sehe ich die freie Wissenschaft der Zukunft als einen fortwährenden, endlosen Prozess der Selbstbestimmung einerseits und der Selbstfindung andererseits. Dieser Prozess geht aber auch Hand in Hand mit einer intensiven gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Wissenschaft und Gesellschaft müssen mehr denn je den Dialog suchen, um gemeinsam Grenzen und Chancen abzuwägen und zu verstehen.

Seit der Erfindung des Buchdrucks hat die Menschheit keinen so bedeutenden technologischen Fortschritt mehr erlebt wie heute. Ein herausragendes Beispiel ist die künstliche Intelligenz, die auch immer mehr Einzug in unseren Alltag hält. Sie ist für die Wissenschaft ein wertvolles Werkzeug, aber auch gleichzeitig die Grundlage zum Beispiel für Social Scoring in China.

Deshalb muss Wissenschaft auch in Zukunft einem Wertekanon genügen. Sie muss der Menschheit und dem Umfeld, in dem der Mensch lebt, dienen. Sie muss mit wachem Auge und mit dem Blick auf die Chancen für ein gutes Leben kommender Generationen agieren.

Deswegen sage ich an dieser Stelle sehr klar mit Blick auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen, dass die politische Zeitenwende, von der wir alle gerade sprechen, auch mit einer wissenschaftlichen Erkenntniswende einhergehen muss. Wir müssen offen sein und nicht mit politischen Scheuklappen unseren eigenen Erkenntnisgewinn für Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft einschränken.

(Beifall CDU und SPD)

Die Voraussetzung dafür ist natürlich eine auskömmliche Finanzierung. Mit Blick auf die Entwicklung der finanziellen Unterstützung des Landes Hessen für unsere Hochschulen kann ich als neuer Abgeordneter dieses Hohen Hauses festhalten, dass in den vergangenen Jahren die richtigen Prioritäten gesetzt wurden und – ich betone – gesetzt werden. Die Hochschulfinanzierung ist in den vergangenen Jahren um ein Vielfaches gestiegen und hat mit dem jüngsten Hochschulpakt ihren Höhepunkt gefunden. Das Rekordvolumen des Hessischen Hochschulpakts 2021-2025 von 11,5 Milliarden Euro sowie die Jahr für Jahr um 4 % wachsende Sockelfinanzierung hat den 14 Hochschulen in Hessen echte Gestaltungsspielräume ermöglicht.

(Zuruf Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Hier wurden und werden die richtigen Prioritäten gesetzt. Weil wir wissen, dass die Wissenschaft unseren wirtschaftlichen Fortschritt der Zukunft sichert, werden wir auch in Zukunft diese Arbeit fortsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will zum Schluss kommen. Der englische Historiker Henry Thomas Buckle hat im 19. Jahrhundert einmal festgestellt:

„Der größte Feind des Fortschritts ist nicht der Irrtum, sondern die Trägheit.“

Diese Landesregierung hat sich mit ihren regierungstragenden Fraktionen dagegen entschieden, träge zu sein, sondern dafür, mit Mut und der Idee des stetigen Fortschritts die Dinge anzupacken, die wirklich zählen. Das machen wir immer mit dem Wissen um die Bedeutung der Freiheit für Wissenschaft, Forschung, Kunst und Kultur. – Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsident René Rock:

Danke, Herr Abgeordneter Schmitz. – Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordneten Eisenhardt das Wort.

Nina Eisenhardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die „hessenschau“ hat im Januar gefragt: „Ist die Kultur für die neue Landesregierung ein Restposten?“ Die Antwort kann man nach einem halben Jahr geben. Sie lautet: Ja, leider.

Leider zeigen Sie mit Ihrer Rede erneut, dass Sie die Sorgen und Nöte der Hochschulen nicht gehört haben. Obwohl die Überschrift Ihrer Regierungserklärung viel verspricht, enthält sie außer warmer Worte nichts für Kunst und Kultur in Hessen. Das reiht sich ein in einen uninspirierten Koalitionsvertrag und eine 100-Tage-Bilanz des Kunst- und Kulturministeriums, in der Kunst und Kultur nicht einmal auftauchen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten))

Herr Minister, Sie haben in Interviews mehrfach gesagt, Ihr Schwerpunkt sei die Kultur im ländlichen Raum. Was sind Ihre Initiativen der vergangenen sechs Monate hierzu? Die Förderung von Kultur im ländlichen Raum ist in der Tat ein wichtiges Thema. Damit alle Menschen an Kultur teilhaben können, muss sie niedrigschwellig überall und ohne lange Wege erreichbar sein. Der Masterplan Kultur umfasst deshalb vier Handlungsfelder für den ländlichen Raum sowie neun kurzfristige Aspekte. Doch nichts davon ist von Ihnen bisher angegangen worden.

Beim Lesen des Koalitionsvertrags hat mich der Eindruck beschlichen, dass die Vertragspartner den Masterplan gar nicht gelesen haben; denn Sie beschreiben ihn als „professionelle Bestandsaufnahme“, was ihm nicht einmal ansatzweise gerecht wird. Es ist ein Plan für die Zukunft der Kultur in Hessen.

Deshalb lassen Sie mich ein paar konkrete Maßnahmen für den ländlichen Raum benennen, quasi als Ideen:

Weiten Sie die erfolgreichen „LandKulturPerlen“ zur Förderung von Kulturprojekten und zur Verbesserung der Vernetzung von Kulturakteurinnen und -akteuren im ländlichen Raum weiter aus. Stellen Sie mit den Kommunen gemeinsam ein Konzept für niedrigschwellige und konsumfreie „Dritte Orte“, wie Bibliotheken, auf, und fördern Sie diese. Richten Sie mit den Kommunen und anderen Partnern eine Leerstandsbörse für Räumlichkeiten zur künstlerischen Nutzung ein. Stärken Sie die Gastspielförderung im ländlichen Raum. All das wären Themen und Maßnahmen, die ich heute in Ihrer Regierungserklärung zu hören erwartet hätte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt Freie Demokraten)

Sie haben nicht nur nicht geliefert, sondern auf die Frage: „Warum nicht?“ – die Presse hat Sie das ja auch schon gefragt – behaupten Sie, die letzte Landesregierung habe für die Kultur im ländlichen Raum nichts getan. Ich kann Ihnen sagen: Die Kultur im ländlichen Raum war bei der CDU und bei uns oft ein Thema, und wir haben geliefert. Ich nenne Ihnen drei Beispiele: Ausweitung der „LandKulturPerlen“ mit zwei neuen Regionalbüros und zusätzlichen Regionalmanagerinnen und -managern, Schaffung des Hessischen Atelierprogramms, das Kreative in den ländlichen Räumen bei der Finanzierung ihrer Arbeitsorte unterstützt, und Schaffung eines Wanderkinoprogramms. Für uns hatten und haben kulturelle Angebote für alle Hessinnen und Hessen Priorität; denn die Förderung der Kultur ist ein Staatsziel, das in der Hessischen Verfassung steht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben ein zweites Feld genannt, das Ihnen wichtig ist: die Musikschulen. Schauen wir uns auch das einmal genauer an. In einem Interview mit der „hessenschau“ haben Sie gesagt, dass das Land seit Jahren die Musikschulförderung zurückgefahren habe und Sie da jetzt mal herangehen müssten. – Das ist falsch. Herr Schmitz hat es Ihnen eben vorgerechnet. Die Landesmittel für die Musikschulen sind in der letzten Legislaturperiode von 1,8 Millionen Euro auf 4,4 Millionen Euro angehoben worden – ein Teil davon übrigens im aktuellen Doppelhaushalt aufgrund eines überfraktionellen Antrags, gemeinsam mit der SPD. Dafür ist Ihr Staatssekretär mein Zeuge. Deshalb hat mich die Missgunst in Ihrem Interview etwas ratlos zurückgelassen. Ich kann sie nur als Zeichen von Uninformiertheit zur Kenntnis nehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt Freie Demokraten)

Noch ratloser aber lässt mich zurück, dass diese überfraktionelle Initiative, mit den Kommunen die Musikschulförderung auf inhaltlich und finanziell neue Beine zu stellen, keine Erwähnung im Koalitionsvertrag findet und auch keine Initiativen erkennbar sind, das anzugehen. Wir sind gespannt auf den nächsten Haushalt, ob Sie die vereinbarten finanziellen Steigerungen einhalten oder nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sehen, ich muss auf Presseinterviews ausweichen, weil Ihre heutige Rede, sagen wir mal, kulturell mau war. Sie haben keine konkreten Maßnahmen genannt, auf die man sich beziehen kann und an denen man Sie messen kann. Ich hatte ja die Befürchtung, Sie sagen zu den Themen

Kunst und Kultur gar nichts mehr. Aber immerhin haben Sie etwas zur documenta 16 gesagt. Ohne Frage sind die Neuaufstellung und Ausrichtung der kommenden Ausgabe der documenta wichtig. Die umfassenden Strukturreformen, die größtenteils noch vor Ihrer Amtszeit angestoßen wurden, sind der richtige Weg, um die documenta weiterhin erfolgreich zu machen. Sie sind aber nicht nur documenta-Minister, sondern Sie sind für die Kunst und Kultur in ganz Hessen zuständig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt Freie Demokraten)

Über Monate haben Kulturschaffende aus Hessen am Masterplan gearbeitet, viele im Ehrenamt, engagiert und kontrovers. Der Masterplan ist kein Wunsch-dir-was-für-dichselbst geworden, sondern die Kulturschaffenden haben sich darauf eingelassen, das ganze Bild zu sehen. Mir geht es ausdrücklich nicht darum, welche Ministerin oder welcher Minister im Vorwort zu Wort kommt, sondern darum, dass es eine Arbeit der Kulturschaffenden aus Hessen ist, die wirklich entscheidende Weichenstellungen für die Kultur in Hessen anspricht.

Herr Gremmels, ich glaube, Sie haben Ihren Job falsch verstanden. In einem Interview mit SAT.1 haben Sie gesagt – ich zitiere –:

„Kunst und Kultur, ins Theater zu gehen, zu Konzerten zu gehen, sind jetzt Teil meines Jobs, und ich lerne viel über Musik, über Kunst und Kultur.“

Das ist schön, Herr Gremmels, aber Ihr Job ist nicht, ins Theater zu gehen, sondern sich dafür einzusetzen, dass nicht nur Sie ins Theater gehen können, sondern auch Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Es lassen sich viele schöne Worte für die Kultur finden. Wir brauchen sie für unser Zusammenleben, wir brauchen sie für die Entwicklung des Einzelnen. Die Freiheit der Kultur ist ein essenzieller Bestandteil unserer Demokratie. Ihre Förderung ist in Hessen ein Verfassungsauftrag. Die Betonung liegt hier auf „Auftrag“.

Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD ist dünn, was die Förderung von Kunst und Kultur angeht, und auch heute haben Sie die Chance verpasst, zu sagen, was Sie für die Kultur in Hessen tun wollen. Wir werden diese Landesregierung deshalb nicht nur an ihrem Koalitionsvertrag, sondern auch an der Umsetzung des Masterplans Kultur messen; denn wegen ihrer Bedeutung für die Menschen in Hessen und für unsere Demokratie hat es die Kultur verdient, mehr als ein Restposten zu sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt Freie Demokraten)

Immerhin wurde bei der Kultur im Nachtragshaushaltswurf nicht gekürzt. Sie ahnen es: Das bringt mich zu den Hochschulen. Der Rolle der Hochschulen und der Wissenschaft für die Demokratie kann man sich von verschiedenen Seiten nähern. Man kann darüber sprechen, welche Rolle die Hochschulen historisch als Orte des Austauschs und des Protestes für die Entwicklung unserer Demokratie gespielt haben und noch heute spielen. Oder man spricht über das Grundgesetz als eine der ältesten liberalen Verfassungen, die die Freiheit der Wissenschaft zusätzlich zur Meinungsfreiheit verankert hat. Man kann sich auch

anschauen, wie wichtig die Fakten und das Wissen, das unsere Hochschulen generieren, für den demokratischen Diskurs in unserem Land sind. Die Pandemie wird hier gerne als Beispiel angeführt.

Ich möchte heute aber einen anderen Blick auf die Verbindung von Bildung und Demokratie werfen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der christlich-sozialen Union

(Stephan Grüger (SPD): Die gibt es in Bayern!)

– insbesondere für die verbliebenen Abgeordneten der CDU –, Ludwig Erhard hat es in seinem Aufstiegsversprechen so formuliert – Zitat –:

„Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, ich will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“

Der zweite Teil ist so wichtig wie der erste, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Es ist die Aufgabe von Demokratie, einen Rahmen für die freie Entfaltung des Einzelnen zu schaffen, und wir wissen: Demokratie stabilisiert sich durch Wohlstand, für den Bildung und Wissen zentral sind. Folglich ist der Zugang zu Bildung ein zentraler Teil dieses Aufstiegsversprechens.

Für die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel war Bildung so zentral, dass sie das Aufstiegsversprechen weiterführte und sagte – ich zitiere –:

„Wohlstand für alle heißt heute und morgen: Bildung für alle.“

Damit unsere Hochschulen Teil dieses Aufstiegsversprechens für alle sein können, braucht es mehr als Gebäude. Lassen Sie mich von Ludwig Erhard konkret zur Frankfurt University of Applied Sciences – ich nenne sie als Beispiel – kommen. Aus dem Profilbudget des Hochschulpaktes hat die Frankfurt UAS unter anderem die School of Personal Development and Education, kurz: ScoPE, geschaffen. Sie macht Angebote zur Stärkung der Persönlichkeit und des gesellschaftlichen Engagements für Studierende und Lehrende aller Fachbereiche. Sie hat sich für diesen Weg entschieden, weil sie eine sehr vielfältige Studierendenschaft hat, viele Studierende aus Arbeiterfamilien oder mit einer familiären Migrationsgeschichte. ScoPE ermöglicht es ihnen allen, über das Fachliche hinaus für sich persönlich die Werkzeuge zu entwickeln, mit denen sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können, mit denen sie im Leben erfolgreich sein können, um die Kräfte, die in ihnen liegen, vielleicht erst dadurch zu entdecken. Die Hochschulen bieten ihnen dafür den richtigen Rahmen und versetzen sie dazu in die Lage. Das ist ein Beispiel von vielen. Doch es sind genau diese Programme und Projekte, die jetzt vom Sparkurs der Landesregierung bei der Bildung bedroht sind; denn das sind die Projekte, die als Erste dran glauben müssen.

Sie haben den Hochschulen eine Finanzierungslücke von über 100 Millionen Euro für die zweite Jahreshälfte 2024 und für die Folgejahre beschert. Wenn Sie die Hochschulen damit alleine lassen, dann sind über 1.500 Stellen bedroht. Dazu von Ihnen heute aber kein Wort.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelte Freie Demokraten)

Eine Regierungserklärung und kein Wort zu den drängendsten Problemen der Hochschulen – das muss man sich erst einmal leisten können. Anders als im Plenum waren

Sie, Herr Minister Gremmels, im Ausschuss durch unseren Dringlichen Berichtsantrag am 25. April ja gezwungen, etwas zu sagen. Ich zitiere aus dem öffentlichen Teil der Sitzung aus der Antwort der Landesregierung:

„Dabei werden wir auch darüber sprechen, wie die bis 2025 beabsichtigten Ziele für Forschung und Lehre angesichts der krisenbedingten finanziellen Herausforderungen zu erreichen sind und ob gegebenenfalls Umplanungen in den Hochschulen erforderlich werden.“

Sie nennen es „Umplanungen“ – die Hochschulen nennen es massiven Stellenabbau, Abbau von Wissenschaftsdisziplinen und Schließung von Studiengängen. Die Ziele des Hochschulpaktes sind aber kein Sahnehäubchen; man kann sie nicht „umplanen“, ohne großen Schaden anzurichten. Denn die Ziele des Paktes sind eben jene, die ich am Beispiel der Frankfurt University of Applied Sciences eben beschrieben habe. Sie sind essenziell für die Bildung junger Menschen. Sie bilden den Rahmen für das Versprechen ihres individuellen Aufstiegs durch Bildung.

Das trifft übrigens auch auf die Studierendenwerke zu. Über die wurde noch zu wenig gesprochen. Auch für sie hatten Sie heute nur warme Worte übrig. Wie ihre Zukunft aussieht, darüber werden sie heute im Ungewissen gelassen. Auch sie treffen nämlich die Tarifsteigerungen hart, und auch ihr Budget wird seitens des Landes nicht erhöht. Sie müssen jetzt also die gestiegenen Lohnkosten an die Studierenden weitergeben. Die ersten Studierendenwerke haben bereits ihre Beiträge erhöht. In Darmstadt plakatiert der RCDS, der Studierendenverband der CDU – ich zitiere –: „Keine weiteren Preiserhöhungen in der Mensa! Garantie der Preise für mindestens zwölf Monate“. Man könnte jetzt sagen, hier wird sozialistische Planwirtschaft gefordert.

(Zuruf AfD: So ist das!)

Ich würde aber sagen, dem RCDS geht es hier um die Einhaltung des erhardschen Aufstiegsversprechens. Erfüllen können die Studierendenwerke diesen frommen Wunsch des RCDS aber nur, wenn das Land ihnen dabei hilft. Auch die Studierendenwerke brauchen Unterstützung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten))

Das würde sich lohnen: Die hessischen Hochschulen sowie ihre Forschenden und Studierenden generieren regionale Wertschöpfung. Mit ihren Absolventinnen und Absolventen machen sie die Region attraktiv für Unternehmen. Forschung und Innovation tragen darüber hinaus dazu bei, unser aller Wohlstand zu sichern.

Kultur und Wissenschaft, beide machen unsere Gesellschaft reich, materiell und immateriell. Sie sind das Fundament für Wohlstand und Zusammenhalt und das Fundament unserer Demokratie. Doch für diese Landesregierung ist die Kultur nur ein Restposten, und die Wissenschaft ist das Sparschwein, das zugunsten dieser aufgeblähten Landesregierung ausgenommen wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten))

Darüber kann auch diese Regierungserklärung nicht hinwegtäuschen, im Gegenteil. Sie beschreiben die historische Herausforderung, unsere Demokratie zu verteidigen, und Ihre Antwort sind 2 Millionen Euro in zwölf verschiedenen

Förderlinien für die Vernetzung von Demokratieforscherinnen und Demokratieforschern sowie für eine Professur. Herr Minister, die Problemanalyse und die Antwort passen da überhaupt nicht zusammen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ideen des „11+1 für Hessen“-Programms zur Demokratieforschung sind an sich nicht falsch. Man kann aber an der einen oder anderen Stelle die Frage stellen, ob sie wirklich notwendig sind: Gibt es wirklich eine Leerstelle bei den Fachtagungen in diesem Bereich? Gibt es nicht genug Professuren in Deutschland, die sich mit den unterschiedlichen Disziplinen, mit der Geschichte der Demokratie und mit ihrem heutigen Zustand befassen? Eine Professur mehr schadet vielleicht nicht, aber bei der Schaffung von Stiftungsprofessuren vertrete ich immer die Haltung: Eine solche politische Setzung muss man sich immer sehr gut überlegen; denn es ist die originäre Aufgabe der Wissenschaft, ihr Forschungsprofil festzulegen.

Unterm Strich wirkt das für mich wie ein sehr kleinteiliger Aktionismus, statt das anzugehen, was die Hochschulen wirklich brauchen. Ich jedenfalls habe noch nicht gehört, dass das das Programm ist, auf das jetzt alle gewartet haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Deshalb fordere ich die Landesregierung auf: Sparen Sie nicht an der Bildung, nehmen Sie die Kürzungen bei den Hochschulen zurück, und schaffen Sie einen verlässlichen Hochschulpakt für die Zukunft. Nehmen Sie die hessischen Kulturschaffenden ernst, setzen Sie den Masterplan Kultur um, und stärken Sie die Kultur in Hessen. Daran werden wir Sie messen. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und Freie Demokraten)

Vizepräsident René Rock:

Danke, Frau Abgeordnete Eisenhardt. – Für die Freien Demokraten erteile ich dem Abgeordneten Dr. Bürger das Wort.

Dr. Matthias Bürger (Freie Demokraten):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissenschaftsfreiheit und Kunst sind Grundpfeiler der Demokratie, das drückt die Überschrift der Regierungserklärung aus, und dem stimmen wir Freie Demokraten sogar zu. Aber leider waren Wissenschaftsfreiheit und Kunst selten so gefährdet wie aktuell.

(Beifall Freie Demokraten)

Diese Gefährdungen haben unterschiedliche Ursachen: weniger Geld für die Hochschulen – meine Vorrednerin ist bereits darauf eingegangen –, Einschränkungen von Forschungsthemen, Zivilklauseln. Als Beispiel nenne ich die HöMS – Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit –, zu der es gerade ein entsprechendes Urteil gab. Auch haben wir uns in dem Bereich Kunst und Kultur nicht immer mit Ruhm bekleckert; die documenta fifteen wurde genannt. Aber auch Vorgänge an den Staatstheatern in Wiesbaden und jetzt in Kassel – die ungeklärten Sach-

verhalte in Kassel harren noch der Aufklärung – seien hier erwähnt.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Oh ja!)

Noch bedenklicher finde ich aber das Klima innerhalb der Hochschulen. Herr Staatsminister, Sie haben mehrere Leibniz-Preisträger genannt. Wir freuen uns über jeden Leibniz-Preisträger, den wir in Hessen haben. Einer der Leibniz-Preisträger, Prof. Schreiner von der JLU Gießen, hat in einem, wie ich finde, sehr beachtlichen Presseinterview gesagt – ich zitiere daraus; später werde ich noch einmal daraus zitieren –:

„Mir scheint, als sei die Zahl der Menschen, die ihren Standpunkt kritisch hinterfragen, rückläufig.“

Also: Ein „freies, kritisches, lebendiges Miteinander“ sehe ich leider eher in Gefahr.

Meine Damen und Herren, Wissenschaft und Kunst, das sind Töchter der Freiheit. Deswegen liegen sie uns Freien Demokraten ganz stark am Herzen.

(Beifall Freie Demokraten)

Dazu gehört freies Denken, dazu gehört freies Gestalten, dazu gehört auch, gerade im künstlerischen Bereich, freies kommentieren, und deswegen gehören sie zu einer freien Gesellschaft. Im Übrigen – das darf ich als Freier Demokrat erwähnen – schaffen sie auch Werte, und sie sind ein vielleicht weicher, aber wichtiger Wirtschaftsfaktor.

(Beifall Freie Demokraten)

Damit das aber gelingt, müssen mindestens drei Voraussetzungen erfüllt sein: ausreichende Ressourcen, hinreichende Planungssicherheit und innere Freiheit. Auf die drei Bereiche möchte ich einmal näher eingehen.

Ich fange mit den ausreichenden Ressourcen an. Geld ist eine notwendige Voraussetzung. Was heißt das? Ohne Geld geht es nicht, aber Geld alleine reicht nicht. Aber, Herr Staatsminister, all die Programme, die Sie hier erwähnt haben und von denen viele gar nicht falsch sind, sind die Kür. Ich frage mich nur: Was machen Sie, wenn es um die Pflicht geht, die Hochschulen überhaupt ausreichend auszustatten?

Sie sprechen in Ihrer Regierungserklärung von der – ich darf Sie zitieren, Herr Minister – „Daseinsvorsorge“, zu der Sie die Wissenschaft und die Kunst zählen. „Daseinsvorsorge“ ist ein großes Wort. Zur Daseinsvorsorge gehört das Bereitstellen von Wasser, Gas und Strom; das ist ganz notwendig. Nur frage ich mich dann: Herr Staatsminister, wenn Wissenschaft und Kunst zur Daseinsvorsorge zählen, warum kürzen Sie dann in diesem Nachtragshaushalt die Mittel in dem Bereich um 34 Millionen Euro? Warum machen Sie das, wenn das so wichtig ist?

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum gleichen Sie nicht die Tarifsteigerungen und die Inflation aus und gehen stattdessen hinter das zurück, was eine Vorgängerregierung hier einmal verhandelt hat? Sie nehmen damit nämlich eines in Kauf: Sie nehmen damit Qualitätsverlust bei Forschung und Lehre in Kauf, und Sie nehmen Stellensperren und Stellenstreichungen in Kauf, über deren genaue Zahl man sich zwar streiten kann; aber jede Stelle, die wir weniger haben, schadet. Erst recht haben wir dadurch weniger Geld für Veranstaltungen.

Sie nehmen die Schließung kleiner Fachbereiche in Kauf. Ich habe in meinen Diskussionen über die Hochschulen auch gehört, dass man große Befürchtungen hat, was beim Hochschulpakt für die Jahre 2026 bis 2030 am Ende herauskommt.

Herr Kollege Schmitz, wenn Sie an dieser Stelle sagen – ich darf aus Ihrer Rede zitieren –, man habe einen vorläufigen „Höhepunkt“ erreicht: Jetzt darf ich einmal als Mathematiker sprechen. Ein Höhepunkt, ein Hochpunkt, das ist ein Punkt, den man erreicht, wenn man oben ist, und ab da geht es wieder runter. Das ist ein Hinweis auf einen Hochpunkt.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Stephan Grüger (SPD))

– Ansonsten wäre es kein Hochpunkt; dann wäre es vielleicht ein Sattelpunkt, lieber Kollege Grüger. – Ich kann Ihnen sagen: Wenn das ein Hochpunkt gewesen sein soll, müssen die Hochschulen größte Bedenken haben ob der Sache, die da kommt.

(Stephan Grüger (SPD): Vorläufiger Höhepunkt!)

– Herr Kollege, ich sehe, ich habe den richtigen Punkt getroffen.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Stephan Grüger (SPD))

Wichtig ist, unsere Hochschulen konkurrenzfähig auszustatten. Das ist übrigens mehr als nur ein Mindestmaß an Ausstattung. Eine Priorität zu setzen heißt, dass man mehr macht, als man tun muss, wenn es nur um das Mindestmaß geht. Wenn eine Kürzung in Höhe von 34 Millionen Euro bei Ihnen zur Prioritätensetzung gehört, dann möchte ich nicht wissen, was los wäre, wenn es keine Priorität wäre.

(Beifall Freie Demokraten)

Deswegen mein Fazit zum ersten Thema Finanzen: Die Finanzen sind mangelhaft. Bei dieser Landesregierung haben insbesondere die Hochschulen keine Priorität. Herr Schmitz, da sage ich Ihnen auch: Nicht das Erzählte reicht. Am Ende zählt das Erreichte. Daran werden wir Sie an dieser Stelle messen.

(Beifall Freie Demokraten)

Herr Minister, wenn Sie das nicht tun, dann schwächen Sie das freie, kritische und lebendige Miteinander, das Sie laut Ihrer Regierungserklärung stärken möchten.

Ich komme zum zweiten Punkt, der Planungssicherheit. Denn klar ist: Wer wirtschaftlich abhängig ist, der ist zumindest weniger frei. Wir kennen aus unserer politischen Tätigkeit keinen Bereich, wo wir so viele befristete Verträge, einen so hohen Projektanteil und auch ein so stark ideologisch geprägtes Umfeld haben wie in Wissenschaft, Kunst und Kultur – keinen anderen Bereich.

(Beifall Freie Demokraten)

Dabei ist klar: Wir können nicht jede Stelle entfristen, und wir haben Ausbildungsstellen. Das ist uns bewusst. Aber wir müssen zumindest die Problematik erkennen. Dazu darf ich einen wichtigen Wirtschaftsjournalisten zitieren, Jan Fleischhauer – er ist Ihnen allen bekannt –, der in einem seiner letzten Blogs zum Thema Wissenschaftsfreiheit schreibt:

„Wissenschaftsfreiheit? ... Der akademische Mittelbau kann damit schon mal nicht gemeint sein. Niemand ist der Willkür so ausgeliefert wie Postdoktoranden, die sich von Projekt zu Projekt hangeln. Arbeitsschutz, Kündigungsschutz? Da kann man in diesem Milieu, das immerhin annähernd 200.000 Menschen umfasst, nur lachen.“

Da sage ich Ihnen, Herr Staatsminister: Hier brauchen wir einmal eine echte Initiative und nicht einfach nur verlängerte Studi-Verträge.

(Beifall Freie Demokraten)

Im Übrigen möchte ich nur am Rande zu den Studi-Verträgen, bei denen man jetzt sagt, die müssten wenigstens ein Jahr laufen und mindestens 40 Wochenstunden umfassen, festhalten: Das ist etwas, was weder die Studierenden noch die Hochschulen wollen. Die wollen diesbezüglich mehr Flexibilität. Sprechen Sie einfach einmal mit denen, und nehmen Sie diesen Teil zurück.

Nun zum Thema Kultur. Auch dort ist Verlässlichkeit sehr wichtig. Herr Schmitz hat es noch einmal gesagt, wie wichtig Tradition und unsere Museen sind – auch in ländlichen Räumen und in Ballungsgebieten, das will ich hier gar nicht gegeneinanderstellen. Hier ist mir nur eines wichtig, nämlich, dass wir gerade auch für Museen, Kultureinrichtungen und Festivals anstatt einmaliger Zuschüsse möglichst viele jährlich wiederkehrende Zuschüsse bekommen.

Ich habe das in meinem eigenen Wahlkreis erlebt. Ich will dies an zwei Beispielen erläutern, und ich bin mir sicher, dass es ähnliche auch in anderen Wahlkreisen gibt: Bei uns gibt es mit der Grube Fortuna, einem ehemaligen Bergwerk, eine ganz tolle Einrichtung mit überregionaler Bedeutung. Die Grube Fortuna hat schon Landesmittel bekommen, aber diese waren immer nur investiv und einmalig. Genauso ist das bei den Theaterfestspielen in Wetzlar. Herr Minister, hier möchte ich mich einmal dafür bedanken, dass das mit dem Zuschuss am Ende noch geklappt hat. Aber auch da hangeln wir uns von Jahr zu Jahr. Aber das ist Kultur in der Fläche, die auch ganz wichtig ist. Dort brauchen wir einmal etwas Dauerhaftes. Vielleicht kommen wir gemeinsam einmal dazu, dass wir das hinbekommen.

(Beifall Freie Demokraten)

Herr Schmitz, wenn Sie sagen, das hat alles einen „unschätzbaren Wert“, müssen Sie wissen: Manchmal ist einfach ein verlässlicher Euro wichtiger, als vom „unschätzbaren Wert“ zu sprechen. Dazu müssen wir an dieser Stelle kommen.

Lassen Sie mich zu meinem dritten Punkt kommen, der inneren Freiheit.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Der wichtigste!)

Wenn ich ehrlich bin, ist das der Punkt, den ich am kritischsten sehe. Genau wie es Kollege Naas sagt, ist es der wichtigste und der kritischste Punkt. Kein Bereich braucht mehr Freiheit als Kunst, Kultur und Wissenschaft, und leider ist kein Bereich gefährdeter. Illiberale Strömungen kommen von außen, aber sie kommen leider insbesondere auch von innen. Der vorhin bereits von mir zitierte Leibniz-Preisträger, Prof. Schreiner, hat im selben Zeitungsinterview geschrieben:

„Wir können Themen wie Kernenergie oder Gentechnik hier“

– also an der Hochschule –

„nicht wertfrei diskutieren, weil alles moralisch aufgeladen ist. ... Vieles wird nur schwarz-weiß gesehen. Dabei ist alles, was aus der Wissenschaft kommt, grau.“

Ich möchte hier einen weiteren prominenten Wissenschaftler zu Wort kommen lassen, Prof. Dr. Jürgen Falter, der ehemals an der Universität Mainz gelehrt hat. Er schreibt in seinem erst kürzlich erschienenen Buch zur aktuellen Situation der Hochschullandschaft:

„Besonders problematisch finde ich als Wissenschaftler, dass nicht nur der gesellschaftliche Diskurs allgemein, sondern speziell Lehre und Forschung von dieser Bewegung der moralischen Unbedingtheit betroffen sind. Sie sind es, weil unter dem Deckmantel eines legitimen Anliegens, nämlich der Anprangerung gesellschaftlicher Missstände, Sprech- und Frageverbote aufgestellt werden, die dem wissenschaftlichen Erkenntnisdrang diametral entgegenstehen, ihn behindern und den wissenschaftlichen Diskurs Kriterien zu unterwerfen suchen, die ihm wesensfremd sind. Diese Art der moralischen Überhöhung weist in voraufklärerische Zeiten zurück.“

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Ja!)

Herr Staatsminister, Sie haben gerade in Ihrer Regierungserklärung von der Wissenschaft als „Akt der Aufklärung“ gesprochen, deswegen muss uns das wirklich sehr besorgen. Falter schreibt weiter:

„Political Correctness, Cancel Culture, Identitätspolitik und Wokeness gefährden das Ziel der Wissenschaft, uns möglichst unparteiisch über die Wirklichkeit zu informieren.“

Und er spricht von „Selbstzensur“ und von einem „Klima der Anpassung und der Angst“. Wissen Sie, meine Damen und Herren, ich finde, das sollten, nein, das müssen wir ernst nehmen. Herr Staatsminister, all das fehlt leider in Ihrer Regierungserklärung.

(Beifall Freie Demokraten und Andreas Lobenstein (AfD))

Die Spitze des Eisbergs ist das Thema Gendern, dem der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung so großen Raum eingeräumt hat. Neben dem Thema Medizin war es das Einzige, was er aus dem Hochschulbereich erwähnt hat. In keinem Bereich ist das Gendern so präsent wie in Wissenschaft und Kultur. Mein Gefühl sagt, dass es inzwischen als politisches Erkennungszeichen gilt, dafür, wo man politisch steht, und dass es eingesetzt wird, um politische Veränderungen zu erzwingen. Aber dieses „Erzwingenwollen“ ist im Kern illiberal, und deshalb lehnen wir es ab.

(Beifall Freie Demokraten)

Herr Staatsminister, deswegen habe ich zu diesem Thema zwei Kleine Anfragen gestellt, für deren Antwort ich mich auch bedanke. Wir wollen an dieser Stelle auch durchaus loben. Deshalb bedanke ich mich auch dafür, Herr Minister Gremmels, dass Sie sehr deutlich ausgeführt haben, dass der Verzicht auf Gendersprache keine Abwertung zur

Folge haben darf. Das begrüße ich außerordentlich. Das Problem ist nur, dass wir insbesondere an Hochschulen Machtstrukturen haben, die zum Teil so stark sind, dass sich die Personen, denen genau das widerfahren ist, aus Angst vor Professoren und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht trauen, dies öffentlich zu bekennen. Das ist ein Problem. Ich habe mit betroffenen Menschen gesprochen. Dass ein solches Klima der Angst und Selbstzensur herrscht, das bestürzt mich.

(Beifall Freie Demokraten)

Deswegen kündige ich hier auch an, dass wir dem als Fraktion nachgehen werden. Darüber hinaus räumen wir dem gesamten Thema Wissenschaftsfreiheit einen großen Raum ein. Herr Schmitz, Sie sagen so schön: Wir wollen „den Raum der Freiheit ... festigen“. Ja, das Ziel teile ich, aber bitte machen Sie das dann auch.

(Beifall Freie Demokraten)

Aber es geht um viel mehr als um die Spitze des Eisbergs. Beispielsweise schränken auch Zivilklauseln Forschungsfelder ein. Wir merken es gerade jetzt, nach dem verbrecherischen Überfall auf die Ukraine, wie wichtig es ist, dass sich die freie Welt verteidigen kann. Die Forschung zur Gentechnik hat zum Teil zur Zerstörung von Forschungsfeldern geführt.

Und ja, Fördermittel leiten die Forschung thematisch in bestimmte Richtungen. Ich fand es schon interessant, Herr Staatsminister, dass Sie gerade bestimmte Bereiche – ich denke insbesondere an den Klimaschutz und die Energie, zu denen wir selbstverständlich forschen sollten – so prominent in Ihrer Regierungserklärung aufgegriffen haben. Nicht aufgetaucht sind als Themen die Mathematik, die Informatik und viele andere. Das ist ein Lenken mit einem goldenen Zügel, was ich nicht für klug halte.

Insgesamt bemerke ich aber, dass der politische Aktionismus in Wissenschaft und Kunst, so gut er vielleicht gemeint sein mag, ein Teil des Problems und nicht ein Teil der Lösung ist. Wir haben Veranstaltungen, die, wenn sie nicht eine bestimmte politische Richtung bedienen, unterbunden werden. Zuletzt war dies im Übrigen beim geplanten Auftritt der israelischen Generalkonsulin in Frankfurt der Fall, und wir haben auch Auftritte liberaler und konservativer Politikerinnen und Politiker, die davon betroffen sind.

Wir hatten das gerade erst im letzten Plenum. Da habe ich auf die Hochschule in Fulda hingewiesen, wo wir kleine, aber durchaus radikale Gruppen haben, die auch nicht an einer breiten demokratischen Beteiligung interessiert sind und die versuchen, den Diskurs in ihre Richtung zu lenken. Das halte ich für problematisch.

(Beifall Freie Demokraten)

Sorgen machen mir auch illiberale Strömungen im Kulturbetrieb. Da sind zum einen natürlich undurchsichtige Berufe und Chefpositionen, die ja, wie wir wissen, sehr große Macht haben, also – das hatte ich vorhin schon in der Hand –: Intendanten, Staatstheater Wiesbaden. Es war Ihre allererste Amtshandlung, hier entsprechend tätig zu werden. Der Konflikt mit dem Orchester, Staatstheater Kassel, über die Verlängerung irgendwann um den 17. Januar: Da ist auch noch Aufklärungsarbeit erforderlich.

Aber das größte Thema ist sicherlich der Umgang mit dem Thema Antisemitismus. Da habe ich gemerkt und auch

gehört, dass es nach dem 7. Oktober, nach dem Überfall auf Jüdinnen und Juden, nach den schlimmsten Morden seit dem Holocaust, ein ganz großes Schweigen in der Kulturszene gegeben hat, ein sehr lautes Schweigen, was uns besorgen muss.

(Beifall Freie Demokraten, Lucas Schmitz (CDU) und Maximilian Mürger (AfD))

Die These, dass es da einen globalen Süden gebe und dass der auf der anderen Seite sagt, Israel sei die Speerspitze des westlichen Kolonialismus, diese völlig falsche These ist leider weit verbreitet. Durch sie wird neuer Antisemitismus verstärkt. Ausgebrochen ist er am Ende – die Spitze des Eisbergs – wieder bei der documenta fifteen. Ich glaube, das war kein Zufall.

(Beifall Freie Demokraten, Lucas Schmitz (CDU), Maximilian Mürger und Jochen K. Roos (AfD))

Herr Schmitz, ich begrüße es außerordentlich, dass Sie angekündigt haben, dass es eine ehrliche Aufarbeitung geben soll. Das begrüße ich außerordentlich. Ich hoffe, dass dies auch passiert; und auch da werden wir Sie an Ihren Taten messen.

Genauso zur 16. documenta: Herr Staatsminister, Ihre Ankündigungen klingen gut. Das sage ich an dieser Stelle auch einmal positiv. Wie sollte eine documenta sein? Sie sollte es weiter geben, sie soll kontrovers sein, das muss Kunst sein, aber sie darf nicht diskriminierend sein. Ich glaube, da sind wir uns einig.

Aber, Herr Staatsminister, ich sage Ihnen auch: Nicht große Worte bestimmen das Leben, sondern kleine Taten, überhaupt Taten. Deswegen werden wir die Landesregierung an der Umsetzung messen.

(Minister Timon Gremmels: Dürfen Sie!)

Die Freiheit der Kunst wird nämlich leider auch das eine oder andere Mal missbraucht, um unter ihrem Deckmantel menschenfeindliches Gedankengut zu transportieren und zu diskriminieren. Dem müssen wir gemeinsam entgegenwirken.

(Beifall Freie Demokraten und Lucas Schmitz (CDU))

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Wissenschafts- und die Kunstfreiheit sind wichtige Themen, und die sind uns sehr wichtig. Ich finde es gut, dass die Landesregierung das aufgreift. Aber, wo ist denn, bitte schön, hier Ihr Konzept?

Die Bedrohungen – ich habe hier ein paar aufgezeigt – werden viel zu wenig gesehen. Die inneren Bedrohungen durch die illiberalen Strömungen müssen angegangen werden; und die äußeren Bedrohungen kommen leider aus der Landesregierung selbst, nämlich durch die massiven finanziellen Einschnitte. Herr Staatsminister, ich dachte, eine Regierungserklärung hält man, wenn man etwas zu erklären hat. Ich frage mich: Was ist denn eigentlich zu diesen Themen erklärt worden?

(Beifall Freie Demokraten, AfD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Landesregierung fehlt zu den wichtigen Themen jedenfalls die Strategie. Ich finde, das ist tragisch; denn – damit möchte ich schließen – nach Antoine de Saint-Exupéry

gilt: „Ein Ziel ohne Plan ist nur ein Wunsch“. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten, Maximilian Mürger, Lothar Mulch und Jochen K. Roos (AfD))

Vizepräsident René Rock:

Danke, Herr Dr. Bürger. Das war eine Punktlandung. – Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Kaffenberger das Wort.

Bijan Kaffenberger (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Anwesende! „Demokratie braucht Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur für ein freies, kritisches, lebendiges Miteinander“ – als ich gestern Abend den Titel dieser Regierungserklärung unseres Wissenschafts- und Kulturministers Timon Gremmels gelesen habe, musste ich an das Darmstädter Heinerfest denken. Viele denken jetzt, das liegt an den letzten zwei Wörtern, an dem „lebendiges Miteinander“;

(Zuruf Dr. Matthias Bürger (Freie Demokraten))

aber während ich entfernt das Abschlussfeuerwerk gehört habe und die letzten fünf Tage Revue passieren ließ, sind mir ein paar Parallelen aufgefallen.

Als echter Darmstädter Heiner freut es mich, dass bei diesem selbst ernannten vielfältigsten Innenstadtfest Deutschlands rund um das Darmstädter Residenzschloss mit fast 150 kostenlosen Kulturveranstaltungen, Karussells und Kulinarischem aus aller Welt gemeinsam friedlich gefeiert wird, mit einem durchaus inklusiven Motto: „Kommt alle!“

Ich hatte dieses Jahr wieder einmal Standdienst beim Förderverein im Schlossgraben, und direkt daneben war auch eine der vielen Kulturbühnen. Am Sonntagnachmittag war dort Charly Landzettel – viele werden ihn nicht kennen –, das ist der Breeweldibbe. Der ist im „Darmstädter Echo“ bekannt und kommentiert auf Hessisch satirisch die Lokalpolitik.

(Zuruf Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nach einer kurzen Umbaupause performte da auch das kollektive Projekt Trio 75 modernen und zeitgenössischen Jazz. Mit dabei an den Drums war übrigens Philipp Gutbrod, der vielen wahrscheinlich als Direktor des Instituts Mathildenhöhe bekannt ist.

(Zuruf Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das klingt zunächst – ja, Frau Förster-Heldmann, ich erkläre jetzt den Bogen auch für Sie, liebe Kollegin –, als lägen zwischen so einem satirischen Mundartprogramm und zeitgenössischem Jazz Welten. Aber wir waren heute schon an dem Punkt. Wie politische Satire auf Kosten der Obrigkeit, war Jazz unter den Nazis eben als eine entartete Musik gebrandmarkt und verboten.

Nachdem ich dann auch noch Aurora DeMeehl, Darmstadts bekannte Travestie-Stadtführerin, am Stand bedienen durfte, könnte man meinen, noch diverser wird das Programm nicht – aber weit gefehlt: Zum Abschluss des Sonntags gab es noch eine Schlager-Trash-Show mit Bauchtän-

zer und Entertainer Aram auf dem Friedensplatz. Ich kann Ihnen sagen: Egal, ob einem der Charly Landzettel, das Trio 75, die Aurora DeMeehl oder der Schlager-Trash gefällt: In unserer Demokratie sind Kunst und Kultur frei, und diese Freiheit verteidigen wir.

(Beifall SPD und CDU)

Um im Bild zu bleiben: Das Heinerfest wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zum ersten Mal veranstaltet, um den Menschen Zuversicht zu geben; denn Deutschland, Hessen, ganz besonders Darmstadt, lagen in Trümmern – auch moralisch. Die wenigsten Menschen hatten den Mut und die Courage wie Wilhelm Leuschner, Ludwig Schwamb, Käthe Kern oder Theodor Haubach. Einiger Mutiger von ihnen haben wir heute Morgen in der Gedenkstunde anlässlich des 80. Jahrestages des gescheiterten Attentats auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 gedacht.

Schon beim ersten Heinerfest 1951 stand das Darmstädter Residenzschloss im Mittelpunkt. Es war völlig zerstört und wurde nach dem Krieg mühevoll in 20 Jahren Arbeit wiederaufgebaut. Seit vielen Jahren beheimatet es als Teil der Technischen Universität einige Fachbereiche, früher auch die Bibliothek, und das Deutsche Polen-Institut. Erst im vergangenen Herbst wurde nach 15-jähriger Sanierung die Wiedereröffnung im Darmstädter Schloss gefeiert. Die TU-Präsidentin Tanja Brühl spricht vom Wissenschaftsschloss. Wenn ich sehe, dass die Eröffnung des Heinerfests endlich wieder in diesem Schlosshof stattfindet, dann schließt sich für mich der Kreis zwischen Kultur und Wissenschaft.

Hochschulen haben zwei Hauptaufträge: Forschung und Lehre. Aber die sogenannte Third Mission der Hochschulen, nämlich die Verknüpfung mit ihrer Umwelt und das Wirken in die Gesellschaft, wird immer wichtiger. Deswegen steht Wissenschaft heute mehr denn je im Zentrum unseres gesellschaftlichen Lebens. Ich kann sagen: Genau da gehört sie auch hin.

(Beifall SPD und CDU)

Wenn sich jemand an dieser Rolle stört, kann ich nur – genau wie unser Minister vorhin – das Grundgesetz zitieren und sagen: „... Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Ich kann auch sagen: Auch diese Freiheit verteidigen wir.

(Zuruf Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zusätzlich zu den genannten Vorgängerinnen und Vorgängern von Staatsminister Gremmels möchte ich auf Prof. Dr. Evelies Mayer eingehen, die erst kürzlich für ihre 60-jährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt wurde. 1938 in den Niederlanden geboren, musste sie noch persönlich erleben, was es bedeutet, wenn Wissenschaft und Kultur nicht frei sind.

Erst im vergangenen Jahr, an ihrem 85. Geburtstag, hatte sie mir die Bedeutung der Wissenschaftsfreiheit mit auf den Weg ins neue Sprecheramt gegeben. Sie hat als Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst mit ihren Hochschulreformen den Grundstein für die Autonomie der Hochschulen gelegt; denn sie wusste aus eigener Erfahrung, dass Wissenschafts- und Kunstfreiheit Kernelemente unserer Demokratie sind.

Deswegen hatte Staatsminister Gremmels eben recht, als er sagte:

„Wir müssen die Demokratie, die gerade von einigen Seiten infrage gestellt wird, sichern und sie noch ausbauen.“

(Dr. Frank Grobe (AfD): Von der Regierung!)

Wir haben auch schon angesprochen, dass wir an den Taten gemessen werden sollten. Denn etwas fordern kann man immer leicht, aber es tatsächlich zu tun ist umso schwieriger. Es ist eine berechnete Frage, was die Koalition denn zur Stärkung der Resilienz dieser Demokratie tut. Wir fördern mit unserem 11+1-Programm natürlich den demokratischen Diskurs und haben ein Demokratiesofortprogramm an den Hochschulen auf den Weg gebracht. Ich finde das richtig, und ich halte das auch für eine gute Schwerpunktsetzung. Wir machen damit gerade die angewandte Demokratieforschung noch schlagkräftiger für die aktuellen und kommenden Herausforderungen.

Die Förderung von Forschungsprojekten – einige wurden schon angesprochen, das Demokratiezentrum an der Uni Marburg –, den Ausbau der Wissensnetzwerke, den Forschungsverbund, auch das Einrichten einer Professur halte ich für klug, gerade in Bezug auf die Geschichte der Demokratisierung Deutschlands. Eine öffentliche Gesprächsreihe mit Förderpreisen für Promotionen im Bereich der Demokratieforschung, aber auch den Hessen-Monitor und die Bevölkerungsumfrage zum Thema Demokratie in Hessen begrüßen wir. All das sind Teile dieses 11+1-Programms, und all das sind gute Teile.

(Beifall SPD und CDU)

Ich bin Staatsminister Gremmels auch dankbar für seine klare Haltung gegen jegliche Form der Wissenschaftsfeindlichkeit. Denn damit wird versucht, unsere Demokratie anzugreifen. Die Verbreitung von Desinformationen während der Pandemie war das beste Beispiel dafür. Da komme ich auf Herrn Dr. Grobe von der AfD. Als er eben von diesem elitären Projekt Universität gesprochen hat, hat sich mir als Bildungsaufsteiger der Magen umgedreht. Ich bin der Erste aus meiner Familie, der Abitur gemacht und an der Hochschule studiert hat.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Ich auch!)

Sie wollten gerade ein elitäres Projekt daraus machen. Sie haben von „Massen“, die an die Hochschulen strömen, gesprochen. Das stellt den Bildungsaufstieg von Generationen infrage. Das ist der Grundstein unseres heutigen Wohlstands.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten – Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD))

Spielen Sie jetzt nicht die duale Berufsausbildung gegen das Studium aus. Wir haben als Landesregierung etwas für die Gleichwertigkeit von dualer Ausbildung und Studium getan. Was Sie tun, ist abwertend und nicht gleichstellend.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Wenn Sie dann auch noch in der Art und Weise auf die Initiative „Fulda stellt sich quer“ eingehen, frage ich mich doch: Sind Sie in anderen Landesverbänden der Verdachtsfall, oder ist es „Fulda stellt sich quer“?

(Beifall SPD und vereinzelt CDU – Robert Lambrou (AfD): Das sind Gerichtsurteile, Herr Kollege! – Dr. Frank Grobe (AfD): Wir können Ihnen das gern zur Verfügung stellen!)

Noch etwas haben Sie nicht verstanden. Sie sprechen davon: „Wir werden dafür sorgen“, dass exmatrikuliert wird. – Sie haben Wissenschaftsfreiheit nicht verstanden. Wir regeln im Hochschulgesetz den Rechtsrahmen, der es den Hochschulen erlaubt, ihr Hausrecht auszuüben und, wenn sie es wollen, zu exmatrikulieren. Das entscheiden nicht wir hier. Wir geben dafür den Rahmen, und die Hochschulen entscheiden das im Rahmen ihrer Autonomie.

(Beifall SPD und CDU)

Es ist ein bisschen schwierig, von Autonomie auf KI zu kommen – aber es reimt sich immerhin.

(Heiterkeit)

Denn auch das Megathema KI stellt unsere Demokratie vor große Herausforderungen. Es ist gut, dass wir bei dem Thema in der Forschung in Hessen gut aufgestellt sind – Kollege Schmitz hat das Beispiel China schon gebracht –, ob es jetzt um das Zentrum verantwortungsbewusste Digitalisierung, ZEVEDI, geht, wo wir die ethischen Fragen der Digitalisierung anders als in anderen Ländern stellen und sie mit Forschung bearbeiten, oder das Hessische Zentrum für Künstliche Intelligenz, hessian.AI, oder hoffentlich ein nächstes Exzellenzcluster „Reasonable Artificial Intelligence“.

Aber all das geht nur mit guten Arbeitsbedingungen. Ich komme zurück zum Heinerfest; einige haben schon darauf gewartet. Zufällig habe ich in der Gondel des Riesenrades mit einem Vertreter von ver.di für Wissenschaft und Forschung gesessen. Da hat er mir das auch noch einmal deutlich gemacht.

Weil die Kritik auch heute seitens der GRÜNEN schon angesprochen wurde: Es ging in dieser Regierungserklärung um das große Ganze, um den Blick auf unsere Demokratie. Wenn Sie sich die kleinen Dinge anschauen wollen, dann können Sie gern noch einmal – ich nenne es einmal so – in das Konvolut des Koalitionsvertrages schauen, um sich die Einzelprojekte anzuschauen.

Was die Hochschulfinanzierung angeht: Heute hat doch die Hochschulleitungstagung stattgefunden, heute hat sich doch die Hausspitze mit den Hochschulleitungen ausgetauscht. Die Paktverhandlungen laufen. Ich kann es nur immer wieder sagen: Diese Paktverhandlungen werden nicht heute in dieser Regierungserklärung erklärt, sondern werden in der nächsten Zeit, bis der Pakt geschlossen ist, immer wieder Teil unserer Diskussionen hier sein.

Die absoluten Beträge wurden schon genannt: 11,5 Milliarden Euro wurden über die letzten Jahre im Pakt bereitgestellt. Wenn der Aufwuchs im Vergleich zum Vorjahr jetzt nur 72 Millionen Euro ist

(Mathias Wagner (Tausus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ist das eine Kürzung!)

und nicht so viel, wie ursprünglich geplant, dann liegt das auch daran, dass wir von der vorherigen Regierung das eine oder andere übernommen haben. Sie wissen es, mit der globalen Minderausgabe; ich brauche es nicht weiter zu erläutern.

(Zuruf Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich möchte nur noch einmal auf eines hinweisen, weil vorhin „die Kunst, zu sparen“ hereingerufen wurde. Ich würde sagen, es gibt auch die Kunst der Übertreibung. Es

steht kein Hochschulstandort vor dem Aus. Wenn ich mir so eine Social-Media-Kampagne anschau, finde ich das nicht ganz seriös, was Sie da machen. Um im Bild zu bleiben, wieder beim Heinerfest: Es liegt kein Schloss in Trümmern, sehr geehrte Frau Kollegin Eisenhardt.

Weil der Kollege May es noch einmal wissen wollte und die Kollegin Eisenhardt es auch angesprochen hat, was die Musikschulen angeht: Die Finanzierung der Musikschulen ist und bleibt wichtig. Aber wenn Sie heute so etwas reinrufen oder am Pult sagen und gleichzeitig nicht am runden Tisch zu Musikschulen teilgenommen haben, dann bin ich nicht ganz sicher, ob Sie auf dem aktuellen Informationsstand sind, und dann würde ich bitte auch so einen Vorwurf hier nicht machen. Denn das gehört auch zur Wahrheit dazu, wenn es einen runden Tisch gibt, an dem alle fraktionsübergreifend zusammenarbeiten, dass Sie dann auch der Einladung folgen und nicht uns hier vorwerfen, wir würden in der Sache nichts Neues kommunizieren.

Hinsichtlich des Vorwurfs: Es ist ein Teil des Jobs, ins Theater zu gehen. – Selbstverständlich ist es ein Teil des Jobs, ins Theater zu gehen.

(Zuruf Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist genauso Teil des Jobs, davor mit dem künstlerischen Personal zu reden, vielleicht danach mit der Intendanz. Da kommen wir an ein gutes Beispiel, an dem ich das einmal deutlich machen will. Es kam aus einer anderen Richtung, in der Kultur wäre es zum Thema Antisemitismus still gewesen. – Staatssekretär Christoph Degen und ich waren in dem Stück „Pnima“ im Staatstheater Darmstadt, haben uns davor mit den Leuten unterhalten und haben es uns angeschaut. Das war eine direkte Reaktion auf das Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023. Das sind auch Dinge, die laufen – und so etwas wird dann verschwiegen.

Jetzt das Bild stellen zu wollen, dass man nur irgendwo hingeh, weil es einem Spaß macht und man sich vergnügen will: Es geht darum, zu den Leuten hinzugehen, mit den Leuten zu sprechen und natürlich auch kulturelle Dinge anzuschauen.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Mit Blick auf den Kollegen Bürger – er hat es angesprochen –: Der Minister hat umgehend das Thema Intendanz in Wiesbaden geklärt, da war er noch keine 100 Tage im Amt. Deswegen finde ich nicht, dass man jetzt sagen kann, so etwas würde ignoriert. Ich halte das für eine gute Sache. Dass man das direkt angegangen ist, zeigt die Handlungsfähigkeit, und es zeigt, dass wir beim Thema Kultur vom ersten Tag an auf dem Platz waren.

Noch einmal zurück zur Hochschulfinanzierung. Herr Dr. Bürger ist Mathematiker. Sie wissen, es gibt globale und lokale Maxima. Wir würden uns jetzt nicht festlegen, was das gerade ist. Aber das wird im nächsten Jahr verhandelt, und darauf werden wir an anderer Stelle zurückkommen.

Was Ihren Blick auf den Mittelbau angeht: Sie wissen es doch auch. Wir sind doch gerade auch auf Bundesebene in ganz vielen Diskussionen um die Fragen: Wie entwickelt sich der Mittelbau? Ist der tradierte Begriff überhaupt noch richtig? Gibt es da künftig Lecturer, Academic Manager, Researcher? Wie wird sich das entwickeln? Auch der Mittelbau wird ausdifferenzierter werden, und auch wir von der SPD und von dieser Koalition bringen diese Diskussion aktiv voran; und das ist gut so.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Jetzt muss ich wieder zurück ins Riesenrad; ich komme noch einmal zur Kultur. Aus dieser Gondel wurde mein Blick auf eine andere Szene gelenkt, es war nämlich auch Straßentheater. Es war ein zeitgenössisches Stück, in dem gesellschaftliche Konflikte im öffentlichen Raum verhandelt wurden. Ich glaube, da gehört die Verhandlung solcher Konflikte auch hin. Erst am Freitag habe ich im Rahmen der Hessischen Theatertage mit dem Landesverband Professionelle Freie Darstellende Künste gesprochen. Neben der Frage der Arbeitsbedingungen und dem Thema „Kultur im ländlichen Raum“ waren viele in der freien Szene in großer Sorge um das freiheitliche Zusammenleben und um die Freiheit der Kunst.

Staatsminister Gremmels hat aus gutem Grund auch in seiner Rede angesprochen: Wir nehmen das Thema Kunstfreiheit ernst, und wir nehmen es auch mit Blick auf die documenta ernst. – Den Krisenfall documenta 15 als Ausgangspunkt zu nehmen und sich vorzunehmen, die documenta 16 zu einem Beispielfall werden zu lassen, das ist eine große Aufgabe. Aber die Landesregierung wird dafür in der nächsten Zeit Verantwortung übernehmen. Ich glaube, wir haben die richtigen Reformen auf den Weg gebracht, und ich kann auch sagen, unsere Koalition steht dazu.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Sich hierhin zu stellen und zu sagen, man möchte das beschädigte Ansehen dieses wohl größten hessischen Kulturevents wiederherstellen, das erfordert Mut. Ich finde es gut, und auch wir stehen dahinter.

(Robert Lambrou (AfD): Wieso erfordert das Mut? Das ist eine Selbstverständlichkeit!)

Dieses Ansehen muss wiederhergestellt werden, und es ist gut, dass wir das angehen.

Aber auch jenseits der Frage der documenta habe ich das Gefühl, dass sich in unserer Gesellschaft etwas verändert. Es schwindet – das kann man zweifelsohne sagen – die Ambiguitätstoleranz. Wir müssen wieder lernen, Widersprüche und mehrdeutige Situationen auszuhalten.

Ja, Wissenschafts- und Kunstfreiheit können eine Zumutung sein. Ich kann auch sagen: Das Gleiche gilt für die Demokratie. Ich appelliere an Sie alle: Muten Sie sich etwas zu. Denken Sie an die, die ihr Leben ließen, um Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Stehen Sie mit uns für Demokratie ein, egal ob in Wissenschaft, Forschung, Kunst und Kultur oder anderswo. Stehen Sie mit ein für ein freies, friedliches und lebendiges Miteinander. – Vielen Dank.

(Beifall SPD und CDU)

Vizepräsident René Rock:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kaffenberger. – Es hat sich jetzt noch der Abgeordnete Dr. Grobe zu Wort gemeldet. Er hat noch 56 Sekunden Redezeit.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Kaffenberger, wir werfen nicht ab, sondern haben als einzige Fraktion ein Zehn-Punkte-Sofortprogramm zur Stärkung der hessischen Wissenschaft vorgelegt.

(Beifall AfD)

Und was macht Herr Staatsminister Gremmels? Nichts, nur dass er die Demokratieverziehung forciert. Das hat mit Wissenschaft nichts zu tun.

Sie sagten zudem, dass es in der Pandemie Fake News von verschiedenen Gruppen gegeben hat. Da haben Sie recht. Das war die Regierung;

(Beifall AfD)

denn die hat gesagt, dass Geimpfte nicht angesteckt werden können.

Noch kurz zu Herrn Schmitz. Er fragte vorhin, ob die Satire der AfD zum Thema Kunst und Kultur gehört. – Natürlich gehört das dazu; denn das ist eine „Kunstgattung ... ,die durch Übertreibung, Ironie und ... Spott an Personen, Ereignissen Kritik übt, ... Zustände anprangert, mit scharfem Witz geißelt“. Darum geht es doch in einer Rede. Das haben Sie nur leider nicht verstanden. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident René Rock:

Danke, Herr Dr. Grobe.

Damit ist die Regierungserklärung des Ministers für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur abgehalten.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 9:**

Zweite Lesung

Gesetzentwurf

Landesregierung

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2023/2024

– Drucks. 21/846 zu Drucks. 21/599 –

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter, dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Abgeordneten Vohl, das Wort.

Bernd Erich Vohl, Berichterstatter:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2023/2024, Drucks. 21/599.

Beschlussempfehlung: Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen – CDU und SPD gegen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, zu den Einzelplänen folgende Beschlüsse zu fassen. Diese entnehmen Sie bitte der Drucks. 21/846.

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Vielen Dank für die Berichterstattung. – Die Rednerreihenfolge wurde wie folgt vereinbart: Es beginnt die AfD. Danach sprechen die CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die Freien Demokraten, schließlich die fraktionslosen Abgeordneten und zuletzt die Landesregierung.

Wir haben uns außerdem darauf verständigt, den Nachtragshaushalt in der zweiten Lesung mit 15 Minuten Redezeit zu beraten, ohne Aufteilung der Redezeit auf die

Einzelpläne. Nach der Beratung stimmen wir über die Einzelpläne ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe nun als ersten Redner Herrn Abgeordneten Bausch, Abgeordneter der Fraktion der AfD, auf.

Roman Bausch (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit der Entscheidung, die Haushaltsänderungsanträge erst zur dritten Lesung einzureichen, sind die GRÜNEN in die Fußstapfen der LINKEN getreten.

(Beifall AfD)

In Sukzession sitzen sie nicht nur auf denselben Plätzen, auch das Gebaren im parlamentarischen Betrieb gleicht sich schrittweise an.

Dass wir den Angeboten, welche die GRÜNEN den Hessen für den Landeshaushalt machen wollen, natürlich mit besonderem Interesse entgegensehen, können Sie sich denken. Denn für alle, die den Kuchen verteilen wollen, bevor er gebacken wurde, und interventionistisch mit viel Steuerzahlergeld Transformationen gegen Marktkräfte befördern wollen, gibt es nun die SPD in Regierungsverantwortung.

(Zuruf Stephan Grüger (SPD))

– Was, Entschuldigung? – Die macht ihre Sache zwar nicht gut, aber dafür sehr zuverlässig. Für alles andere wie offene Grenzen, Angst vorm Wetter und LGBT*IQ steht inzwischen die Christdemokratie. Schwer für die GRÜNEN, sich hier noch ein Alleinstellungsmerkmal zu sichern.

Zu den Anträgen. Wenn die CDU eine Entlastung von Familien, die sich ein Eigenheim schaffen wollen, für verzichtbar hält, aber gleichzeitig ungeniert

(Zuruf Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

den jüngsten Familienmitgliedern Rückzahlungsverpflichtungen in Milliardenhöhe in die Krippe legt, dann braucht es eine alternative Kraft – eine Kraft, welche die Generationengerechtigkeit in den Vordergrund rückt und darauf achtet, dass heutiger Konsum nicht zulasten nachfolgender Generationen stattfindet.

(Beifall AfD)

Allgemein wird Haushaltberatungen nicht die Aufmerksamkeit zuteil, die geboten wäre. Wer wissen will, von wem er regiert wird, der sollte nicht in Koalitionsverträge, sondern in den Haushalt schauen.

(Beifall AfD)

Nirgendwo sonst lässt sich besser sehen, wo die wahren Prioritäten und Posterioritäten liegen. Hier setzt die Politik über die Verteilung der Mittel klare Zeichen, und der Bürger kann die wahre Programmatik identifizieren.

Von der CDU und der SPD gibt es 2 Milliarden Euro für die Helaba, knapp 1,5 Milliarden Euro für offene Grenzen, aber nur 38 Millionen Euro für die Erstattung der Grunderwerbsteuer.

Mit der Alternative für Deutschland würde Hessen nicht nur einen Teil seiner Magnetwirkung auf den Rest der Welt verlieren, sondern auch ein defizitäres Weingut, eine Bank

mit risikoreichem Immobiliengeschäft, viele redundante oder unnötige Förderprogramme und ein überflüssiges Ministerium und in Konsequenz ebenfalls die komplette Neuverschuldung in Höhe von 2,8 Milliarden Euro.

(Beifall AfD)

Gleichzeitig würde es genug Handlungsspielraum gewinnen, um das Hessengeld bereits im ersten Jahr komplett auszuzahlen und die Beschränkung auf den Ersterwerb von Immobilien aufzuheben. Wir möchten diejenigen entlasten, die sprichwörtlich den Laden am Laufen halten.

(Beifall AfD)

Wer arbeiten geht und Konsumverzicht übt, um beispielsweise für sich und seine Familie ein Haus zu bauen, dem wollen wir die Steine aus dem Weg räumen. Dafür schaffen wir an anderer Stelle mit dem Rotstift den notwendigen Raum.

Dass im Rahmen der Regierungsneubildung 420 Stellen zusätzlich besetzt werden, ist angesichts des Stellenaufwuchses der letzten Jahre im öffentlichen Sektor tatsächlich eine kleine Katastrophe. Laut einer Pressemitteilung der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände stieg allein im Jahr 2023 die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegenüber dem Vorjahr landesweit um 4.730 auf 328.385 Personen an.

Während die Privatwirtschaft unter Arbeitskräftemangel leidet, stellt die Verwaltung in Land und Kommunen mit Steuerzahlergeld fröhlich zusätzliche Kräfte ein und tritt somit auf dem Personalmarkt zunehmend als Konkurrent der Unternehmen auf – so sinngemäß auch die VhU.

Eine Landesregierung, die sich selbst der Entbürokratisierung verschrieben hat, Verwaltungsverfahren straffen möchte, sich zum Ziel gesetzt hat – ich zitiere –, „dass sich der Staat – und zwar auf allen Ebenen – künftig auf die für unser Gemeinwesen notwendigen und wesentlichen Aufgaben konzentriert“, sollte mit gutem Beispiel vorangehen und sich selbst in einem ersten Schritt ein Stellenmoratorium verschreiben.

(Lebhafter Beifall AfD)

In einem zweiten Schritt sollte dann alsbald dazu übergegangen werden, frei werdende Stellen, wo immer möglich, nicht nachzubetzen, statt ständig mehr und mehr Arbeitskräfte auf die Gehaltsliste zu setzen.

Vor diesem Hintergrund kann man gespannt sein, wie die Entbürokratisierungsdividende von Herrn Staatssekretär Pentz letztlich ausfallen wird.

Ein anderer Fall sind die Sozialministerien. Wenn zuvor ein Ministerium mit einer Staatssekretärin auskam, dann ist die Frage berechtigt, warum zwei Sozialministerien – wohlgemerkt: im gleichen Bundesland – drei Staatssekretärinnen brauchen.

Auch wird so manche Stelle im Rahmen der Umressortierung ordentlich aufgewertet. Den Apparat aufgrund von parteipolitischen Erwägungen aufzublähen, zieht selbst in finanziell guten Zeiten nicht. In schlechten Zeiten, in die uns die Landesregierung nun hineinsteuert, dürfte dies so manchem Steuerzahler sehr übel aufstoßen.

Wer beim Thema Migration sagt, es gebe keine einfachen Lösungen, bzw. hier könne man nicht sparen, der will nichts ändern, der sucht einen Grund zur Kapitulation.

(Beifall AfD)

Dass wir die horrenden Ausgaben für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und den geplanten Grunderwerb sowie die veranschlagten Mehrkosten für die Erstaufnahmeeinrichtungen nicht mittragen, dürfte klar sein. In den neun hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen waren am 31. Mai dieses Jahres übrigens von insgesamt 8.629 Plätzen nur 4.787 belegt, zu jener Zeit eine eher moderate Auslastung. Wenn die Höchstaufenthaltsdauer in den Erstaufnahmeeinrichtungen nun von 18 auf 24 Monate – landesseitig – verlängert wird und die Landesregierung, wie im Koalitionsvertrag festgehalten, zusätzliche Aufnahmekapazitäten schafft, damit zeitweise weniger Migranten in die Kommunen kommen, dann hat vermutlich der Bundestagswahlkampf längst begonnen.

(Beifall AfD)

Zur Helaba ist zu sagen, dass bislang keine nachvollziehbaren Gründe für ein Festhalten an der Beteiligung vorgebracht wurden. Ebenfalls ist festzuhalten, dass das Land sein Fördergeschäft durch eine Herauslösung der WIBank gegebenenfalls sogar effizienter in Eigenregie betreiben könnte. Sodann wären dann noch die in der ersten Lesung des Haushaltsgesetzes angesprochenen Fragen, die sich aus § 65 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung ergeben:

erstens, ob sich der mit der Beteiligung angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen lässt,

zweitens, ob überhaupt ein angemessener Einfluss in einem Überwachungsorgan gegeben ist – Letzteres vor dem Hintergrund, dass das Land 78 % des gesamten gezeichneten Kapitals hält, aber am Stammkapital – also der für die Stimmrechte entscheidenden Teilmenge des gezeichneten Kapitals – nur mit 30 % vertreten sein wird.

Keine der beiden Fragen wurde bis heute auch nur ansatzweise zufriedenstellend beantwortet.

Wenn man ergründen möchte, weshalb die Landesregierung auch angesichts des risikobehafteten Immobiliengeschäfts der Helaba unbedingt an dieser festhalten will, bleibt einem nur die Zeitungslektüre.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Genau!)

Diese gibt zumindest Hinweise, welche Rolle der Geschäftsbank bei der Verklappung politischer Altlasten zukommt.

(Beifall AfD)

Ein Beispiel sind die missglückten Leo-Immobiliengeschäfte. Hier müssen die neuen Besitzer und damit Vermieter trotz marktüblicher Mieten aufgrund vertraglicher Mängel teils nicht für die Innensanierung der Gebäude aufkommen. Dies führte unter anderem dazu, dass das Behördenzentrum in Fulda, das alte Sozialministerium und auch das Wiesbadener Finanzamt, beide hier am Schiersteiner Berg, trotz laufender Mietzahlungen des Landes wegen Bauфälligkeit geräumt werden mussten, wobei für angemietete Ausweichimmobilien nun naturgemäß Doppelmieten in Millionenhöhe anfallen.

Doch in Wiesbaden hatte das Land erstaunliches Glück. Es erschien ein Projektentwickler in schimmernder Rüstung und kaufte die leer stehenden Immobilien auf dem Schiersteiner Berg. Zudem bekundete dieser umgehend die Bereitschaft, das alte Finanzamt abzureißen, womit das Land

auf einen Schlag die lästigen Mietzahlungen losgeworden wäre. Der Projektentwickler ist jedoch nicht irgendwer. Es ist die OFB, eine Tochter der Helaba. Dass nun die Zahnräder auf der Baustelle stillstehen, liegt laut Berichten mehr an den explodierenden Baukosten als an der Unwilligkeit des neuen Besitzers. Ohne hier tiefer einzusteigen: Die Kosten teurer Fehlentscheidungen sollten sichtbar bleiben und nicht Teil irgendwelcher Bilanzen oder gar der so sehr vom Finanzministerium geliebten Geschäftsgeheimnisse werden.

(Beifall AfD)

Mit unseren Vorschlägen würde das Land am Ende sogar ein klein wenig mehr tilgen, als es aufnimmt, womit der materielle Haushaltsausgleich erreicht wäre. Dieser darf nicht mit den Mogelpackungen, die unter dem Etikett „schwarze Null“ firmieren, verwechselt werden. Man denke hier an die „schwarze Null bei den Stellen“, die uns der Herr Finanzminister erst kürzlich verkaufen wollte, wenngleich 420 Stellen im Rahmen der Regierungsneubildung neu besetzt werden.

Zu den zwölf Anträgen der Freien Demokraten ist nicht viel zu sagen: Inhaltlich sind die Anträge eher dünn, gehen aber zumindest teilweise in die richtige Richtung.

(Zuruf Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten))

Man darf sich nur nicht an Symbolpolitik oder der fehlenden Deckung stören. An verschiedenen Stellen wird ein Mehr gefordert, dem aber kein entsprechendes Weniger an anderen Stellen folgt. Ein Streichen von Verpflichtungsermächtigungen, die ihrer Natur nach erst in den Folgejahren kassenwirksam werden, schließt keine Lücken im Jahr 2024.

(Beifall AfD)

Wer nicht kürzen möchte, sollte sich dann auch ehrlich machen und konsequenterweise eine Erhöhung der Neuverschuldung fordern. Ähnlich gelagert ist die Ablehnung der Stellenkürzungen im Bildungsbereich. Solange dem Stellenaufwuchs in den neuen Ministerien nicht korrespondierend ein Nein erteilt wird, stünden am Ende 203,5 Stellen mehr. Gestrichen werden von den Freien Demokraten ebenfalls die zusätzlichen Stellen für die Administration des – wie Sie es nennen – „filetierten Hessengelds“. So weit nachvollziehbar, wenn denn dann auch ein Antrag zu der noch im Mai geforderten Absenkung der Grunderwerbsteuer samt Vorschlägen zur Gegenfinanzierung vorliegen würde. Hier jedoch: absolute Fehlanzeige.

(Beifall AfD)

Dabei ist die Frage nach der Herkunft der Mittel, mit denen die resultierenden Mindereinnahmen gedeckt werden, immer der interessanteste Part bei jeder Forderung nach Steuersenkungen.

(Robert Lambrou (AfD): Absolut!)

Dass die Forderung nach einer Absenkung des Grunderwerbsteuersatzes faktisch nicht weiterverfolgt wird, liegt vermutlich daran, dass die Gegenfinanzierung von Entlastungen, wenn diese nicht wie im Konjunkturpaket der Ampel exklusiv für Hinzugezogene reserviert sind, tatsächlich in Arbeit ausartet. Diese versucht man bei der FDP in Wiesbaden, anscheinend genau wie in Berlin, zu vermeiden. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall AfD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Reul von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet.

Michael Reul (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute in zweiter Lesung den Nachtragshaushalt für das Jahr 2024. Dieser ist, wie Sie wissen, sehr stark von wirtschaftlichen Rahmendaten in Deutschland beeinflusst. Nach der Rede meines Vorredners möchte ich den Blick wieder auf die Fakten richten.

(Lachen AfD – Volker Richter (AfD): Das war so klar!)

Welche Rahmenbedingungen zum Nachtragshaushalt liegen uns eigentlich vor? Lassen Sie uns diese noch einmal in Erinnerung rufen. Da ist einmal die schlechte gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland, und diese wirkt sich auch auf Hessen aus. Wurde die Corona-Pandemie noch einigermaßen gut überstanden, befindet sich Deutschland seit rund zwei Jahren im Krisenmodus. Ich nenne die Auswirkung des Ukraine-Krieges, die steigende Inflation, die Energiekrise, ungesteuerte Migration,

(Volker Richter (AfD): Alles Ihre Politik!)

und beim Wirtschaftswachstum ist die ehemalige Wachstumslokomotive Deutschland EU-weit auf den hinteren Plätzen und unter dem allgemeinen Durchschnitt der Europäischen Union.

Zur Erinnerung: Im Jahre 2023 haben wir ein Wachstum von minus 0,3 %, europaweit waren es 0,5 %, im Jahre 2024 0,2 bis 0,3 % Wachstum gegenüber einem europaweiten Schnitt von 0,9 %. Dies ist alles nicht viel, aber wir liegen noch weit darunter. De facto bedeutet dies ein Nullwachstum, und diese Auswirkung spüren wir sehr massiv. Spätestens seit der Mai-Steuerschätzung müssen wir eigentlich alle wissen und muss es uns bewusst sein, dass die Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen auf absehbare Zeit vorbei sind.

Zur Erinnerung: Die Steuerschätzung hat für das Jahr 2024 insgesamt Steuerausfälle von weiteren 800 Millionen Euro vorgelegt. In den nächsten Jahren – ich betrachte die Periode bis 2027 – werden uns weitere 1,7 Milliarden Euro durch Steuermindereinnahmen fehlen. Das macht in Summe 2,5 Milliarden Euro aus. Zu den Steuerausfällen kommen auch noch weitere Ausgaben, die wir nicht zu verantworten haben, für die wir aber eintreten. Das sind 440 Millionen im Asylbereich.

(Zuruf Pascal Schleich (AfD))

Es stellt sich nun die Herausforderung, wie wir mit den vorhandenen finanziellen Mitteln umgehen und es trotzdem schaffen, unser Land erfolgreich zu gestalten. Das ist uns nach der Meinung der Koalition erfolgreich für den Nachtragshaushalt 2024 gelungen.

(Beifall CDU und SPD)

Trotz der schwierigen finanziellen Lage zeigt der vorgelegte Nachtrag, dass Hessen weiterhin gestaltunfähig ist. Ich nenne die Punkte aus dem 11:1-Programm –

(Robert Lambrou (AfD): Freudscher Versprecher!)

– Ja, mit dem Fußball ist es seit letztem Freitag leider eigentlich vorbei. – Ich nenne die Punkte aus dem 11+1-Programm der Landesregierung. Dafür sind übrigens 51 Millionen Euro vorgesehen. Dabei sind die Punkte „Befreiung von den GEMA-Gebühren“ mit 700.000 Euro, die Innenstadtoffensive mit 1 Million Euro, die zusätzliche Deutschstunde mit 3 Millionen Euro und, was natürlich wichtig ist, die Bundesratsinitiative zur IP-Adressdatenspeicherung, bei der wir hoffen, dass wir eine Mehrheit finden, weil dies für uns ein sehr wichtiger und zentraler Punkt ist.

Ich nenne das Hessengeld, das wir in diesem Jahr mit 38 Millionen Euro veranschlagt haben. Hier bieten wir Unterstützung bei Zins- und Tilgungsleistungen. Ich nenne den kostenfreien Meister, eine Summe von 5 Millionen Euro, wo wir eine Aufstiegsprämie von bis zu 3.500 Euro bei erfolgreichem Abschluss geben. Ich nenne die Erhöhung der Zahl der PivA-Stellen, insgesamt eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 18,8 Millionen Euro. Ich nenne das SWIM-Programm, SWIMplus, plus 1 Million Euro. Wir führen dieses Programm fort, es ist ein sehr erfolgreiches Programm. Ich nenne die Fast Lane zum Breitband mit einer halben Million Euro, und ich nenne auch die anwendungsorientierte Demokratieforschung mit insgesamt 2 Millionen Euro.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Zusätzlich geben wir weitere 108 Millionen Euro in den Kommunalen Finanzausgleich zur Unterstützung unserer Kommunen.

Wir erhöhen – auch das ist eine weitere Unterstützung – die LAG-Pauschale für die Kommunen und geben dort weitere 40 Millionen Euro hinein. In Summe unterstützen wir die Kommunen mit 507 Millionen Euro mit pauschalen Zahlungen des Landes.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes machen wir für Innovations- und Transformationsleistungen zusätzlich 50 Millionen Euro locker, um dies zu unterstützen.

Ich habe manchmal den Eindruck, wenn wir die Diskussion verfolgen – wir hatten auch eine Ausschusssitzung –, dass es der Opposition einfach nicht gefällt, dass wir unsere Wahlversprechen und den zwischen CDU und SPD geschlossenen Koalitionsvertrag erfolgreich umsetzen; denn für uns gilt: versprochen und gehalten.

(Beifall CDU und SPD – Zuruf)

Unabhängig von den genannten neuen Schwerpunkten der Landesregierung gibt es viele weitere Mehrbedarfe, die sich nach der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2023/2024 ergeben haben und die im Nachtragshaushalt Berücksichtigung finden. Ich will es an dieser Stelle sagen: Ich finde es sehr gut und bin auch dankbar dafür, dass die Fraktion der GRÜNEN bisher keine Änderungsanträge eingereicht hat, weil sie ja zusammen mit uns den Doppelhaushalt beschlossen hat und damit auch ein Bekenntnis dazu abgibt, dass dies auch weiterhin ein guter Haushalt ist,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum ändert ihr ihn dann?)

den wir jetzt auch erfolgreich weiterführen und ergänzen.

(Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es kann nur schlechter werden!)

Wir setzen nämlich weitere Punkte in diesem Nachtragshaushalt um. Insgesamt nehmen wir 130 Millionen Euro für Grunderwerbe für Erstaufnahmeeinrichtungen in die Hand. Wir unterstützen im Bereich der Personalkosten die Kanzleikräfte der Justiz. Das A-13-Gehalt für Grundschullehrer haben wir schrittweise eingeführt, das sind weitere 140 Millionen Euro, eine großartige Leistung in dieser Zeit.

Wir helfen auch dem Uniklinikum Frankfurt, wo es Ende letzten Jahres im Bereich der IT-Ausrüstung einen schweren Vorfall gab, mit insgesamt 85 Millionen Euro. Für die Auswirkungen des Wachstumschancengesetzes sind 32 Millionen Euro veranschlagt und für das Startchancen-Programm 22,8 Millionen Euro. Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Auch Bundesvorhaben verlangen von uns natürlich finanzielle Unterstützung. So ist es auch mit der Vorfinanzierung von Bundesmitteln für die kommunale Wärmeplanung in Höhe von 7,5 Millionen Euro. – Es gibt ja eine Fraktion in diesem Hause, die dies gern streichen würde.

Ich möchte noch einmal gesondert auf das Thema Helaba und WIBank eingehen. Wir haben es schon in der letzten Ausschusssitzung sehr ausführlich diskutiert und aus meiner Sicht auch erschöpfend behandelt. Ich habe aber den Eindruck, dass es noch die eine oder andere Unklarheit gibt. Deshalb lassen Sie mich dazu noch ein paar Ausführungen machen.

Hessen ist als Anteilseigner und über zwei Kapitaleinlagen am Eigenkapital der Helaba beteiligt. Bei diesen Kapitaleinlagen handelt es sich um die Sondervermögen der kommunalen Investitionsförderung und, in der zweiten Säule, für den sozialen Wohnungsbau. Jetzt haben wir die Situation, dass die Europäische Bankenaufsicht überprüft und sich auch regelmäßig die Kapitalinstrumente von Banken anschaut und dort kommentiert. Die EBA hat uns nach einer erneuten Prüfung zur Auflage gegeben, dass die Kapitaleinlagen des Landes Hessen die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Eigenkapital zukünftig nicht erfüllen werden.

Wir stehen vor der Situation, entscheiden zu müssen, wie wir dann handeln. Für uns als Koalition ist es relativ klar und eindeutig: Die Helaba und ihre Träger haben Eckpunkte miteinander besprochen und auch finalisiert, und die Kritikpunkte der Aufsichtsbehörden sind abgearbeitet worden. Wir haben dem Rechnung getragen und aus meiner Sicht eine zukunftssichere Lösung erreicht.

Zentrale Ziele des Landes sind nämlich der Fortbestand der Sondervermögen im Eigentum des Landes sowie eine stabile und zukunftsfähige Helaba. Der Nachtragshaushalt, das wissen Sie, sieht eine Stärkung des Eigenkapitals durch 1,5 Milliarden Euro und eine AT1-Anleihe in einer Größenordnung von 500 Millionen Euro vor. Dies ergibt in Summe 2 Milliarden Euro, die wir am Kreditmarkt finanzieren können, die auch nicht relevant für die Anrechnung der Schuldenbremse sind. Dies möchte ich an dieser Stelle noch einmal eindeutig betonen.

Diese 2 Milliarden Euro plus die 800 Millionen Euro Steuerausfälle ergeben die 2,8 Milliarden Euro, mit denen wir uns verschulden müssen. Man konnte in einer Zeitung nachlesen, dass auch dort nicht verstanden wurde, was wir machen; denn wir machen es ja nicht aus Jux und Tollerei,

sondern wir müssen die 800 Millionen Euro finanzieren, weil es Steuermindereinnahmen sind, und zu den 2 Milliarden Euro habe ich gerade ausgeführt.

Dafür bekommen wir aber einen Gegenwert: Wir bekommen nämlich die beiden Sondervermögen übertragen, und dies ist der Gegenwert, den wir dafür erhalten. Deshalb ist es auch nicht schuldenbremsenrelevant. Wir haben es letzte Woche im Ausschuss sehr intensiv gemeinsam diskutiert. Die Fragen wurden im Ausschuss aus meiner Sicht ausführlich behandelt und auch beantwortet.

(Zuruf Freie Demokraten)

Ich glaube, dass an dieser Stelle auch kein Streit mehr nötig ist, sondern dass wir uns gemeinsam hinter unsere Landesbank stellen und diese Transaktion gemeinsam unterstützen.

(Beifall CDU und SPD – Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Die Koalition hat sich nämlich pro Helaba entschieden. Wir stärken unsere Landesbank im Wettbewerb der Banken untereinander, und es ist ein wichtiges Signal an den Finanzplatz Frankfurt und auch an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ort, die wir an dieser Stelle natürlich mittragen. Nach dem großen Erfolg der Ansiedlung der AMLA ist dies der zweite Schritt, den Finanzplatz Frankfurt nach außen hin zu stärken, da wir ihn auch weiterhin ausbauen wollen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Deshalb lassen Sie es mich an dieser Stelle noch einmal sagen: Es ist mir unerklärlich, wie zwei Fraktionen in diesem Haus diese Transaktion nicht mitgehen wollen. Die Argumente sind eigentlich relativ einfach, und sie liegen auf der Hand. Aber wer die Kreditaufnahme von 2 Milliarden Euro streichen will, der will entweder dem Finanzplatz Frankfurt schaden, oder er hat die Transaktion nicht verstanden. Ich kann mich nicht entscheiden, ob ich das Erste oder das Zweite schlimmer finden sollte. Ich glaube, beide Aspekte sind schlimm. Wir aber wollen weiterhin eine erfolgreiche Bank an diesem Standort haben und dort mit den beiden Sondervermögen auch weiterhin aktiv die Dinge unterstützen können, die ich erwähnt habe. Das erreichen wir nicht, wenn wir diese Mittel unserer Hessischen Landesbank nehmen, sondern das erreichen wir nur, wenn wir dies unterstützen.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es kommt noch ein Sonderaspekt hinzu, den man in die Diskussion einführen kann: Diese Transaktion gelingt auch deswegen, weil wir stille Reserven, die wir bisher hatten, an dieser Stelle auch heben. Daher ist es für alle eine Win-win-Situation. Die Koalition steht fest zur Hessischen Landesbank und zur WIBank, und das ist eine wichtige Sache im Rahmen des Nachtragshaushaltes; und das ist auch gut so.

Lassen Sie mich als letzten Punkt noch einmal auf das Thema Schuldenbremse eingehen. Die Neuverschuldung beträgt über 2,8 Milliarden Euro – das ist richtig. Trotzdem wird die Schuldenbremse eingehalten. Ich halte es für sehr wichtig, dass wir ein klares Bekenntnis zur Schuldenbremse wie im Koalitionsvertrag abgeben. Die Schuldenbremse ist wichtig. Sie ist wichtig für die zukünftigen Generationen; denn nur solide Finanzen sind generationengerecht, und wir stehen für Generationengerechtigkeit. Wir wollen

den zukünftigen Generationen nicht weitere Schulden aufbürden. Da ist die Schuldenbremse für uns ein Korrektiv.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Schuldenbremse zeigt eindeutig auf, dass sie uns nicht bei investiven Maßnahmen behindert, sondern es gibt ein ganz entscheidendes Kalkül: Wir müssen in der Lage und fähig sein, Prioritäten zu setzen. Dies ist der entscheidende Punkt, und das ist die Herausforderung unserer Zeit – auf Landesebene und auch auf der Bundesebene.

Ganz kurz, vorletzter Punkt. Wir haben heute Abend eine Haushaltsausschusssitzung. Die Koalition wird mehrere Anträge einbringen – ich will es nur ganz kurz erwähnen –: Wir werden 15 Millionen Euro Mehrbedarfe für Wohngeldzahlungen beantragen. Diese können wir nicht beeinflussen, aber wir haben festgestellt, dass das Geld sonst nicht bis zum Jahresende ausreicht. Es wird aber aus der allgemeinen Rücklage gedeckt. Daher haben wir auch einen Deckungsvorschlag unterbreitet.

Es wird eine Verpflichtungsermächtigung für die Überprüfung der Empfänger bei den Corona-Soforthilfeprogrammen geben. Es wird auch eine Verpflichtungsermächtigung für die Unterstützung der VGU geben. Dies ist ein Modellprojekt, das wir gemeinsam mit Vietnam und mit dem Bund tragen. Es gibt trilaterale Verträge. Jeder, der schon die Möglichkeit hatte, sich intensiv damit zu beschäftigen, weiß, was das für eine hervorragende Einrichtung ist.

Letzter Punkt. Wir brauchen auch finanzielle Mittel für die Bekämpfung der Schweinepest. Die vorhandenen Mittel haben wir bisher nicht im Etat. Wir nehmen sie in den Etat auf, damit im Landwirtschaftsministerium die bisher eingeleiteten Maßnahmen finanziert werden können, sodass Hilfe und Unterstützung gegeben werden können.

Deshalb freue ich mich auf die Haushaltsausschusssitzung heute Abend und auf die Beratungen am Donnerstag. Ich freue mich über eine große und breite Zustimmung des ganzen Hauses. – Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächster Redner hat sich der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet. Abgeordneter Wagner, bitte.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir beraten heute den ersten Haushalt von Schwarz-Rot. Dieser ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Einschnitt; denn zum ersten Mal seit vielen Jahren wird in den Bereichen Bildung, Soziales, Umwelt und Klima gekürzt. Sie legen Pläne für einen Einschnitt vor und versuchen, dies zu verbrämen und schönzufärben, indem Sie von „globalen Minderausgaben der Ministerien“ reden.

(Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten): Ja!)

„Globale Minderausgaben der Ministerien“ sind nichts anderes als Kürzungen:

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

14 Millionen Euro Kürzungen im Umweltministerium,

(Zuruf AfD: Sehr gut!)

25 Millionen Euro Kürzungen im Sozialministerium, 26 Millionen Euro Kürzungen und 200 Stellen weniger im Kultusministerium, 34 Millionen Euro Kürzungen an den Hochschulen und keine Finanzierung des Tarifiergebnisses für die Hochschulen. Das ist ein Einschnitt für Hessen; Sie setzen mit diesem Haushalt die völlig falschen Prioritäten.

Ganz wichtig ist: Keine dieser Kürzungen wäre notwendig gewesen.

(Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten): Ja!)

Hier wird viel über die Ampel, viel über die Konjunktur und viel über sinkende Steuereinnahmen erzählt. Deshalb habe man und müsste man und könnte man ... Das ist alles falsch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Die sinkenden Steuereinnahmen ersetzen Sie 1 : 1 mit neuen Schulden. Dafür hätten Sie kein einziges Programm kürzen müssen. Dann sagen Sie: Mehrausgaben hier und Mehrausgaben da. – Das stimmt. Das finanzieren Sie komplett aus den Rücklagen. Auch dafür hätten Sie an Bildung, an Sozialem, an Umwelt und an Klima nicht kürzen müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Der Kollege Reul sagt, der eigentliche Haushalt, den noch Schwarz-Grün aufgestellt hat, sei gut gewesen. Herr Kollege Reul, dabei stimmen wir Ihnen ausdrücklich zu. Aber hätten Sie ihn dann doch so gelassen, wie er war. Er war besser, Herr Kollege Reul.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Michael Reul (CDU))

Nein, Sie müssen nicht bei Bildung, Sozialem, Umwelt und Klima kürzen; Sie wollen in diesen Bereichen kürzen,

(Marius Weiß (SPD): So ein Quatsch!)

weil Sie das Geld für Ihre Projekte und Programmchen brauchen, die Sie sich vorgenommen haben. Was haben wir da stehen? Was ist Ihnen wichtiger als Bildung, Soziales, Umwelt und Klima? 50 Millionen Euro für Ihr 11+1-Programmchen, allein 38 Millionen Euro für das Hessengeld. Über 13 Millionen Euro geben Sie für die aufgeblähte Landesregierung aus. 50 Millionen Euro wollen Sie für einen Innovations- und Transformationsfonds ausgeben, von dem noch niemand weiß, was das eigentlich sein soll. Das sind Ihre Prioritäten. Das ist Ihnen wichtiger. Wir sagen: Das sind die falschen Prioritäten, dafür in den anderen Bereichen zu kürzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Dieser Nachtragshaushalt reiht sich in unsere Wahrnehmung ein, wie wir die schwarz-rote Koalition in den ersten Monaten erlebt haben: Showeffekte und Scheindebatten sind wichtiger als die Lösung der realen Probleme in unserem Land.

(Lachen Ingo Schon (CDU))

Ich will das an einigen Beispielen deutlich machen. Mit großem Tamtam und mit großer Show wurde der bundesweit erste Minister für Bürokratieabbau gefeiert – so weit die Show. Was ist die Realität? Zwei neue Ministerien, vier neue Staatssekretäre, 130 neue Stellen in den Ministerien. Wer so mit Bürokratieaufbau anfängt, wer mit Bürokratieabbau beginnt, indem er die Bürokratie aufbläht, der ist nicht glaubwürdig. Das ist der Unterschied zwischen Show und realer Politik.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall Freie Demokraten)

Nehmen wir, um es konkret zu machen, das neue Digitalministerium. Schon bislang arbeiteten dort über 100 Leute. Wirklich besser geworden ist die Mobilfunk- und die Giga-bit-Versorgung bislang nicht.

(Oliver Stirböck (Freie Demokraten): Zehn Jahre GRÜNE!)

100 Leute – man fragt sich: Was machen die eigentlich den ganzen Tag? Jetzt kommen, damit dieses Ministerium ein eigenes Schildchen bekommt und damit es sich ein eigenständiges Ministerium nennen kann, über 40 Stellen dazu. Auch davon wird kein Mobilfunkmast gebaut werden. Davon wird kein Internetanschluss schneller werden, sondern Sie blähen einfach nur die Landesregierung auf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Das Digitalministerium ist ein Paradebeispiel dafür, dass sich Verwaltung selbst die Aufgaben schafft. Im Wesentlichen werden dort Probleme bearbeitet, die es ohne dieses Ministerium gar nicht gäbe.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartmut Honka (CDU): Da bin ich anderer Ansicht!)

Große Show beim Hessengeld. Wir erinnern uns. Im Wahlkampf hieß es: „Grunderwerbsteuer? Geht aufs Haus.“ Was ist davon geblieben? Eine Familie mit zwei Kindern bekommt im Jahr des Erwerbs ihrer Immobilie 3.000 Euro. Glaubt irgendjemand in diesem Saal, dass deshalb auch nur eine einzige zusätzliche Wohnung gebaut wird, dass das auch nur einen einzigen Beitrag dazu leistet, die angespannte Lage auf dem Immobilienmarkt zu beruhigen? Nein, das ist einfach rausgeworfenes Geld.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns die Kinderbetreuung an. Man hätte angesichts der Herausforderungen in diesem Bereich sagen können: Von der Sozialministerin kommen Initiativen für mehr Plätze, für bessere Öffnungszeiten, für die allgemeine Schulgeldfreiheit für die Berufe der Erzieherinnen und Erzieher.

In diesem Programm finden wir nichts, außer dass die 1.000 Stellen für die praxisintegrierte Erzieherausbildung auf noch mehr Stellen verteilt werden. Es wird kein größerer Kuchen gebacken, sondern der Kuchen wird nur anders verteilt. Wenn wir fragen: „Wann werden die eigentlichen Probleme in der Kinderbetreuung gelöst?“, sagt die Sozialministerin: „Als bald“. Das ist Show versus reale Politik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Freie Demokraten)

Schauen wir uns die Verkehrspolitik von Schwarz-Rot an: Was haben Ihnen, liebe Koalitionäre, eigentlich die Nutzerinnen und Nutzer von Bussen und Bahnen in Hessen getan? Die CDU beschließt auf ihrem Parteitag, dass das bundesweit erfolgreiche Deutschlandticket, das jeder zehnte Hesse bzw. jede zehnte Hessin hat, wieder abgeschafft werden soll.

Die Koalition insgesamt fabuliert darüber, dass sie das Ausflugsticket für die Schülerinnen und Schüler, das gerade für ärmere Familien ein echtes Pfund ist, wieder abschaffen will. Was haben Sie eigentlich gegen Busse und Bahnen, liebe Koalitionäre? Was haben Sie eigentlich dagegen?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hätten wirklich viel damit zu tun, dass Pendlerinnen und Pendler morgens nicht mehr im Stau stehen. Sie hätten viel damit zu tun, dass die Fahrpläne von Bussen und Bahnen wieder zuverlässig sind. Sie hätten viel damit zu tun, den Ausbau im ÖPNV so, wie wir es begonnen haben, weiter umzusetzen. Womit beschäftigt sich der hessische Verkehrsminister in den ersten Monaten seiner Amtszeit? Mit dem Antrieb seines Dienstwagens. Das ist Show versus die realen Probleme in unserem Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Freie Demokraten – Tobias Eckert (SPD): Das seid allein ihr, die sich damit beschäftigen!)

Die Umweltpolitik ist ein einziges Trauerspiel. Sie wollten noch erzählen, dass die Streichung von Klimaschutz aus dem Ministerium eigentlich gar nichts zu bedeuten hat. Mit diesem Haushalt wissen wir, dass es anders ist. Sie streichen Gelder im Umweltministerium. Sie streichen die Standards für den hessischen Wald. Bei Ihnen haben Umwelt und Klima einfach keinen Stellenwert mehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Wissenschaftsminister hält heute eine Regierungserklärung, die schon ein starkes Stück war, meine Damen und Herren. 34 Millionen Euro werden bei den hessischen Hochschulen von dieser Landesregierung gekürzt. 100 Millionen Euro fehlen den hessischen Hochschulen jedes Jahr, um Tarifierhöhungen zu finanzieren. Der Wissenschaftsminister hält hier eine Regierungserklärung über alles und jeden, nur nicht über die Fragen, die die Hochschulen in unserem Land gerade am meisten beschäftigen. Das ist der Unterschied zwischen Show und Beschäftigung mit den realen Problemen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Schauen wir uns den Bereich Schule, das Kultusministerium an. Da gäbe es wirklich viele Aufgaben, derer wir uns annehmen sollten. Wir sind als GRÜNE auch sehr dafür, sich dieser Themen anzunehmen. In nur zwei Jahren gilt der Rechtsanspruch auf Grundschulkinderbetreuung. Wo ist der Plan der Landesregierung, das umzusetzen? In den PISA-Studien werden wir wieder schlechter – nicht nur Hessen, auch andere Bundesländer, aber wir werden schlechter. Wir wissen, dass junge Menschen nach wie vor extrem unter den Folgen der Corona-Pandemie leiden. Hier hätten wir uns Initiativen und Antworten auf diese realen Probleme von dieser Landesregierung gewünscht. Womit beschäftigt sich der Kultusminister? Mit dem Genderverbot in Abschlussprüfungen von Schülerinnen und Schülern. Das Genderverbot ist wichtiger als die Lösung

der realen Probleme – ein Beispiel mehr für Show statt realer Politik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Dann hat er jetzt ein weiteres Thema entdeckt, der Kultusminister: die Bundesjugendspiele. Alle Eltern, alle Schülerinnen und Schüler, alle Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land, sie hat wirklich nur ein Thema umgetrieben: Wie gestaltet der Kultusminister künftig die Bundesjugendspiele? – Er will sich für mehr Leistung einsetzen bei den Bundesjugendspielen. Lieber Herr Kultusminister, vielleicht fangen Sie bei der Leistung bei sich selbst an. Das wäre doch eine wahnsinnig gute Idee.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Wenn wir bei Show statt realer Politik sind, dann habe ich Ihnen einmal den Unterschied zwischen Show vor der Wahl und realer Politik nach der Wahl bei dieser Koalition mitgebracht.

(Marius Weiß (SPD): Show erleben wir gerade!)

Das war das Wahlplakat der hessischen CDU zur Landtagswahl:

(Der Redner hält ein Wahlplakat der CDU hoch.)

„Die wichtigste Bank Hessens: die Schulbank.“

Ausdrücklich richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU.

Die SPD wollte es noch etwas doller

(Der Redner hält nun ein Wahlplakat der SPD hoch.)

und hat im Landtagswahlkampf plakatiert: „12.500 neue Lehrer“. Das war die Show vor der Landtagswahl. Jetzt haben wir den Nachtragshaushalt, und das Ergebnis ist:

(Der Redner hält nun ein Plakat mit der Aufschrift „CDU & SPD nach der Wahl: 200 Stellen weniger“ hoch. – Heiterkeit)

200 Stellen weniger im Kultusministerium, 200 Stellen weniger im Kultusministerium.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten – Zuruf Marius Weiß (SPD))

Jetzt ruft der Kollege Weiß dazwischen, das sei falsch. Es steht im Haushalt. 200 Stellen aus dem Kultusministerium gehen in andere Bereiche der Landesverwaltung. Jetzt werden Sie wortreich erklären: Ja, die 200 Stellen waren gar nicht besetzt. – Jetzt besetzen Sie sie, aber für die aufgeblähte Landesregierung und nicht für unsere Schulen. Deshalb ist es eine falsche Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Ich fasse zusammen: Erstmals seit Jahren wird von Schwarz-Rot wieder bei Bildung, Soziales, Umwelt und Klima gekürzt. Mit diesem Nachtragshaushalt setzt sich nahtlos fort, was wir in den letzten sechs Monaten erleben konnten. Die CDU macht, was sie will.

(Heiko Scholz (AfD): Erfolgreiche Politik!)

Die SPD macht alles mit. Es ist aber die falsche Politik für unser Land. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Herr Abgeordneter Wagner, Sie haben Bilder hochgehalten. An der Angemessenheit haben wir keine Zweifel, trotzdem wäre es gut gewesen, Sie hätten sie vorher einmal gezeigt.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, Frau Präsidentin! Ich kann sie Ihnen noch einmal zeigen! – Er hält die Plakate noch einmal hoch. – Heiterkeit – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Das Dritte auch! Das war das schönste! – Unruhe)

Das war eine ernsthafte Bemerkung.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, Frau Präsidentin!)

Das war eine ernsthafte Bemerkung, weil es einfach wichtig ist, dass wir die Schilder vorher sehen. Wir konnten sie zuvor auch ein wenig erkennen, insofern ist das jetzt in Ordnung.

Als nächster Redner hat der Abgeordnete Weiß das Wort.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat auch ein Schild dabei! Wir nehmen das auf!)

Marius Weiß (SPD):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Sorge, ich werde hier keine populistischen Faxen mit irgendwelchen Schildern machen, sondern ich werde mich hier an die Fakten halten.

(Beifall SPD und CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh! – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Ganz schwach!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit der Einbringung des Nachtragshaushalts vor fünf Wochen hat sich der Haushaltsausschuss des Landtags intensiv mit dieser Vorlage befasst.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Ich bin Mitglied der CDU-Alleinregierung“, kannst du auch gleich sagen!)

Wir haben mit den Kommunalen Spitzenverbänden darüber geredet, mit dem Hessischen Rechnungshof, und erste Änderungsanträge der Oppositionsfractionen wurden ebenfalls schon beraten und abgestimmt. Als Fazit dieser fünf Wochen kann ich festhalten, dass sich die neue Hessen-Koalition mit ihrem ersten gemeinsamen Haushalt auf dem richtigen Weg befindet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD und CDU – Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über die Helaba und die mit dem Nachtrag geplante Erhöhung der Landesbeteiligung haben wir bereits im Rahmen der ersten Lesung viel diskutiert.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist mit den 12.500 Lehrern?)

Es ist politisch selbstverständlich legitim, in dieser Sachfrage zu einem anderen Ergebnis zu kommen als die FDP,

die mit Änderungsanträgen die Erhöhung der Beteiligung streichen wollte. Was ich dann aber erwarte, Frau Kollegin Schardt-Sauer, ist, dass entsprechende Alternativvorschläge und alternative Lösungsvorschläge gemacht werden, wie mit den Vorgaben der Bankenaufsicht sonst umgegangen werden soll. Da habe ich leider gar nichts gehört. Das ist mir dann doch ein bisschen zu wenig, was den Anspruch an eine Opposition angeht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Vereinzelter Beifall SPD und CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Rede doch mal über die 12.500 Lehrer!)

Wir freuen uns jedenfalls, dass der Hessische Rechnungshof von seinem Recht der Sonderprüfung Gebrauch gemacht hat und eine Stellungnahme zu der geplanten Transaktion abgegeben hat. Als Parlamentarier will ich den Rechnungshof gerne dazu animieren, von diesem Recht häufiger Gebrauch zu machen. Als Ergebnis der Prüfung kommt der Rechnungshof zu dem Schluss, dass weder rechtliche noch haushaltswirtschaftliche Gründe gegen diese Kapitalerhöhung sprechen,

(Zuruf Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten))

wie wir sie vorhaben, sondern es schlicht und einfach eine politische Entscheidung ist, ob man das so macht, wie wir es vorhaben, oder nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sehen uns in unserem Handeln bestätigt und freuen uns, dass wir uns hiermit in rechtlich sicherem Fahrwasser bewegen, was die Helaba-Transaktion angeht.

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Herr Abgeordneter Weiß, würden Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Schardt-Sauer erlauben?

Marius Weiß (SPD):

Nein, die Frau Kollegin Schardt-Sauer kommt gleich noch dran.

(Zuruf Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten))

Ein weiterer Indikator dafür, dass wir in die richtige Richtung gehen, ist die Ablehnung des Nachtragshaushalts durch die AfD. Getreu dem Motto: Regiere so, dass die AfD etwas dagegen hat.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Sie lehnen das Programm zur Demokratieforschung ab – oh Wunder. Sie lehnen den Innovations- und Transformationsfonds ab. Sie lehnen die Ausweitung der Kapazitäten der Erstaufnahme ab, mit denen wir gerade die Kommunen entlasten wollen. Sie lehnen sogar das Programm SWIMP-plus ab, mit dem wir sie unterstützen wollen.

Wir werden die Menschen im Kommunalwahlkampf daran erinnern, wenn die AfD wieder krakeelt, dass das Land die Kommunen mit den Flüchtlingen und den kaputten Schwimmbädern alleinlasse.

(Zuruf AfD: So ist es doch!)

Von Ihnen haben die Menschen in hessischen Städten und Gemeinden jedenfalls gar nichts zu erwarten. Das zeigen auch die Anträge, die Sie eingebracht haben.

(Beifall SPD und CDU – Dr. Frank Grobe (AfD): Deshalb wählen sie uns und nicht Sie!)

Nun zu Ihnen und Ihren GRÜNEN, Herr Wagner.

(Robert Lambrou (AfD): Ach, die GRÜNEN gehören Herrn Wagner!)

Sie haben hier gerade eine Rede gehalten, als wären Sie schon zehn Jahre in der Opposition und als hätten Sie in den vergangenen zehn Jahren in Hessen nicht regiert. Das ist heute nicht der erste Aussetzer; denn genau so handeln Sie bereits seit Wochen und Monaten.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Frömmrich, Sie können noch so viel dazwischenplärren. Genau so handeln Sie. – Ich muss ernsthaft sagen, ich bin schon einigermaßen überrascht, dass nach nicht einmal einem halben Jahr die GRÜNEN schon auf dem Oppositionsniveau von Friedrich Merz angekommen sind. Sie wollen sich nicht daran erinnern, was man in den vergangenen zehn Jahren in diesem Landtag gemacht hat und was man nicht gemacht hat.

(Beifall SPD – Unruhe)

Sie können sich nicht daran erinnern, Herr Wagner. Ich helfe Ihnen. Der Haushalt 2024, den Sie beschlossen und uns hinterlassen haben, ist mit 450 Millionen Euro nicht finanziert.

(Zuruf Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ab dem Jahr 2025 ist der Haushalt sogar mit 1,2 Milliarden Euro nicht finanziert. Wir haben von Ihnen ein grünes Regierungspräsidium übernommen, bei dem Anträge auf Einbürgerung 13 Monate warten, bevor angefangen wird, diese zu bearbeiten. Das haben wir von Ihnen übernommen.

Darüber hinaus haben die GRÜNEN ein Sicherheitspaket vorgestellt. Darin fordern Sie ernsthaft den Ausbau von Beratungsstellen und mehr Frauenhäuser. Wer war denn dafür in den vergangenen fünf Jahren und noch bis Mitte Januar zuständig? Ich helfe Ihnen: Er hat ein grünes Parteibuch und sonnt sich gerade in Umbrien. Er war für das zuständig, was Sie jetzt fordern.

(Beifall SPD)

Nächste Erinnerungshilfe: „Frankfurter Rundschau“ vom 22. Juni 2024. Mathias Wagner:

„Die Landesregierung lasse die Kommunen bei diesen Themen im Stich ...“

Herr Wagner, die GRÜNEN haben sich in den vergangenen zehn Jahren nicht die Bohne für die Kommunen in Hessen interessiert.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Ich war in den vergangenen zehn Jahren Mitglied im Haushaltsausschuss. Es gab genau einen, der im Haushaltsausschuss bei jeder Gelegenheit die hessischen Städte und Gemeinden von oben herab behandelt hat, aber nie auf Augenhöhe. Das war der GRÜNEN-Abgeordnete Frank Kaufmann. Wenn Sie sich nun als Anwalt der Kommunen gerieren, dann ist das ein Treppenwitz.

(Beifall SPD)

Wenn Sie der Anwalt der Kommunen sind, dann war das beim Spiel gegen Spanien in der Nachspielzeit eine natürliche Handbewegung beim Schuss von Musiala. Da lachen ja die Hühner.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Videobeweis!)

Diese Landesregierung hat mehr kommunale Verankerung als jede andere vor ihr. Deshalb wissen die Kommunen, dass sie sich auf uns verlassen können und dass wir partnerschaftlich mit ihnen umgehen und nicht von oben herab.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Das erkennt man nicht nur an den zusätzlichen Mitteln in Höhe von 108 Millionen Euro, mit denen wir in diesem Nachtrag den Kommunalen Finanzausgleich stärken, oder an den 50 Millionen Euro mehr Investitionsmitteln für die Kommunen aus dem Hessenkasse-Programm, oder an mehr Mitteln für die Erweiterung der Erstaufnahmeplätze, um die Kommunen bei den Unterbringungskosten für Geflüchtete zu entlasten.

(Zuruf Lara Klaes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das sieht man auch an dem sehr kommunalfreundlichen Koalitionsvertrag von CDU und SPD, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sehen die Kommunen anders!)

Ich weiß, es ist sicherlich nicht einfach, sich in der Opposition zurechtzufinden. Aber ich finde, man kann schon erwarten, dass man nicht vergisst, was man vor Kurzem noch gemacht hat und was eben nicht, und dass man nicht in Populismus verfällt.

(Lachen Volker Richter (AfD))

Herr Kollege Wagner, damit bin ich bei Ihrem Umgang mit dem Wissenschaftshaushalt. Was Sie dazu in den vergangenen Wochen vor allem über die sozialen Medien verbreitet haben, ist nur mit Wohlwollen als Halbwahrheit zu bezeichnen. Die Hochschulen erhalten in diesem Jahr 72,4 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber weniger als gedacht!)

Die Kosten für die Inflationsausgleichsprämie sind abgedeckt. Alle bereits zugesagten Projektförderungen sind vollständig gedeckt. Der Hochschulpakt wird selbstverständlich eingehalten.

Herr Kollege Wagner, Sie können von mir aus in Einzelprodukten herumsuchen und jeden einzelnen Euro, den es weniger gibt, skandalisieren.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach! Doch weniger!)

Aber wenn Sie das machen, dann erwarte ich, dass Sie gleichzeitig hier Vorschläge präsentieren, an welchen Stellen denn sonst die Einsparvorgabe von 450 Millionen Euro umgesetzt werden soll, die Sie uns im Haushalt hinterlassen haben. Wo denn, Herr Wagner?

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Wenn Sie das nicht beantworten können, dann sparen Sie sich bitte auch Ihre gespielte Empörung über den Nachtragshaushalt.

Ich muss ehrlich sagen, ich halte das für ein starkes Stück. In einer halben Stunde tagt der Haushaltsausschuss, um die dritte Lesung vorzubereiten. Es gibt eine Fraktion, von der noch nicht ein einziger Änderungsantrag vorliegt, und das ist Ihre Fraktion. Sie stellen sich hierhin, beschimpfen eine Viertelstunde lang diese Landesregierung, und dann erlauben Sie es sich, als einzige Fraktion in diesem Haus nicht einen einzigen Änderungsantrag zu stellen. Wie faul kann man als Opposition sein, Herr Wagner?

(Lebhafter Beifall SPD, CDU und AfD)

Dabei haben Sie doch Haushaltsausschussmitglieder, von denen ich gelesen habe, dass sie nur einen Termin am Tag haben und den auch noch vergessen. Da hätte man doch eigentlich genug Zeit haben können, um einen Änderungsantrag zu schreiben, Herr Kollege Wagner. Ich finde, das geht so nicht.

(Unruhe – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was für ein Niveau!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, Sie haben den Wissenschaftshaushalt als politische Hauptangriffsfläche auserkoren. Dafür spricht auch die angekündigte Hochschulbereisung von Ihnen, Herr Wagner. Das ist Ihr gutes Recht.

Ich möchte Ihnen aber einen Appell mitgeben. Wir haben als Opposition in den vergangenen Jahren unsere Kritik immer hier vorgebracht. Wir haben nicht gegenüber Betroffenen Ängste und Unsicherheiten geschürt, um damit einen kleinen politischen Landgewinn zu erreichen. Ich hoffe und erwarte, dass dies auch Ihre Maxime in der Opposition ist.

(Beifall Lisa Gnadl (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Ende meiner Ausführungen möchte ich auf das kommende Jahr ausblicken. Die Herausforderungen im Jahr 2025 sind riesig. Wir haben steigende Aufwendungen für unseren sehr personallastigen Landeshaushalt durch den Tarifabschluss und die Besoldungserhöhungen sowie durch erhöhte Anforderungen und Bedarfe in zahlreichen Politikfeldern. Gleichzeitig haben wir Steuerausfälle in Bezug auf die Plandaten.

Deswegen ist es gut, dass die Bundesregierung nun ein umfassendes Wachstumspaket vorgelegt hat, von dem auch die hessische Konjunktur und der hessische Haushalt profitieren werden. Dieses Paket sieht unter anderem Steuervergünstigungen für Arbeitende, Rentnerinnen und Rentner sowie bei Überstunden vor, zudem Bürokratieabbau und eine Verbesserung von Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen. Das ist ein großer Wurf von Olaf Scholz und der SPD-geführten Bundesregierung. Alle, die überzogen auf die Ampel eindreschen und Abgesänge auf sie halten, werden sich noch wundern.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Das ifo Institut hat seine Wachstumsprognose für das nächste Jahr von 1,0 auf 1,5 % gesteigert. Es ist richtig, dass die Ampel diesem Trend mit dem Wachstumspaket weiteren Schwung verleiht. Allein von diesem Paket werden ein zusätzliches Wachstum von 0,5 % und eine Steigerung der Wirtschaftsleistung von 26 Milliarden Euro erwartet.

Wir als Hessen-Koalition leisten aber auch unseren Teil dazu, das Wachstum weiter zu steigern. Mit dem Hessengeld geben wir einen Impuls für die Bauwirtschaft. Mit dem Innovations- und Transformationsfonds unterstützen wir Unternehmen und Betriebe bei der Anpassung an die Herausforderungen von morgen. Mit dem Entbürokratisierungsminister werden wir Hemmnisse für Investitionen abbauen.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Haben sie dir das aufgeschrieben?)

Mit dem kostenfreien Meister stärken wir vor allem das Handwerk.

Mit reinen Wachstumsmaßnahmen werden wir die Herausforderungen für den Haushalt aber nicht in den Griff bekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir werden auch konsolidieren müssen, was in den letzten fünf Jahren faktisch nicht geschehen ist.

(Zurufe)

– Frau Präsidentin, ich kann mich manchmal selbst kaum hören, weil hier die ganze Zeit dazwischengerufen wird. Das nur als Hinweis.

(Zurufe)

Ich wiederhole: Mit reinen Wachstumsmaßnahmen werden wir die Herausforderungen für den Haushalt aber nicht in den Griff bekommen. Wir werden auch konsolidieren müssen, was in den letzten fünf Jahren faktisch nicht geschehen ist. Wir werden das aber klug und nachhaltig machen. Wenn man sich anschaut, dass wir heute viel längere Asylverfahren haben als andere Bundesländer und dass das daran liegt, dass ein FDP-Justizminister in den Jahren 2009 bis 2014 zehn Gerichte geschlossen und zahlreiche Stellen in der Justiz abgebaut hat, dann sieht man, dass man auch kurzfristig und vor allem kurzfristig sparen kann. Das werden wir nicht machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die Politik, die diese Koalition auszeichnet: pragmatisch und realitätsbezogen, wirtschaftsfreundlich und mit klarem sozialen Kompass. In diesem Sinne ist dieser Nachtragshaushalt ein guter Auftakt für die kommenden fünf Jahre in Hessen.

(Beifall SPD und CDU)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Zu einer Kurzintervention hat sich Frau Abgeordnete Schardt-Sauer, Fraktion der Freien Demokraten, zu Wort gemeldet.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Werte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Marius Weiß, da sowohl die FDP als auch die GRÜNEN die anspruchsvolle Tradition achten, dass in der zweiten Runde die Fraktionsvorsitzenden reden, kann ich Ihnen nicht persönlich antworten und kann Ihnen auch nicht persönlich eine Frage stellen. Wie gesagt, für die FDP und für die GRÜNEN hat der Haushalt einen gewissen Stellenwert. Deshalb halten sich die Haushaltspolitiker in dieser Situation zurück. Bei Ihnen ist das anscheinend nicht der Fall.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine eigentliche Frage, die ich nur allgemein adressieren kann: Herr Kollege Weiß, Sie haben sehr lautstark – das war die große politische Linie bezüglich der Helaba – aus einer Ausschusssitzung zitiert, die wir am letzten Dienstag nicht öffentlich durchgeführt haben.

(Zurufe: Oh!)

In dieser Sitzung hat die FDP übrigens noch darum gebeten – wir sind ja für Transparenz, gerade bei wichtigen Fragen, wenn es zum Beispiel um Schulden in Höhe von 2 Milliarden Euro geht –, die Sitzung öffentlich zu machen. Darf ich dieses faktische Handeln von CDU und SPD als klare Zustimmung dafür nehmen, dass alles aus dieser Ausschusssitzung künftig öffentlich zitiert werden darf?

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Herr Abgeordneter Weiß, bitte sehr.

Marius Weiß (SPD):

Frau Kollegin Schardt-Sauer, wenn Sie den Fraktionsvorsitzenden, Tobias Eckert, so sehr vermissen: Die Tradition, dass bei Nachtragshaushalten die Fraktionsvorsitzenden reden, ist mir nicht bekannt. Bei normalen Haushalten ist das selbstverständlich anders, und wenn wir die zweite Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2025 haben, wird es selbstverständlich so sein, dass sowohl die Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD als auch der Herr Ministerpräsident reden. Das ist doch selbstverständlich. So lange müssen Sie sich noch gedulden und mit mir vorliebnehmen.

Frau Kollegin Schardt-Sauer, zum dem anderen Punkt, den Sie angesprochen haben: Beim Thema Helaba haben Sie mich im Haushaltsausschuss doch noch gefragt, ob man aus dem Ergebnis der Prüfung zitieren darf oder nicht. Zur Klassifizierung solcher Berichte: Daraus kann, zum Beispiel in einem Untersuchungsausschuss, in öffentlicher Sitzung sogar wörtlich zitiert werden. – Das habe ich ja gar nicht gemacht. Ich habe nur das Ergebnis zusammengefasst. Das ist völlig in Ordnung. Wir freuen uns über das Ergebnis. Ich wiederhole es gerne noch einmal, wenn Sie es hören möchten: Hinsichtlich der Helaba-Transaktion hat der Landesrechnungshof keinerlei rechtliche oder haushaltswirtschaftliche Bedenken. Deshalb fühlen wir uns durch diese Stellungnahme bestätigt.

(Beifall SPD – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es war schon eine vertrauliche Sitzung!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Weiß. – Das Wort hat Frau Abgeordnete Wiebke Knell, FDP-Fraktion.

Wiebke Knell (Freie Demokraten):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten in dieser Woche über einen Nachtragshaushaltsentwurf, und die einzige Erklärung der Lan-

desregierung zu diesem Entwurf ist: Mehrkosten infolge der Regierungsbildung.

So kann man es natürlich nennen, wenn man aus einem Ministerium zwei Ministerien macht. Ich bin dem Kollegen Wagner sehr dankbar, dass er das jetzt auch einmal politisch einsortiert hat und wir aus dem Klein-Klein herausgekommen sind.

Die Rede des Kollegen Weiß kann ich eigentlich nur unter dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ einordnen. Aber gut, das kann man so machen.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die neue Koalition aus CDU und SPD nennt sich selbst „christlich-sozial“, eigentlich ein Begriff, den wir von der bayerischen CSU kennen. In der Tat, der Einfluss der Sozialdemokraten ist ähnlich groß wie der der Sozialdemokraten in Bayern: Man muss ihn mit der Lupe suchen.

(Heiterkeit und Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Marius Weiß (SPD): Bei der FDP sollte man mit solchen Vergleichen vorsichtig sein!)

– Ich bin halt nicht so großspurig wie Sie unterwegs. Das ist der Unterschied. Wir sind uns unserer Größe bewusst, während andere denken, sie seien sonst was.

(Heiterkeit und Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der ehemalige Kanzler Schröder hat einmal den Spruch vom Koch und vom Kellner geprägt. Er bestimmte, dass die GRÜNEN servieren mussten.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damals hat es wenigstens geschmeckt!)

– Mag sein, dass es geschmeckt hat, aber da bin ich mir bei den GRÜNEN nicht immer sicher. – In der neuen Hessischen Landesregierung ist der Fachkräftemangel angekommen: Kellner gibt es gar nicht mehr. Die CDU kocht nicht nur, sondern sie serviert auch gleich noch. Eine gesunde Beziehung führen Schwarz und Rot aus unserer Sicht nicht. Denn, wenn ein Partner alles dominiert – Sie kennen das vielleicht von zu Hause –

(Heiterkeit und Zurufe)

und der andere froh ist, einfach nur dabei zu sein, dann geht das auf Dauer nicht gut.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist jedenfalls dann nicht gut, wenn der Partner mitreden möchte. – Für Hessen ist das auch nicht gut, und dieser Nachtragshaushaltsentwurf ist ein Beweis dafür. Wir Freie Demokraten wollen eine andere Politik. Wir stehen für all die Menschen, die mit ihren eigenen Händen oder mit ihren Gedanken etwas schaffen wollen, die anpacken, die mutig neue Impulse setzen wollen – für sich, für ihre Familien, für die Mitmenschen und am besten auch für unser Bundesland.

Deswegen stehen wir Freie Demokraten für die beste Bildung, wir stehen für eine Wirtschaftswende, und wir stehen für eine möglichst moderne Infrastruktur, auch und ganz besonders im ländlichen Raum. Das treibt uns an.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass die Menschen einen starken Partner an ihrer Seite brauchen. Sie brauchen eine Politik, die beste Voraussetzungen für Hessen schafft, eine Politik, die sich um die Menschen kümmert. Was sie nicht brauchen, ist ein Ministerpräsident, der vor allem die Bundesbühne sucht und versucht, sich selbst in Berlin groß zu machen. Gebraucht wird ein Ministerpräsident, der Hessen groß machen will.

(Beifall Freie Demokraten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Boris Rhein (CDU) – Zurufe)

– Gebraucht wird ein Landesvater und kein Parteionkel.

(Heiterkeit und Beifall Freie Demokraten)

Damit Hessen ein großer und starker Standort wird, müssen wir bei den Kleinsten beginnen. Keine Investition bringt mehr Rendite, als die Zukunft unserer Kinder zu sichern – mit moderner Bildung, mit modernen Bildungseinrichtungen, mit guten Kitas und Pädagogen, mit innovativen Lernkonzepten statt Frontalunterricht und Overheadprojektor.

Aber schon daran scheitert der Nachtragshaushaltsentwurf. Statt in die Bildung zu investieren, streichen Sie die Mittel zusammen. Sie bauen über 200 Stellen im Bereich der Schulen ab. Eine A-13-Besoldung für die Grundschullehrkräfte – das wollten wir als FDP unbedingt, aber da war noch jemand anderes, der die Umsetzung schon im Jahr 2026 gefordert hat. Ich glaube, das waren die hessischen Sozialdemokraten. Aber den Anspruch, eine Bildungspartei zu sein, scheinen Sie mit dem Eintritt in die Regierung aufgegeben zu haben.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das erste volle Bezugsjahr in der Besoldungsgruppe A 13 für hessische Grundschulpädagogen ist erst das Jahr 2028. Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, sind Sie wirklich damit einverstanden und zufrieden? Ich glaube es eigentlich nicht. Auch die Arbeitslosigkeit der Lehrerinnen und Lehrer in der Zeit der Sommerferien wollten Sie einmal angehen, oder? Wir haben dieses Thema jetzt in Form einer Aktuelle Stunde eingebracht. Ich bin gespannt, wie Sie Ihre alte Position zugunsten des Koalitionspartners relativieren wollen. Wir müssen aber festhalten: Statt Investitionen in die Bildung gibt es Gendern, Blockflöte und Bundesjugendspiele. Der hessische Kultusminister ist eigentlich ein Kulturkampfminister, und die SPD bereitet ihm kulant den Weg.

(Heiterkeit und Beifall Freie Demokraten – Zurufe CDU)

Meine Damen und Herren, für uns Freie Demokraten ist Bildung kein Bereich, in dem gespart werden darf. Das beweisen wir auch mit unseren Anträgen. Für uns ist eines klar: Wir dürfen nicht an der Bildung sparen, sondern wir müssen für die Bildung sparen. Das heißt, mehr Geld für Bildung wäre richtig, nicht weniger.

(Beifall Freie Demokraten)

Deswegen lassen wir Ihnen den Stellenabbau bei den Schulen auch nicht einfach durchgehen. Wir lassen Ihnen auch die Einsparungen bei den Mitteln für Schulen und Universitäten nicht einfach durchgehen. Im Gegenteil, mit unserer liberalen Ministerin aus Hessen in Berlin, Bettina Stark-Watzinger, geben wir dem Bildungsstandort Hessen

mit dem Staatschancen-Programm neuen Aufwind. Die Mittel dafür wollen Sie im Bund auch streichen.

(Boris Rhein, (CDU): Digitalpakt!)

Weniger Mittel für die Bildung, das versteht die CDU unter konsequenter Bildungspolitik – wunderbar.

(Boris Rhein (CDU): Digitalpakt!)

Aber zur Bildung gehört übrigens mehr als Schulen und Universitäten. Die Kitas sind eine kommunale Aufgabe. Sie alle haben sicherlich die öffentliche Anhörung der Kommunalen Spitzenverbände verfolgt. Das kommunale Hessen hat einen negativen Finanzierungssaldo von über 600 Millionen Euro, und die christlich-soziale Koalition hat sich auf die Fahnen geschrieben, die Kommunen und die Kreise zu stärken. Das ist auch dringend notwendig.

Aber schauen wir uns einmal den Entwurf für den Nachtragshaushalt genau an. Was findet sich dort? Es finden sich keine originären Landesmittel zur Verbesserung der kommunalen Finanzen. Herr Kollege Weiß kann noch so laut gegen die GRÜNEN poltern, Sie haben da einfach unrecht. Sie reichen Bundesmittel weiter, und Sie wandeln die Heimatlage in Schlüsselzuweisungen um.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie machen also „linke Tasche, rechte Tasche“ und wollen sich dafür auch noch von den Kommunen feiern lassen.

Auch aus der Erhöhung der Investitionskostenpauschale für die Krankenhäuser ist nichts geworden. Es ist verständlich, dass die Kommunen nicht einsehen wollen, was daran noch christlich und sozial ist.

Meine Damen und Herren, die wirtschaftlichen Zeiten sind rauer geworden. Wir müssen den Gürtel enger schnallen. Die Kommunen können das kaum noch, auch weil sie so viele Aufgaben vom Land übertragen bekommen haben. Am Ende leiden die Menschen in den finanzschwachen Regionen zuerst und besonders darunter.

Anders als die Kommunen hat das Land aber Spielraum. Nachdem die Steuerprognose nach unten korrigiert wurde und auch die Landessteuern eingebrochen sind, war unsere Hoffnung, dass man im Nachtragshaushalt die Lösung dieser wirtschaftlichen Herausforderungen anpacken will: Konsum runter, Investitionen hoch, Gürtel enger schnallen.

Stattdessen machen Sie diesen Haushalt noch fetter. Die Staatsausgaben wachsen im Nachtragshaushalt um mehr als 10 %, finanziert durch Schulden und das Schröpfen der Rücklagen, mit einer Minderausgabe im Doppelhaushalt von fast 1 Milliarde Euro. Außerdem sparen Sie bei der Ausstattung der Kommunen, bei den Investitionen in die Infrastruktur sowie bei den Schulen und den Universitäten, also da, wo Investitionen aus unserer Sicht am wichtigsten wären.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, das hat mit nachhaltiger und generationengerechter Haushaltspolitik überhaupt nichts zu tun. Stattdessen bauen Sie einen teuren und ideologisch aufgeladenen Transformationsfonds auf, sie pumpen Milliarden Euro in eine Bank und blähen die Landesregierung immer weiter auf. Sie zersplittern ohne Not das Sozialministerium und finanzieren eine Handvoll weiterer Staatssekretäre und Minister.

Hinzu kommen sonderbare Entwicklungen wie das Ministerium, das den Namen „ländlicher Raum“ auf seinem Klingelschild stehen hat, aber über keine einzige Zuständigkeit auf dem Gebiet verfügt. Ich muss Ihnen sagen, der ländliche Raum ist nicht der Hinterhof oder die Abstellkammer des Landes, um die sich keiner kümmern soll oder will, sondern er ist ein attraktiver Platz.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe CDU: Das finden wir auch!)

– Gut, dass Sie das so finden. Aber man muss den ländlichen Raum auch entsprechend pflegen. Das heißt, es muss in die Infrastruktur investiert werden.

(Zurufe CDU)

Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes brauchen nicht mehr Staatssekretäre oder mehr Minister, sondern eine Politik, die ihnen bei der Lösung ihrer Probleme hilft, statt dass die Politiker sich um sich selbst kümmern.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lösungen der wirklichen Probleme: Fehlanzeige. Aber Ministerpräsident Rhein eröffnete direkt zu Beginn der Wahlperiode die Diskussion über die Schuldenbremse. Im Wahlkampf galt sie noch als Gesetz, und jetzt stehen Boris Rhein und die hessische CDU in der Union für die Reform der Schuldenbremse. Aber wir wissen: Wer die Schuldenbremse reformieren will, sucht nur nach neuen Wegen, um Schulden zu machen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Boris Rhein (CDU): Das stimmt doch gar nicht!)

– Na ja. – In der „FAZ“ wurde auch, passend, die Aussage von Minister Gremmels wiedergegeben, er halte die hessische Schuldenbremse für einen Fehler.

(Zurufe CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, haben Sie eigentlich schon vergessen, dass wir vor drei Jahren zusammen gegen das schwarz-grüne Sondervermögen geklagt haben? – Offenbar. Jetzt stehen Sie für das Schuldenmachen ein. Dazu haben Sie aber wenigstens den richtigen Finanzminister gefunden; denn mehr Schulden in seinem ersten Haushalt – wohlgemerkt: Nachtragshaushalt – hat vor ihm wohl kein hessischer Finanzminister gemacht. Während die Schulden und die globalen Minderausgaben wachsen, schrumpfen die Rücklagen.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wohin Sie finanzpolitisch wollen. Aber wenn Ihnen in den nächsten Jahren nichts Besseres einfällt, als auf Lücke Politik zu machen, wird Ihnen früher oder später das Geld der Bürgerinnen und Bürger ausgehen. Sie sehen, in Hessen muss finanzpolitisch einiges evaluiert werden, aber die Schuldenbremse sollte, bitte, nicht dazugehören.

Wir Freie Demokraten stehen für einen anderen Stil. Wir stehen für solides Haushalten. Deswegen sorgen wir im Bund für Innovationen auf Rekordniveau und bringen gleichzeitig Entlastungen für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und für die Unternehmen in unserem Land auf den Weg. Wir zeigen Ihnen, wie ein solider Haushalt aufgebaut wird.

(Boris Rhein (CDU): Was macht der Bundesfinanzminister eigentlich?)

– Oh, er macht eine ganze Menge. – Wir zeigen Ihnen auch, wie Sie wieder mehr Steuereinnahmen generieren können. Das zeigt Ihnen Christian Lindner zum Beispiel auch.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Kalte Progression wird abgeschafft! – Unruhe – Glockenzeichen)

– Genau, die kalte Progression wird abgeschafft. Wunderbar.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe CDU und SPD)

Dafür braucht es statt ideologisch motivierter Transformationstöpfe endlich eine Wirtschaftswende in unserem Land. Hessen war in den vergangenen zehn Jahren, was das Wirtschaftswachstum betrifft, im Bundesvergleich siebenmal unterdurchschnittlich aufgestellt. Es gibt also noch viel zu tun.

Deswegen kann ich schon einmal auf unseren Setzpunkt am Donnerstag hinweisen: Wir werden in zwölf konkreten Punkten ein nachhaltiges Belastungsmoratorium fordern, eine zukunftsfähige Ansiedlungsstrategie und eine „Fast Lane“ für einwanderungswillige Fachkräfte; denn Geld muss in diesem Land – der Herr Ministerpräsident nickt, daher hoffe ich auf seine Zustimmung – erst einmal erwirtschaftet werden, bevor Sie es ausgeben können. Die hessische Wirtschaft hat auch unsere Unterstützung verdient. Sie ist Grundlage für unseren Wohlstand.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss auf eine Farce dieses Nachtragshaushalts kommen: die „schwarze Null bei den Stellen“. Eine schwarze Null steht prinzipiell für einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden. Das haben Sie jetzt offensichtlich nicht geschafft, trotzdem wollten Sie den Begriff irgendwie für sich haben; denn eine schwarze Null zu schreiben klingt solide und bodenständig. Deshalb betonen Sie das auch überall, wenn es um den Nachtragshaushalt geht.

Aber, meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: Sie rechnen sich das schön. Sie nehmen nicht benötigte Stellen, wandeln diese in gut bezahlte Beamtenposten um und packen sie ins Ministerium. Das als schwarze Null darzustellen ist falsch; denn die Kosten, insbesondere die Personalkosten, steigen natürlich dadurch an. Das ist also keine schwarze Null, sondern das ist dann eine schwarz-rote Null und damit eine Nullnummer.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen: Was mehr Personal in der Verwaltung statt mehr Lehrkräfte oder mehr Förster mit Entbürokratisierung zu tun hat – das haben Sie sich auf die Fahne geschrieben, Herr Pentz; ich weiß gar nicht, ob er da ist –, kann mir hier keiner erklären. Das ist dann wohl die zweite schwarz-rote Null.

Meine Damen und Herren, ich habe zu Beginn gesagt, dass die Menschen eine Politik wollen, die so viel gestaltet wie nötig, sie aber nicht in ihrer Freiheit einschränkt. Die Menschen erwarten von der Landesregierung, dass sie Probleme löst, statt sich mit sich selbst zu beschäftigen. Dieser Entwurf für den Nachtragshaushalt wird dem nicht gerecht. Im Juni hat Minister Lorz noch gesagt, die goldenen Jahre der Finanzpolitik, in denen sprudelnde Steuereinnahmen

den finanziellen Spielraum für viele neue politische Vorhaben schufen, seien vorerst vorbei. Herr Lorz, da haben Sie recht. Trotzdem stellen Sie diesen Nachtragshaushalt auf, als müssten Sie sich um Geld keine Sorgen machen. Das verstehen wir nicht. Sie machen massiv Schulden zulasten künftiger Generationen, und Sie brauchen einen Großteil der Rücklagen auf – viel Geld, das in Zukunft fehlen wird. Sie bauen Mittel für die Bildung ab, und Sie blähen die Ministerien auf. Aber die drängendsten Probleme unserer Zeit packen Sie gar nicht erst an. Auch die Kommunen lassen Sie im Regen stehen.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Ja!)

Wenn das Ihr Haushaltsziel für die kommenden Jahre ist, hoffe ich inständig, dass der Finanzminister nicht auch noch das Wort „solide“ in den Mund nimmt, wenn er gleich über den Nachtragshaushalt spricht.

(Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz: Doch! – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Er lacht schon!)

– Okay, na gut. – Wir Freie Demokraten haben einen anderen Politikstil. Wir wollen eine zukunftsgerichtete Politik für kommende Generationen machen. Deswegen werden wir diesem Nachtragshaushaltsentwurf auch in zweiter Lesung nicht zustimmen können. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Knell. – Das Wort hat der Finanzminister, Staatsminister Prof. Lorz. Bitte sehr.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Haushaltsgesetz ist das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, leider!)

Diese Aussage trifft – und das habe ich bereits im Rahmen meiner Einbringungsrede vor einem Monat deutlich gemacht – auch auf den Nachtragshaushalt 2024 zu; denn er zeigt, in welchen Bereichen diese Regierung besondere Schwerpunkte setzt und wie sich ihre Programmatik in ganz praktisch erfahrbare Politik umsetzt.

Dazu zählen die Sicherheit auf unseren Straßen und Plätzen, die Ausbildung unserer Kinder, die Familien und unsere heimische Wirtschaft, und natürlich vergessen wir auch nicht unsere hessischen Kommunen. Der Nachtragshaushalt zeigt ganz klar: Diese Landesregierung ist eine Regierung, die die Interessen der gesamten Bevölkerung in den Blick nimmt. Sie ist, wie sie es im Koalitionsvertrag versprochen hat, „Eine für alle“.

(Beifall CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, diese Regierung hält Wort. Wir führen mit dem Nachtrag beispielsweise das Hessengeld ein. Das ist zweifelsohne eine finanzielle Kraftanstrengung für den Landshaushalt. Aber wir wollen ganz bewusst mehr Menschen den Traum vom Eigenheim ermöglichen. Die Meisterausbildung wird kostenfrei; das hilft dem Handwerk. Wir stärken den Deutschunterricht an unseren

Schulen, und wir entlasten mit der Erhöhung der sogenannten LAG-Pauschale um stolze 10 % unsere Kommunen.

Der Nachtragshaushalt bietet aber auch einen ersten Vorgeschmack auf die finanzpolitischen Herausforderungen, vor denen wir nicht nur in Hessen, sondern bundesweit in den kommenden Jahren stehen. Unsere Wirtschaft hinkt beim Wachstum noch immer hinterher. Das hat Folgen für unsere Steuereinnahmen. Sie entwickeln sich nicht mehr so dynamisch, wie wir das noch vor rund eineinhalb Jahren unterstellen konnten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will die Zahl noch einmal in Erinnerung rufen: Bis Ende 2027 fehlen uns 2,7 Milliarden Euro an Steuereinnahmen.

Auch auf einen weiteren Punkt will ich hinweisen: Wir alle können uns glücklich schätzen, dass die unmittelbaren Auswirkungen der Krisen der vergangenen Jahre zunehmend in den Hintergrund treten; ihre langfristigen Folgen sind im Haushalt jedoch noch immer deutlich spürbar.

Ich möchte einige plakative Beispiele herausgreifen. Wie Sie wissen, hat die Europäische Zentralbank als Reaktion auf die hohe Inflation die Zinsen im vergangenen Jahr in schneller Reihenfolge und kräftig angehoben. Das führt zum einen zu steigenden Zinsausgaben und damit zu einer unmittelbaren Belastung für den Landeshaushalt. Das ist übrigens der beste Beleg dafür, wie schnell einen Schulden in Probleme bringen können, liebe Kolleginnen Kollegen.

Es hat aber auch zur Folge, dass sich etwa das Grunderwerbsteueraufkommen des Landes gegenüber dem Höchststand im Jahr 2021 nahezu halbiert hat. Im Jahr 2021 haben wir noch fast 2 Milliarden Euro einnehmen können, im Jahr 2024 rechnen wir nur noch mit etwas mehr als 1 Milliarde Euro, und das Geld fehlt natürlich. Wir werden, davon bin ich überzeugt, durch unser Gegensteuern mit dem Hessengeld den Immobilienmarkt und die Bauwirtschaft beleben und damit mittel- und langfristig sogar mehr Geld in die Kassen spülen. Aber zunächst einmal müssen wir das Geld dafür natürlich aufbringen.

(Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Glaubst du auch an Homöopathie? – Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das kann auch einmal sehr wirksam sein. Aber ich glaube, das ist nicht das, was wir in einer Haushaltsdiskussion einsetzen sollten, lieber Herr Kollege.

Auch die Ergebnisse der jüngsten Tarif- und Besoldungsrunde sind letztlich eine Replik auf die hohe Inflation. Im Nachtragshaushalt 2024 gelingt es uns, die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen innerhalb der bestehenden Ansätze aufzufangen. Das wird sich in Zukunft nicht in derselben Weise wiederholen lassen. Schließlich schlagen auch die Krisenbewältigungsmaßnahmen auf Bundesebene durch, wie die Wohngelderhöhung und zahlreiche Steuersenkungen, etwa das Inflationsausgleichsgesetz.

Meine Damen und Herren, alle diese Maßnahmen sind für sich genommen nachvollziehbar oder sogar wünschenswert und richtig. Sie haben aber ihren Preis und belasten den Landeshaushalt mit einem hohen dreistelligen Millionenbetrag. Um es einmal mit einer amerikanischen Redensart zu sagen: There is no free lunch. – Das kommt zum Ausdruck beispielsweise auch in dem Änderungsantrag von CDU und SPD zu zusätzlichen Bedarfen für das Wohngeld; und mit der Afrikanischen Schweinepest hat sich leider ein weiteres Risiko realisiert, auf das wir mit einem Änderungsantrag reagieren müssen.

Trotz dieser erschwerten Rahmenbedingungen gelingt es uns im Nachtragshaushalt, die Schuldenbremse einzuhalten. Es gelingt uns auch deswegen, weil uns die Schuldenbremse die Möglichkeit eröffnet, die negativen Konjunkturauswirkungen auf den Landeshaushalt durch eine Kreditaufnahme auszugleichen. Ich will es daher gern – auch gerade angesichts der Presseberichterstattung der vergangenen Tage, die hier schon mehrfach angeklungen ist – für das Protokoll betonen: Die Schuldenbremse funktioniert, sie hat sich bewährt, und wir stehen dazu, wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

(Beifall CDU und SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist mir wichtig, zu betonen: Es geht hier nicht um die Verteidigung eines Dogmas. Es geht darum, die Zukunft unserer Kinder zu sichern, indem wir ihnen geordnete Staatsfinanzen und einen Schuldenstand hinterlassen, der ihnen nicht alle eigenen Gestaltungsspielräume raubt. Darum geht es hier.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben aber den Blick auf die Realität. Die Einhaltung der Schuldenbremse im Nachtrag 2024 gelingt uns auch deshalb – und das müssen wir klar benennen –, weil wir auf Rücklagen zurückgreifen können, die wir in früheren Jahren gebildet haben. Und ja, das lässt sich natürlich nicht beliebig wiederholen. Wir werden beim Haushaltsvollzug alles daransetzen, dass wir nach Möglichkeit nicht alle Rücklagen einsetzen müssen, die wir jetzt eingeplant haben. Mit Blick auf die Erfahrungen der vergangenen Jahre bin ich hier verhalten optimistisch; denn der Grundsatz „Vorsichtig planen, besser abschneiden“ ist seit vielen Jahren ein Markenzeichen der hessischen Haushaltspolitik.

Allerdings kann und will ich keinen Hehl daraus machen, dass die zusätzlichen Risiken für den Haushalt sehr hoch sind. Das gilt etwa mit Blick auf die Überlegungen auf Bundesebene für ein umfassendes Wachstumspaket. Hier müssen wir das konkrete Gesetzgebungsverfahren abwarten, bevor wir konkret etwas dazu sagen können. Aber die Erfahrungen mit dem Wachstumschancengesetz zeigen uns natürlich: Das geht im Zweifel immer auch auf die Schultern und die Knochen der Länder, meine Damen und Herren.

Das gilt aber auch ganz unmittelbar vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Zensus 2022. Hessen hat da im Ländervergleich an Einwohnern verloren, ebenso wie Berlin, Hamburg, Niedersachsen oder Bayern. Es steht noch nicht fest, wann und in welcher Höhe das kassenwirksam wird. Aber wir werden uns mit Sicherheit noch einmal zusätzlich strecken müssen, um diese Auswirkungen aufzufangen.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen wir insgesamt Zeiten entgegen, die uns bis auf Weiteres vor lange nicht mehr gesehene finanzpolitische Herausforderungen stellen. Aber deswegen gilt auch, lieber Herr Kollege Wagner – ich komme gleich noch einmal auf den Hessenfonds, den auch die FDP angesprochen hat –: Wirtschaftsförderung, Wirtschaftsstimulation, Infrastruktur, Wirtschaftswachstum, Entfesselung der unternehmerischen Kräfte, das sind die Gebote der Stunde. Wenn wir darauf die Prioritäten setzen, dann ist das genau die richtige Priorisierung; denn nur mit Wachstum und nur mit höheren Steuereinnahmen werden wir diese Herausforderungen letztlich bewältigen können.

(Beifall CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, genau das ist es, was der grüne Teil der Ampel in Berlin so lange verkannt hat und bis heute nicht akzeptieren will.

(Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Ich hatte bereits zu Beginn meiner Rede darauf hingewiesen: Der Haushalt ist immer in Zahlen gegossene Politik. Mit großem Interesse habe ich daher die parlamentarischen Beratungen des Regierungsentwurfs sowie die Änderungsanträge der Oppositionsfractionen zur Kenntnis genommen – wobei es von den GRÜNEN noch keine gibt, aber das ist hier ja schon erwähnt worden.

(Zuruf Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn ich mir jetzt etwa die Änderungsanträge der AfD-Fraktion betrachte, dann kommt mir unweigerlich das Lied von Pippi Langstrumpf in den Sinn. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Angst, ich habe unser aller Interessen im Blick und verzichte auf einen musikalischen Vortrag.

(Zuruf AfD: Schade! – Unruhe)

Meine sehr geehrten Kollegen von der AfD-Fraktion, Sie machen sich tatsächlich die Wirklichkeit, wie sie Ihnen gefällt. Sie ersetzen leider, und so deutlich muss man das sagen, Sach- und Realpolitik durch Ideologie.

(Volker Richter (AfD): Das sagt der Richtige!)

Ich will das gerne im Einzelnen begründen: Nehmen wir Ihren Antrag, die Landesmittel für die soziale Wohnraumförderung zu streichen. Selbstverständlich ist es auch unser Anliegen, die Eigentumsquote in Hessen zu steigern. Dafür führen wir schließlich das Hessengeld ein. Es wird aber auch in Zukunft, gerade in Ballungszentren, viele Menschen geben, die sich Eigentum nicht leisten können, und auch für diese Menschen brauchen wir Antworten, damit sie bezahlbaren Wohnraum finden können.

(Beifall CDU und SPD)

Natürlich können Sie auch mit einem Federstrich die Aufwendungen für Geflüchtete zusammenkürzen; das ändert aber nichts daran, dass diese Menschen bereits in Deutschland sind und versorgt und betreut werden müssen. Und ja, natürlich ist es Ihr gutes Recht, den menschengemachten Klimawandel infrage zu stellen, nur bringt uns auch das einer Lösung nicht näher.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Doch!)

So könnte ich noch viele weitere Beispiele anführen. Aber ich will nur noch auf zwei weitere Punkte eingehen, die in der Tat wichtig sind, auch deswegen, weil die FDP an diesem Punkt ins gleiche Horn stößt: Das sind die Ablehnung der Eigenkapitalerhöhung bei der Helaba und die Ablehnung des Hessenfonds. Ich will jetzt nicht über die Beweggründe dafür spekulieren. Nehmen wir einmal im positiven Sinne an, dass darin einfach nur eine marktliberale Grundhaltung zum Ausdruck kommt. Wenn das so ist, erkenne ich das an. Meine Damen und Herren, ich will Ihnen aber noch ganz klar sagen: Diese Landesregierung will eine starke Landesbank und einen starken Wirtschaftsstandort Hessen.

(Beifall CDU und SPD – Zuruf Volker Richter (AfD))

Wir stehen zum Finanzplatz Frankfurt; und wir stehen zu den Beschäftigten der Landesbank. Deswegen ist es richtig, dass wir das Eigenkapital der Helaba stärken, um die Landesbank fit für die Zukunft zu machen. Ich begrüße es im Übrigen sehr, dass auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zumindest diese Einschätzung teilt.

Mit dem Hessenfonds tragen wir dem Umstand Rechnung, dass sich der nationale und internationale Standortwettbewerb zunehmend verschärft. Das ist Teil unserer Prioritätensetzung auf Wirtschaftsentwicklung, meine Damen und Herren. Liebe Frau Kollegin Knell, natürlich können Sie die Hände in den Schoß legen und darauf vertrauen, dass der Markt alles regelt. Ich würde das auch gerne tun, das entspricht ja auch meiner Grundhaltung.

(Zuruf Wiebke Knell (Freie Demokraten))

Aber wir wollen aktiv die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Hessen seine starke wirtschaftliche Stellung auch in Zukunft behaupten kann.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir müssen in diesem Zusammenhang der Tatsache ins Auge sehen, dass andere Staaten auch in erheblichem Maße in den Markt eingreifen und die Entscheidungen der Marktakteure beeinflussen.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung ist mit der Devise angetreten, eine Renaissance der Realpolitik herbeizuführen.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! – Andreas Lichert (AfD): Ja, wann kommt die?)

Der Nachtragshaushalt 2024 ist Ausdruck dieser neuen Realpolitik. Mit ihm setzt die Landesregierung inhaltliche Schwerpunkte, die die Menschen verstehen. Sie trägt den geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung und gibt auf die aktuellen Herausforderungen pragmatische und verständliche Antworten. Ich bitte Sie daher, aus voller Überzeugung, um Zustimmung zu unserem Haushaltsgesetzentwurf. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall CDU und SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Damit ist die Debatte beendet, und wir kommen nun vereinbarungsgemäß zu den Abstimmungen. Ich frage die parlamentarischen Geschäftsführer, ob wir beginnen können. – Wenn nicht, würde ich auch anfangen, aber ich frage einmal sinnvoll.

Ich rufe den Einzelplan 01, Hessischer Landtag, auf. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Dafür sind CDU, SPD –

(Zurufe)

– Meine Damen und Herren, wir sind in der Abstimmung. Ich darf Sie bitten: Wenn Sie Ihre Abstimmungen intern absprechen müssen, machen Sie es bitte einen Tag vorher und nicht jetzt in der Abstimmung.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Ich habe den Einzelplan 01, Hessischer Landtag, aufgerufen. Ich frage jetzt noch einmal – das letzte Mal –: Wer ist dafür? – Das sind CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD.

(Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wer enthält sich? – Keiner. Dann ist der Einzelplan mit Mehrheit angenommen.

Dann kommen wir zum Einzelplan 02, Hessischer Ministerpräsident. Wer ist dafür? – Das sind CDU und SPD. Wer ist dagegen? – Das ist das übrige Haus. Damit ist dieser Einzelplan mit den Stimmen von CDU und SPD angenommen.

Dann kommen wir zum Einzelplan 03, Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz. Wer ist dafür? – CDU und SPD. Wer ist dagegen? – Das übrige Haus. Klare Entscheidung. Dann ist der Einzelplan 03 mit dieser Mehrheit angenommen.

Einzelplan 04, Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen. Wer ist dafür? – CDU und SPD. Wer ist dagegen? – Das übrige Haus. Wer enthält sich? – Keiner. Damit ist der Einzelplan mit dieser Mehrheit angenommen.

Einzelplan 05, Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat. Wer ist dafür? – CDU und SPD. Wer ist dagegen? – Das übrige Haus. Der Einzelplan ist mit dieser Mehrheit angenommen.

Einzelplan 06, Hessisches Ministerium der Finanzen. Wer ist dafür? – CDU und SPD. Wer ist dagegen? – Das übrige Haus. Der Einzelplan ist mit dieser Mehrheit angenommen.

Einzelplan 07, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum. Wer ist dafür? – CDU und SPD. Wer ist dagegen? – Das ist das übrige Haus. Der Einzelplan ist mit dieser Mehrheit angenommen.

Einzelplan 08, Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales. Wer ist dafür? – CDU und SPD. Wer ist dagegen? – Das ist das übrige Haus. Dann ist dies so angenommen.

Einzelplan 09, Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt usw.

(Heiterkeit – Zurufe)

Auf Wunsch des Ministers trage ich das jetzt noch einmal vor: Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Klimaschutz, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat.

(Lachen und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Klimaschutz!)

Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat – usw.

(Heiterkeit)

Wer ist dafür? – CDU und SPD. Wer ist dagegen? – Das ist das übrige Haus. Dann ist das so beschlossen. – Meine Damen und Herren, konzentrieren Sie sich bitte ein bisschen.

(Heiterkeit)

Die Einzelpläne 10, 11 und 18 erfahren keine Veränderung – Staatsgerichtshof, Hessischer Rechnungshof und Staatliche Hochbaumaßnahmen –, sodass über diese nicht abgestimmt wird.

Dann kommen wir zum Einzelplan 12, Hessisches Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege. Wer für die Annahme des Einzelplans ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und SPD. Wer ist dagegen? – Das übrige Haus. Dann ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zum Einzelplan 14, Hessisches Ministerium für Digitalisierung und Innovation. Wer ist dafür? – CDU und SPD. Wer ist dagegen? – Das übrige Haus. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Einzelplan 15, Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur. Wer ist dafür? – CDU und SPD. Wer ist dagegen? – Das ist das übrige Haus. Dann ist das so beschlossen.

Einzelplan 17, Allgemeine Finanzverwaltung. Wer ist dafür? – CDU und SPD. Wer ist dagegen? – Das ist das übrige Haus. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, nachdem über alle Einzelpläne abgestimmt wurde, kommen wir nun zu dem Gesetzentwurf. Nach § 17 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung wird ein Gesetzentwurf, der in drei Lesungen zu beraten ist, einem Ausschuss zur Vorbereitung der dritten Lesung überwiesen. Es ist vorgesehen, den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2023/2024 in der vom Haushaltsausschuss empfohlenen Fassung, Drucks. 21/846 zu Drucks. 21/599, zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Haushaltsausschuss zurückzuüberweisen. – Das ist hiermit geschehen.

Der Haushaltsausschuss kommt nach dieser Sitzung im Sitzungsraum 501 A zur Vorbereitung der dritten Lesung zusammen.

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Meine Damen und Herren, wenn es Ihnen gefallen hat, kommen Sie morgen früh wieder,

(Heiterkeit und Beifall)

wenn nicht, wäre ich Ihnen auch dankbar. Alles Gute. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:37 Uhr)

Anlage (Fragestunde – Drucks. 21/737)**Frage 54 – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

Wird der im Sofortprogramm der Landesregierung angekündigte kostenlose Meister auch die variablen Kosten für die Meisterstücke abdecken?

Antwort Kaweh Mansoori, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Wie bereits in der Antwort auf Ihre Kleine Anfrage Drucks. 21/327 dargelegt, berücksichtigt die Landesförderung zur kostenfreien Meisterausbildung keine tatsächlich nachgewiesenen, individuell entstandenen Kosten. Stattdessen wird die Förderung als pauschale Prämie in Höhe von 3.500 Euro gewährt. Dieses Modell ist nötig, weil zur Finanzierung der Meisterausbildung und weiterer gleichwertiger Aufstiegsfortbildungen bereits eine bundeseinheitliche gesetzlich verankerte Regelförderung existiert, nämlich das Aufstiegs-BaföG. Würde das Land Hessen über eine landeseigene Förderung individuell entstandene Kosten erstatten, so wäre der Förderzweck identisch mit dem des Aufstiegs-BaföG. Das Aufstiegs-BaföG würde dann um die landeseigene Erstattungsleistung gekürzt. Dies kann weder im Interesse des Landeshaushalts noch im Interesse der angehenden Meisterinnen und Meister liegen. Im Fall einer nachgelagerten pauschalen Prämienzahlung passiert das nicht, da hier eine anders gelagerte Förderlogik anerkannt wird.

Wie ebenfalls in der Antwort auf Ihre Kleine Anfrage erläutert, zielt die Prämienhöhe von 3.500 Euro in erster Linie darauf ab, dass den Absolventinnen und Absolventen am Ende keine ungedeckten Lehrgangs- und Prüfungsgebühren bleiben. In welchem Maße dadurch auch die Kosten eines Meisterstücks abgedeckt werden können, ist dabei im Einzelfall von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren abhängig, wie dem gewählten Lehrgang, der gewählten zuständigen Stelle für die Prüfung und individuellen Entscheidungen zur genauen Ausgestaltung des Meisterstücks. Diese Kostenblöcke unterliegen, sogar bezogen auf ein und denselben Abschluss, erheblichen Preisspannen. Entsprechend ist hierzu keine allgemeingültige Antwort möglich.

Zu beachten ist noch: Das Meisterstück verbleibt im Eigentum der Absolventin oder des Absolventen. Insofern sind die dadurch entstehenden Kosten anders zu betrachten als die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren. Im Übrigen ist zu beachten, dass das Aufstiegs-BaföG einen Förderbeitrag in Höhe von 50 % der Kosten für das Meisterstück (Materialkosten) leistet, jedoch nur bis zu einem Gesamtbetrag von 2.000 Euro. Im Zuge der nächsten Novellierung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG), für die ein Referentenentwurf vorgelegt worden ist, ist die Anhebung dieses Gesamtbetrags auf 4.000 Euro vorgesehen.

Frage 72 – Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Plant die Landesregierung eine Fortsetzung der AG Wolf?

Antwort Ingmar Jung, Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat:

Ja. Die AG Wolf hat sich bewährt, sie bietet ein Forum zum gegenseitigen Kennenlernen, zum Dialog und fachlichen Austausch und zum Interessenausgleich. In der AG Wolf sind unter anderem die Weidetierhalter-, Naturschutz- und Jagdverbände sowie die Verwaltung vertreten, um Themen rund um das hessische Wolfsmanagement zu diskutieren und die Verwaltung zu beraten. Die Landesregierung plant daher, die Arbeit der AG Wolf fortzusetzen.

Frage 77 – Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wie soll die Umsetzung des neuen Schwerpunkts „Heimat“ im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat personell und inhaltlich konkret ausgestaltet werden?

Antwort Ingmar Jung, Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat:

Die Landesregierung hat die Grundpfeiler für die inhaltliche Ausgestaltung des Begriffes „Heimat“ durch Kabinettsbeschluss dargelegt. Darin ist ausgeführt:

„Hessen verbindet Tradition und Zukunft. Es ist ein Land der Chancen, der Innovation und des Zusammenhalts, in dem sich die Menschen ihrer Heimat verbunden fühlen. Die lokale Verankerung und der Zusammenhalt über Regionen, Generationen und Herkunft hinweg bilden ein Heimatgefühl, das dabei hilft, gemeinsam die Herausforderungen unserer Zeit anzupacken, und sie sind ein Schlüssel für eine starke und lebendige Gesellschaft. Heimat ist damit auch existenziell für die Stabilität unserer Demokratie. Unsere hessische Heimat ist vielfältig – ob großstädtischer Kiez, Kleinstadt oder Dorf – überall in Hessen unterstützen wir eine gute Lebensqualität. Heimat ist für alle da.“

Die Landesregierung wird eine Agenda zum Thema Hessen/Heimat/Hightech erstellen. Die konkreten Maßnahmen zur Umsetzung werden sukzessive erarbeitet und ausgerollt.

Hierzu gehören unter anderem eine Imagekampagne zum Thema „Heimat bist du“, die gezielt junge Menschen ansprechen soll und neben der Information zu hessischer Geschichte und Lebensweise der Stärkung der Zivilgesellschaft dienen soll.

Im Bereich Brauchtum wurde bereits ein Mundartpreis neu geschaffen, und der im Koalitionsvertrag erwähnte „Runde Tisch Dialekt“ ist in Vorbereitung – unter Einbindung von Akteurinnen und Akteuren aus den Regionen sowie des an der Universität Marburg angesiedelten Deutschen Sprachatlas.

Ein Kompetenznetzwerk Heimat mit Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlichster Organisationen wird ab Herbst das Engagement der Landesregierung in den Bereichen Heimat und ländliche Entwicklungsförderung begleiten und weitere Maßnahmen erarbeiten.

Operativ ist der Bereich Heimat im Landwirtschaftsministerium in direkter Nähe zur Dorf- und Regionalentwicklung sowie zum Landtourismus angesiedelt, um vorhandene Synergien zu nutzen.

Die weitere personelle Ausgestaltung erfolgt im Rahmen der Haushalts- und Stellenplanung ab 2025.

(zurück zum Text auf [Seite 839](#))